

PROTOKOLL

Begrüßung

Voswinkel

Der Bergedorfer Gesprächskreis tagt in seiner über 30jährigen Geschichte heute erstmals in Großbritannien, und wir sind der Ditchley Foundation dankbar, daß sie uns die Gelegenheit bietet, in dieser wunderschönen Umgebung unsere Konferenz durchzuführen. Den Teilnehmern gilt unser Dank, daß sie die - für unsere amerikanischen Freunde recht lange - Anreise nicht gescheut haben. Abgesehen vom Thema mag den einen oder anderen auch die reizvolle Atmosphäre dieses Ortes zum Kommen veranlaßt haben.

Mein besonderer Dank gilt unseren Referenten, Senator Bradley, Herrn Dr. van Eekelen und Herrn Dr. Poettering, die uns mit ihren Eingangsreferaten die Grundlage für die Diskussion geben und hoffentlich zu einer lebhaften und sicher auch kontroversen Debatte herausfordern werden.

Das Verhältnis zwischen den USA und Europa war 1981 schon einmal Gegenstand eines Bergedorfer Gesprächskreises, und zwar in Washington. Das Thema lautete damals: "Europe and America facing the crisis of the 80's -lasting foundations and new forms of cooperation.". Um die Zusammenarbeit zwischen Amerika und Europa stand es zu der Zeit nicht zum besten. So wurde zum Beispiel über die Höhe der notwendigen Verteidigungsanstrengungen über den Atlantik hinweg lebhaft gestritten.

1989 verkündete ein einflußreicher Berater vieler Kreml-Herren, Georgij Arbatow: "Wir werden dem Westen Schreckliches antun - wir werden ihm den Feind nehmen." Arbatow war übrigens mehrmals Teilnehmer des Bergedorfer Gesprächskreises, auch als Referent. Nun, seine Prophezeiung ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Jetzt stellt sich in der Tat die Frage - und das ist unser heutiges Thema;- , ob der Westen den Zusammenbruch des Ostens überleben wird. Müssen sich Europa und Nordamerika neu definieren und dabei auch ihr Verhältnis zueinander neu bestimmen?

Kalter Krieg, nukleare Bipolarität, Abschreckung und Entspannung waren Begriffe, die über Jahrzehnte unser außenpolitisches Denken beherrschten und die jetzt im wahrsten Sinne des Wortes gegenstandslos geworden sind. Inwieweit waren sie die Grundlage des westlichen Selbstverständnisses und Zusammenhalts? Brauchen wir als Westen heute andere Bindemittel, um unser Zusammengehen auch für die Zukunft für die Bürger unserer Gesellschaften einsichtig zu machen? Welches sind gegenwärtig und aufsieht die neuen Gefahren und Herausforderungen, auf die wir nur gemeinsam mit Aussicht auf Erfolg reagieren können? Die ökologische Bedrohung beispielsweise, die Al Gore, der neue Vizepräsident der U S A, in seinem Buch "Ein Marshallplan für die Erde" so beredt und überzeugend beschreibt. Und wie steht es um die sowjetische Erbfolge, deren Ausgang noch keineswegs abzusehen ist?

Gibt Jugoslawien nur einen Vorgeschmack auf Abgründe ganz anderen Ausmaßes, die wir nur gemeinsam bestehen können? Ist im Westen dafür bereits ein Bewußtsein vorhanden, oder bestimmt wirtschaftliches Konkurrenzdenken mehr und mehr den Alltag unserer Beziehungen? Das heißt, beginnen das Gegeneinander, die kurzfristige Vorteilsnahme zu dominieren? Wie steht es dann um die neue Weltordnung, die Präsident Bush nach dem Golfkrieg beschwor? Ist sie nur ein Phantom oder noch eine reale Hoffnung, um dem großen Ziel einer Weltfriedensordnung näherzukommen? Täuscht der Eindruck, daß der Atlantik nach dem Niedergang der Sowjetunion breiter geworden ist, oder ist dies tatsächlich eingetreten?

Vierzig Jahre lang schützten die Vereinigten Staaten Westeuropa gegen die sowjetische Bedrohung und waren zugleich der Moderator der europäischen Integration. Wie sehen die Amerikaner heute ihr Verhältnis zu den Europäern, das heißt zum größeren Europa und nicht nur zu Westeuropa? Welches Interesse leitet die USA, um sich der europäischen Dinge noch weiterhin anzunehmen? Oder ist die europäische Einigung jetzt Aufgabe allein der Europäer?

Die Mauer in Berlin ist zusammengestürzt, und die gefangenen östlichen Nationen beginnen nach Europa zurückzukehren. Sind wir im Westen wirklich bereit und in der Lage, ihnen auf diesem schwierigen Wege tatkräftig und wirksam Hilfe zu leisten? Wie steht es um die wirtschaftliche

Handlungsfähigkeit und den finanziellen Spielraum in unseren westlichen Staaten angesichts von Rezessionserscheinungen, die uns massiv bedrängen?

Dies ist nicht zuletzt auch eine Frage an unsere amerikanischen Freunde: Wie groß ist der innenpolitische Spielraum in ihrem Lande, um wie bisher weltpolitische Verantwortung zu übernehmen?

Natürlich stellen besonders wir Deutschen die Frage: Wie sollte das wiedervereinigte Deutschland, zuerst als Großmacht gefürchtet, jetzt als kleinmütig gescholten, seine Rolle in Europa finden ohne den Rückhalt Amerikas? Es gibt eine Reihe europäischer Strukturfragen, die ohne Amerika keine Antwort finden.

1991 schlug der amerikanische Außenminister Jim Baker einen "neuen Atlantizismus" vor. Er meinte einen neuen amerikanisch-europäischen Vertrag. Wie groß ist heute der Wille und der Manövrierraum, um die strategische Allianz zu erneuern und zugleich die gemeinsamen kulturellen Grundlagen und wirtschaftlichen Verflechtungen zu stärken?

Zum Abschluß ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, daß wir vom Bergedorfer Gesprächskreis sehr froh und dankbar sind, daß Sir Ralf Dahrendorf sich bereit erklärt hat, diese Diskussion zu leiten. Sie, Sir Ralf, waren fast von Beginn des Bergedorfer Gesprächskreises an als Referent, Diskussionsleiter und Teilnehmer ungezählte Male für uns engagiert. Sie waren Kurt Körber, dem Initiator des Bergedorfer Gesprächskreises und Gründer der Körber-Stiftung, nicht nur freundschaftlich verbunden, sondern auch ein wichtiger Berater für manche seiner gemeinnützigen Aktivitäten. Wir sind Ihnen sehr dankbar, lieber Sir Ralf, daß Sie auch nach dem Tode Dr. Körbers im vergangenen Jahr Ihr Engagement für die Körber-Stiftung fortsetzen.

Auch an dem vorerwähnten Gespräch in Washington 1981 haben Sie als Referent teilgenommen. Erlauben Sie mir, mit einem Zitat von Ihnen zu schließen, das hoffentlich auch heute gültig ist. "The first thing I would like to say, is that I honestly believe that these much discussed differences and conflicts between Europe and the United States are nowhere near as serious as we are made to believe by those who like to talk about them."

The Lord Dahrendorf

Das Zitat stammt von 1981. Es ist doch recht beunruhigend, was man damals unter ganz anderen Zeitumständen gesagt hat. Seien Sie alle herzlich willkommen.

Ich nehme das erste Mal seit dem Tode seines Gründers, Kurt A. Körber, wieder an einem Bergedorfer Gesprächskreis teil. Ich hoffe sehr, daß wir in seinem Geiste weitermachen werden, im Sinne seines Einfallsreichtums, seiner Wißbegierde und seiner etwas ungeduldigen Art. Er mißbilligte zwar nicht gerade müßige Gespräche, aber es gab immer einen Punkt, an dem er die Frage stellte, was denn nun der Zweck des Ganzen sei: Was wird nach diesem Gespräch geschehen? Ich bin überzeugt, daß uns einiges davon erhalten bleiben wird.

Unser Thema lautet: "Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben?" Gestern abend hatten wir den kürzlich abgesetzten Leiter des ungarischen Fernsehens, Ellemér Hankiss, in unserem College zu Gast, der uns in einer Art sozialpsychologischer Analyse vortrug, was in den letzten drei, vier Jahren geschehen ist. Er sagte: "Vor vier Jahren waren wir alle guter Dinge. Wir, das heißt die Opposition im Osten, fühlten uns obenauf, weil wir uns sagen konnten, daß wir Märtyrer seien. Dies ist zwar eine wenig angenehme Rolle, wenn man sie spielt, aber sie gibt einem doch das gute Gefühl, daß man das Richtige tut. Sie im Westen", fügte er hinzu, "glaubten, daß Sie alle Missionare seien. Das mag nicht immer zum Erfolg führen, aber es verschafft ein gutes Gefühl. Was aber geschieht jetzt? Heute", meinte er, "fühlen wir uns im Osten wie Außenseiter, die nicht genau wissen, wohin sie gehören. Und Ihr im Westen seid schlichtweg durcheinander."

Das könnte ein guter Ausgangspunkt für unser Gespräch sein, und es wäre zu hoffen, daß es zur Klärung wenigstens einiger der Konfusionen beiträgt, die uns zu schaffen machen.

Wir haben das große Privileg und die Freude, Senator Bill Bradley, einen der herausragenden Politiker der Vereinigten Staaten von Amerika, unter uns zu haben, der während seiner gesamten politischen Karriere mit internationalen Fragen zu tun hatte, ohne die innenpolitischen Probleme seines Landes aus dem Blick zu verlieren, und der uns jetzt eine erste Einführung geben wird.

Bradley

Ich spreche hier nicht als Akademiker und auch nicht als jemand, der große Erfahrung in der internationalen Diplomatie hat, sondern als amerikanischer Politiker. Die Frage, die sich uns stellt, lautet: "Wie wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben?" Lassen Sie mich zunächst den historischen Zusammenhang darlegen und einige Analysen vornehmen.

Im Sommer 1991 war der Zusammenbruch des Kommunismus in der früheren Sowjetunion, dem kurz darauf das Ende der Sowjetunion selbst folgte, ein grundlegender Markstein, dessen ganze Bedeutung die übrige Welt bisher kaum voll erkannt hat. Er bedeutete, daß das Zeitalter der Ideologie vorüber war, daß die Auseinandersetzung innerhalb der westlichen Tradition, die seit dem frühen 20. Jahrhundert zwischen dem Marxismus-Leninismus und der liberalen Demokratie ausgetragen wurde, ein Ende gefunden hatte. Der demokratische Liberalismus hatte auf ganzer Linie gesiegt. Dieser Konflikt prägte unsere westliche Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entscheidend; er bestimmte unsere Institutionen, unsere persönlichen und kollektiven Zukunftsvorstellungen, und zwar in einem Maße, das den meisten von uns erst bewußt wurde, als dieser Konflikt vorbei war.

Damit stellt sich die Frage, wie wir aus diesem Konflikt hervorgehen und was uns in Zukunft erwartet. Der amerikanische Wissenschaftler Samuel Huntington stellt die These auf, daß der ideologische Konflikt durch den Kulturkonflikt abgelöst wird. Dieser Kulturkonflikt unterscheidet ganz allgemein gesagt zwischen einem westlichen Kulturkreis, das heißt jüdisch, römisch-katholisch und protestantisch, und einem "östlichen", der die östliche Orthodoxie, den Islam, den Konfuzianismus, den Hinduismus und den Buddhismus umfaßt. Diese Denkschule geht davon aus, daß der "Eiserne Vorhang" in Europa lediglich durch einen "Samtvorhang" ersetzt wurde, der im 16. Jahrhundert die weiteste Ausdehnung des westlichen Christentums nach Osten brachte und sich von Finnland über das Baltikum, das westliche Weißrußland, die westliche Ukraine und Transsylvanien bis nach Slowenien und Kroatien erstreckte. Alles, was nördlich und westlich davon lag, galt als "westlich"-römisch-katholisch, jüdisch, protestantisch;-, alles östlich davon als "orthodox" und alles im Süden als islamisch.

Wenn der Kulturkonflikt den Ideologiekonflikt tatsächlich ablösen sollte, wird dies unsere Politik und unsere internationalen Beziehungen sehr viel einschneidender spalten; denn die Frage der Kultur betrifft die Identität jedes einzelnen im Kern. Ein Kommunist kann Demokrat werden, ein reicher Mann

kann verarmen, eine arme Frau kann zu Geld kommen. Niemals aber wird aus einem Aserbeidschaner ein Armenier oder aus einem Serben ein Kroatte werden. Das geht an die Substanz all dessen, woran wir in unserer von der Aufklärung geprägten Tradition geglaubt haben, nämlich, daß ein Individuum mehr von seinem Geschlecht, seiner Persönlichkeit, von Anlagen und Erziehung geformt wird als durch die ethnische Zugehörigkeit.

In Bosnien sehen wir uns heute dem Konflikt dreier Kulturen gegenüber: der des zaristischen, des habsburgischen und des Osmanischen Reiches. Die Lösungen, die für die Bosnien-Krise von seilen der Europäischen Gemeinschaft in Form des Vance-Owari-Planes angeboten werden, stellen eine Art sanktionierter "Apartheid" dar, bei der der Pluralismus auf der Strecke bleibt und Regionen nach ethnischen Zugehörigkeiten aufgeteilt werden.

Die Vereinigten Staaten haben sich vom Anfang an als pluralistische Demokratie verstanden, in der Menschen zusammenströmten, unabhängig von Herkunft, Religion und ethnischer Zugehörigkeit, die nur durch das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Überzeugung zu Amerikanern wurden. Eine mögliche Ursache der Entfremdung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in den kommenden Jahren könnte darin bestehen, daß die Europäer Nationalität mehr und mehr mit ethnischer Zugehörigkeit gleichsetzen. Je mehr das geschieht, um so wahrscheinlicher wird die Gefahr einer Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa.

Eine weitere Frage, die sich mit dem Ende des Kommunismus im Jahre 1991 stellt und die eng mit dem Thema unserer Tagung: "Wie wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben?" zusammenhängt, besteht in der Annahme, daß wir zu einer Einheit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nur haben finden können, solange wir sie gegen etwas definierten.

Wir wußten, daß wir gegen den Kommunismus waren, wir wußten, daß wir uns gegen die militärische Bedrohung schützen mußten, die von der Sowjetunion ausging. Jetzt dagegen erhebt sich die Frage: Wie begründen wir unsere Einheit positiv anstatt negativ? Wofür stehen wir, nicht wogegen? In der Forderung, klar zu sagen, wofür wir sind und nicht wogegen, scheint mir eines der wesentlichsten Elemente zu liegen, wenn es darum geht, eine neue Weltordnung aufzustellen oder sogar eine gemeinsame Grundlage für unser politisches Handeln zu finden.

Selbst das, was wir gemeinsam haben, eignet sich allerdings nicht immer als Leitfaden für die Tagespolitik. Ganz allgemein gesagt, Werte, in denen wir im grundsätzlichen übereinstimmen, sind nicht immer handlungsrelevant.

Was Europa und die Vereinigten Staaten verbindet, sind das Bekenntnis zur Demokratie, die Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten, der Glaube an eine freie Wirtschaft, die durch den Staat in Schranken gehalten wird. Doch all das bestimmt keineswegs immer unsere gemeinsame Außenpolitik, wenn es um aktuelle Entscheidungen geht.

Wenn zum Beispiel Demokratie unser Wert ist, wieweit dient sie uns als Richtlinie für die Politik? Natürlich dringt der Westen nicht darauf, daß Saudi-Arabien die Demokratie einführen solle. Wir haben einen Krieg am Persischen Golf geführt, und dennoch herrscht der Emir immer noch über Kuwait. Es gab eine Wahl in Algerien, aus der auf demokratische Weise ein fundamentalistisches Regime als Sieger hervorging. Das sahen wir gar nicht gern, und deshalb entschuldigten wir den Umsturz dieses Regimes durch das Militär. In China ergeben sich zahllose Probleme, weil wir uns in unserer Außenpolitik von demokratischen Überlegungen leiten lassen. Demokratie ist also ein Wert, der für unser Selbstverständnis enorm wichtig ist, der aber keineswegs unsere aktuelle Außenpolitik ständig leitet.

Menschenrechte: Das betrifft zur Zeit natürlich Bosnien. Wenn man aber militärisch intervenieren soll, um weitere ethnische Säuberungen zu vermeiden und jene Greuel zu beenden, die Tag für Tag im ehemaligen Jugoslawien verübt werden, wenn man es also für eine moralische Pflicht ansieht, dagegen einzuschreiten, aus welchem Grunde tun wir es dann in Jugoslawien und nicht auch in Tadschikistan, wo im vergangenen Jahr ebenso viele Menschen getötet worden sind wie in Jugoslawien? Und wie steht es mit Aserbeidschan und Armenien oder den vielen anderen schwerwiegenden ethnischen Konflikten, von denen die Welt nur so wimmelt? Oder wo waren wir in den siebziger Jahren, als Hunderttausende in Kambodscha massakriert wurden? Oder in den sechziger Jahren, als die Flüsse Indonesiens rot von Blut waren? Wiederum: die Menschenrechte sind für uns ein sehr wichtiger Wert, ein Grundwert für unser Selbstverständnis; aber sie leiten nicht immer unsere Politik.

Was die freie Wirtschaft angeht, deren Auswüchse vom Staat reguliert werden, so werden wir nicht müde, die Bedeutung offener Volkswirtschaften, freien Handels und offener Märkte zu betonen. Dabei haben sich weder Deutschland noch Japan nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unbedingt durch

freien Handel entwickelt, sondern aufgrund von protektionistischen Maßnahmen, die den zerstörten Industrien erst die Chance zum Wiederaufbau boten. Und China konfrontiert uns heute mit einem völlig anderen Modell der wirtschaftlichen Entwicklung.

Der entscheidende Punkt ist, daß es bestimmte Werte gibt, die wir teilen, die aber unser politisches Handeln nicht immer bestimmen. Was wir brauchen, ist ein breiteres Rahmenkonzept, das unserem politischen Handeln entspricht. Metaphorisch könnte man sagen: Was wir heute brauchen, ist ein Architekt, während wir über gute Maurer verfügen, die Stein auf Stein setzen.

Angesichts der heute fehlenden Architektur einer neuen Weltordnung wollen wir uns einige dieser Bausteine näher anschauen, die wir als gute Maurer in die Mauer unserer gemeinsamen Sicherheit und Stabilität einsetzen könnten.

Erstens die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. In dieser Politik übereinzustimmen, ist von allergrößter Bedeutung. Der Atomwaffen-Sperrvertrag wird eben jetzt, wo wir hier sitzen, von vielen Ländern gebrochen, die ihn unterschrieben haben, wie etwa vom Irak, von Libyen, Süd-Korea, Taiwan und Singapur. Viele andere Länder haben ihn erst gar nicht unterzeichnet. Wenn wir uns also von der relativen nuklearen Stabilität wegbewegen, die in einer bipolaren Welt gegeben war, als zwei nicht "irrationale" Mächte die Atomwaffen kontrollierten, und zu einer Welt gelangen, in der viele Mächte Atomwaffen kontrollieren, dann werden wir eine ungläubliche Instabilität erleben.

Mir ist dies zum Beispiel vor einigen Wochen überdeutlich geworden, als die Bombe im World Trade Center in New York City explodierte. Augenscheinlich war der Anschlag von einer Gruppe radikaler islamischer Fundamentalisten geplant und ausgeführt worden, die in meinem Heimatstaat New Jersey ihren Standort hatten. Was, wenn es sich dabei um eine Atombombe gehandelt hätte? Dieses Problem ist für uns alle von allergrößter Bedeutung. Es geht darum, die leichtfertige Verbreitung von Kernwaffen unmöglich zu machen und strenge Exportkontrollen einzuführen, die von allen Beteiligten strikt durchgesetzt werden. Hier muß die IAEA wesentlich professioneller, gründlicher und härter durchgreifen, um ihrer Rolle als Überwachungsbehörde bei der Einhaltung der aufgestellten Richtlinien wirklich gerecht zu werden.

Ein zweiter Baustein in unserer Mauer der Stabilität ist die Liberalisierung des Welthandels. Das wirtschaftliche Wohlergehen von uns allen wird durch freien Handel weit mehr erhöht als durch abgeschottete Märkte. Dies gilt selbst in einer Welt, in der sich einige Mitspieler in der Weltwirtschaft nicht immer an die Spielregeln halten.

In den Vereinigten Staaten bedeutet dies die Anerkennung des North American Free Trade Agreement (NAFTA), die bedeutsamste außenpolitische Entscheidung, die Präsident Clinton in den ersten vier Jahren seiner Amtszeit beschäftigen wird. Dieses Übereinkommen enthält eine Ergänzung der GATT-Runde und zielt auf weitergefaßte Rahmenvereinbarungen, um zusätzliche Themen wie Umwelt- oder Investitionsfragen mit einzubeziehen.

Sollte die NAFTA Erfolg haben, die GATT-Runde dagegen nicht, so ist es recht wahrscheinlich, daß sich die Vereinigten Staaten mehr und mehr in Richtung Asien orientieren und eine Ausweitung der NAFTA anstreben werden, indem sie eine Anzahl asiatischer Staaten mit einbeziehen. Multilateraler Handelsliberalismus ist auf jeden Fall der Weg, den man einschlagen sollte. Er bringt größtmögliche Vorteile für die größtmögliche Zahl von Menschen in der Welt.

Der dritte Baustein unserer neuen Stabilitätsmauer ist makroökonomische Koordinierung. Als demokratische Gesellschaften haben wir alle mit Wahlen zu tun; und alle haben wir unsere eigenen innenpolitischen Notwendigkeiten, etwa in der Geld- und Fiskalpolitik, um ein möglichst hohes Wohlstandsniveau für unser Land zu erreichen, vor allem wenn Wahlen anstehen. Dennoch können wir es uns nicht leisten, daß kurzfristige politische Bedürfnisse unsere langfristige Entwicklung beeinflussen und sogar beeinträchtigen. Das Ziel sollten nicht Wahltermine sein, sondern weltweites Wachstum. Insbesondere sollten wir die Wechselkurse und die Finanzpolitik im Hinblick auf eine Liberalisierung des Handels im Auge behalten. Alle Vorteile von Zollermäßigungen oder freierem Handel als Ergebnis einer neuen GATT-Runde könnten über Nacht durch Währungsabwertungen verspielt werden. Wir sollten uns in verstärktem Maße über die wechselseitige Verknüpfung von Wechselkursschwankungen, Geldpolitik und Handelsliberalisierung klarwerden. Diese Verknüpfung muß unsere Politik mitbestimmen.

Der vierte Stabilitätsbaustein wäre, Rußland und dem Osten zu helfen, sich in die internationale Wirtschaft zu integrieren. Das impliziert einen erheblichen Austausch von Menschen. Vor einigen Wochen war ich ganz betroffen, als der Provinzgouverneur von Nischni Nowgorod in meinem Büro erschien. Er ist 31 Jahre alt und zweifellos ein marktorientierter Demokrat. Er meinte: "Ich bin zu alt, denn ich habe einige Jahre unter dem alten System gearbeitet. Was wir brauchen, sind all die jungen

Leute, die von Grund auf lernen, was demokratischer Kapitalismus bedeutet." Es bedarf eines Austauschprogramms für Zehntausende solcher jungen Leute.

Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es umfassende Austauschprogramme zwischen Deutschen und Franzosen, Deutsche und Japaner wurden in die Vereinigten Staaten geschickt, und genau so müssen wir jetzt ein umfangreiches Austauschprogramm zwischen dem Osten - Rußland, den einstigen Sowjetrepubliken, Polen, der ehemaligen Tschechoslowakei und Ungarn - und dem Westen auf die Beine stellen. Das muß absoluten Vorrang haben; denn jeder einzelne, der in seine Heimat zurückkehrt, wird zum Befürworter nicht nur für eine veränderte Sicht der Wirtschaft, sondern wird auch mit den Bedingungen des Landes ganz anders umgehen.

Wir sollten auch unmittelbar die Frage angehen, die den Westen heute im Hinblick auf die frühere Sowjetunion am stärksten bedroht. Das sind nicht Armeen, sondern Atomwaffen, die irgendwo in Europa verlorengehen oder Nukleartechnologie und Kernmaterial, die in den Mittleren Osten verkauft werden, und Atomreaktoren vom Tschernobyl-Typ, die schon morgen hochgehen können. Jahre nach Tschernobyl, in genauer Kenntnis, daß es etwa 17 Reaktoren dieses Typs gibt, nur einen Windhauch von Westeuropa entfernt, haben die Europäische Entwicklungsbank und die europäischen Staaten selber nichts getan, um diese Reaktoren zu ersetzen. Das ist mir völlig unverständlich.

Hilfe für den Osten bedeutet auch, Europa zu erweitern und nicht nur zu vervollkommen. Wir reden über freien Handel. Im Osten aber scheint der Westen auf dem Standpunkt zu stehen: "Wir sind offen, mit allem zu handeln, außer mit den Dingen, die ihr uns verkaufen könnt." Es wäre viel sinnvoller, wenn wir in Übereinstimmung mit unseren Grundwerten unsere Märkte auch tatsächlich nach Osten hin öffneten und es diesen Ländern ermöglichten, ihren Vorteil wahrzunehmen, so klein er auch immer sein mag.

Das heißt auch - in Einklang mit der früheren Feststellung;-, daß wir, wenn ein Land, wie etwa Saudi-Arabien, Kuwait, Algerien oder auch China einen Schritt in Richtung Demokratie tun möchte oder den Wunsch hat, eine Marktwirtschaft zu entwickeln, daß wir sie darin dann stärker und energischer unterstützen müssen, um ihrem Verlangen nachzukommen, wenn unsere Werte irgend etwas bedeuten sollen. Es ist eines, einem Land ein System aufzuzwingen, das es gar nicht will; es ist ein anderes, einem Land, das den Schritt zum demokratischen Kapitalismus tun will, die Mittel, das Know-how und die nötige Unterstützung dafür zu verweigern.

Ich möchte also diese vier Gebiete: Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Liberalisierung des Handels, wirtschaftliche Koordinierung und Hilfe für den Osten - als vier Bausteine in dieser "Mauer der neuen Stabilität" zur Diskussion stellen.

Zusammenfassend ließe sich feststellen, daß wir tatsächlich eine neue Weltordnung brauchen. Wir benötigen eine globale Institution, um mit den wachsenden weltweiten Problemen fertig zu werden: den Wirtschaftsproblemen, den Umweltproblemen, den Problemen der Wirtschaftsmigration und den Problemen, die aus regionalen Konflikten resultieren. Wie sich die Welt einst vom Feudalstaats- zum Nationalstaatssystem gewandelt hat, leben wir jetzt in einer Zeit, in der wir uns vom System der Nationalstaaten, wo die Staaten in zunehmendem Maße überfordert sind, mit den Problemen fertig zu werden, denen sich unsere Welt gegenübersteht, zu einer globaleren Institution entwickeln. Das bedeutet auch einiges an Souveränitätsverzicht, im vollen Bewußtsein geringfügiger nationaler Machteinbußen, dafür aber mit der größeren Wahrscheinlichkeit einer höheren Lebensqualität für die Bürger jener Staaten, die sich dem Prozeß anschließen.

Das bezieht sich nicht nur auf die Wirtschaft und die Umwelt, sondern vor allem auf die Erhaltung des Friedens. Deshalb betrifft es alle Fragen, die heute in Europa anstehen: Was soll Europa in einer post-kommunistischen Welt mit der NATO, der Westeuropäischen Union und mit den beträchtlichen Verteidigungseinrichtungen tun, die es in jedem unserer Länder gibt?

Um sich den globalen Problemen zu stellen, brauchen wir eine globale Institution, ausgestattet mit neuen Befugnissen, neuen Mitteln und einem eindringlichen Mandat, uns vor uns selbst zu schützen, während wir gleichzeitig unser menschliches Potential zur Lösung der aktuellen Probleme aktivieren. Das mag als eine wenig ermutigende Aufgabe erscheinen, aber es ist zugleich ein Neuanfang - wenn wir dazu bereit sind.

van Eekelen

Ich möchte mich dem Tagungsthema unter dem Aspekt der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nähern, die natürlich mein "täglich Brot" sind. Die kollektive Verteidigung hat glücklicherweise nicht mehr alleinige Priorität für die transatlantischen Beziehungen, weil es kein Szenario für Überraschungsangriffe mehr gibt, das uns zwingen würde, innerhalb von Tagen, wenn nicht von

Stunden, von Friedens- auf Kriegszeit umzuschalten. Das bedeutet zugleich, daß Sicherheit in den transatlantischen Beziehungen nicht länger der Deckmantel ist, um Irritationen auf anderen Gebieten zu verschleiern.

Meine erste These lautet daher: Die transatlantischen Beziehungen müssen in Zukunft noch sorgfältiger behandelt werden als in der Vergangenheit. Und eine der Fragen, die ich von daher stellen will, ist: Sind wir in der Lage, eine globalere Beziehung zu entwickeln, die über das Gebiet der Sicherheit hinausgeht?

Ich war 1973 als Diplomat dabei, als Kissinger versuchte, ein "Europa-Jahr" zu propagieren. Daß daraus dann ein "Jahr der Araber" wurde, war nicht seine Schuld. Es war zu jener Zeit äußerst schwierig, eine globale Beziehung zu begründen, vor allem deshalb, weil Sicherheit und Verteidigung derart im Vordergrund standen. Auch hatten die Europäer einige Zweifel, ob es sinnvoll sei, dies in eine Beziehung einzubinden, die von vornherein eine gewisse Schiefelage aufwies.

Die aktuelle Frage ist, ob eine globale Beziehung jetzt eher möglich ist, angesichts der verringerten Bedeutung der Verteidigung, wobei auch die Führungsrolle der USA nicht mehr so im Vordergrund steht, wie dies vorher der Fall war. Kann die G 7 diese Rolle ausfüllen? Ich bezweifle das. Als Europäer halte ich ihre Struktur für ziemlich brüchig; aber das bleibt abzuwarten. Persönlich würde ich eine Art Dreierbeziehung zwischen einer Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und Japan vorziehen, da sie die wesentlichen Antriebskräfte in diesem Zusammenhang sind.

Meine zweite These: Europa ist heute potentiell in der Lage, eine Annäherung zwischen Außenpolitik, Wirtschaftspolitik sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erzielen. Diese Vorstellung liegt jedenfalls der Europäischen Union zugrunde, der wir uns nähern, obwohl es sicher noch einige Zeit brauchen wird, dies politisch zu realisieren.

Ich habe nichts gegen Senator Bradleys Vergleich vom Architekten und den Maurern. Ich persönlich wäre lieber Maurer als Architekt; denn ich bezweifle, daß jetzt die Zeit reif ist für eine neue Architektur. Die Dinge sind derart im Fluß, daß ich schon froh wäre, wenn man nur fünf Jahre voraussehen könnte. So wie es derzeit aussieht, habe ich keine Ahnung, wie sich die Dinge danach entwickeln könnten - weder in Rußland noch in anderen Teilen der Welt.

Einerseits besitzt Europa also potentiell die Fähigkeit, die vorerwähnte Annäherung auf den verschiedenen Politikfeldern herzustellen. Auf der anderen Seite sind wir natürlich mit der Führungsproblematik konfrontiert. Nachdem die USA die Führung nicht mehr in gleicherweise wahrnehmen, fragt es sich, wer diese Rolle künftig übernehmen könnte; denn kein anderes Land, keine Institution wäre dazu gegenwärtig bereit oder in der Lage. In Europa werden wir daher eine kollektive Führung entwickeln müssen.

Dritte These: Clausewitz ist zurückgekehrt! Nicht, daß er uns jemals ganz verlassen hätte; was ich meine, ist: In Zeiten, wo man mit einem Überraschungsangriff rechnen mußte, bedurfte es keiner so eingehenden Diplomatie. Heute lösen wir uns von einer Verteidigungspolitik im eigentlichen Sinne und bewegen uns in Richtung auf Intervention. Da manche Leute dieses Wort nicht gern hören, könnte man auch sagen: Wir nutzen unsere militärischen Möglichkeiten, um unseren politischen Zielen Nachdruck zu verleihen. Heute ist jede Entscheidung, militärische Mittel einzusetzen, eine höchst politische Entscheidung, die in verschiedenen Hauptstädten getroffen wird und die deshalb auch notwendigerweise verschiedene Elemente in den Entscheidungsprozeß einführt.

Sicherheit ist nicht länger unteilbar - ich weiß, daß diese Formulierung provokativ klingt. Natürlich reden wir alle wie "Medizinmänner" und behaupten, sie sei nach wie vor unteilbar; aber das ist tatsächlich nicht mehr der Fall. Die Situation in Norwegen oder der Türkei unterscheidet sich heute wesentlich von jener, die wir dort vor vier Jahren hatten. Deshalb ist es in der Tat unsere Aufgabe, Sicherheit unteilbar zu machen; aber das kann nur durch ganz bewußte Anstrengung geschehen.

Vierte These: Die Nordatlantische Allianz muß erneuert werden. Nach meiner Ansicht muß sie in ein Zwei-Säulen-System umgeformt werden - mit einer europäischen und einer amerikanischen Säule. Und dies aus zwei Gründen, einem europäischen und einem transatlantischen Grund.

Was den europäischen Grund angeht, so kann ich mir nicht vorstellen, daß 350 Millionen Menschen, die bereits in der Europäischen Union vereint sind - und es werden weitere hinzukommen;- , ohne eine eigenständige Verteidigung bleiben können, wenn diese auch glücklicherweise ein geringeres Ausmaß annehmen kann als in der Vergangenheit. Aber wir können - historisch gesehen - darauf nicht verzichten.

Für die NATO ist ein Zwei-Säulen-System meiner Meinung nach von entscheidender Bedeutung. Ich frage auch meine amerikanischen Freunde immer wieder: Unter welchen Bedingungen können wir

davon ausgehen, daß die amerikanischen Streitkräfte in Europa bleiben? Ist dies eher der Fall, wenn Europa auf militärischem Gebiet weiterhin wie in der Vergangenheit ohne eigene Verteidigungsorganisation bleibt, oder ist es günstiger, wenn Europa sich ein wenig mehr selbst organisiert?

Ich stelle diese Frage insbesondere im Hinblick auf 1994, wenn die russischen Truppen Deutschland und Polen und hoffentlich auch die baltischen Staaten verlassen haben. Rußland wird dann von Westeuropa weiter entfernt sein als je zuvor seit der Zeit Iwan des Schrecklichen. Es wird verschiedene Pufferzonen zwischen Rußland und Westeuropa geben, nicht nur die kleineren osteuropäischen Staaten, sondern auch Weißrußland und die Ukraine, was für diese Länder zu eigenen Problemen führen wird. Aber gleichwohl wird es uns von Rußland abrücken.

Ist es unter diesen Umständen sehr wahrscheinlich, daß die Amerikaner die europäische Sicherheit ernster nehmen werden als wir Europäer selbst - oder besser: als wir Europäer sie nicht ernst nehmen? Worauf ich hinaus will, ist eine Art transatlantisches Bündnis - oft diskutiert, aber nie geschlossen, zumindest nicht offiziell;- , in welchem wir Europäer unsere Verantwortung, die wir in Zukunft zu tragen in der Lage sind, näher bestimmen, während die Amerikaner ihrerseits deutlich machen, zu welcher Verantwortung sie weiter imstande und bereit sind.

Es geht mit anderen Worten darum, von den "Zahlen" wegzukommen, die bisher die öffentliche Diskussion weitgehend beherrscht haben. Erst war von 200.000 Mann die Rede, dann von 150.000, und jetzt sprechen einige sogar nur von 70.000 oder 50.000 Mann. Das ist ein gefährliches Terrain, auf das man sich nicht begeben sollte. Sinnvollerweise sollte man über möglichst eindeutige Funktionen sprechen wie über den nuklearen Schutz, über Nachschubfrage;n, rechtzeitige Aufklärung, strategische Transportmittel, Befehls- und Kontrollstrukturen. Tut man dies, dann kommt man auf eine realistische und zugleich vertretbare Anzahl. Dies alles würde aber in die transatlantischen Beziehungen ein neues Element von Verpflichtung und Engagement einbringen.

Die Amerikaner könnten im Kongreß sagen: Auf diese Weise helfen wir den Europäern, sich selbst zur Wehr zu setzen und größere Verantwortung zu übernehmen. Die Europäer könnten in ihren Parlamenten sagen: Dies ist Teil eines Bündnisses, und wir müssen uns daran halten. In gewissem Sinne geht es dabei um die alte Forderung, die Verteidigungshaushalte real zu erhöhen, was jetzt an sich nicht mehr nötig ist, aber die gegenseitige Bindung erhöht.

Wenn wir ein solches Zwei-Säulen-Fundament hätten, könnte meine Organisation, die WEU, ganz allmählich die Rolle der europäischen Säule übernehmen. Denn heute sind alle europäischen Mitglieder der NATO und die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft um unseren Tisch versammelt. Nicht alle sind Vollmitglieder; einige sind assoziiert, und die Dänen und die Iren haben zur Zeit einen Beobachterstatus. Daher könnte man jetzt versuchen, auf europäischer Seite einen Konsens in einigen wichtigen Fragen zu erzielen.

Fünfte These: Es sollte keine starre Arbeitsteilung zwischen der NATO und der WEU geben. Zunächst, warum brauchen wir weiterhin die NATO? In Zukunft in erster Linie nach wie vor für die gemeinsame Verteidigung. Nur das Gewicht der Vereinigten Staaten kann die Macht Rußlands ausgleichen. Wir alle fühlen uns sehr viel sicherer mit amerikanischer Präsenz auf unserem Territorium als ohne sie. Gleiches gilt für die Ungarn, die Polen und Tschechen sowie für andere Länder in Mitteleuropa.

Eine zweite Funktion sehe ich für die NATO im transatlantischen Konsultationsprozess, der nötig ist, um sich mit allen möglichen Sicherheitsproblemen weltweit zu befassen. Hinzu kommt eine dritte neue und weiterreichende Aufgabe in bezug auf frühere Gegner, um ihnen beim Aufbau einer pluralistischen Demokratie und einer Marktwirtschaft zu helfen, obwohl dies im Grunde keine Aufgabe der NATO ist.

Ich möchte auch deshalb keine starre Arbeitsteilung zwischen NATO und WEU, weil die Umstände, unter denen NATO und WEU aktiv werden, nicht klar definiert werden können. In der Praxis hängt sehr viel davon ab, ob Amerika bereit ist, sich an militärischen Aktionen wesentlich zu beteiligen und ob dies dann besser im Rahmen der NATO geschieht oder ob die Europäer die Führung übernehmen sollten.

Alle, selbst die Franzosen, akzeptieren inzwischen, wenn es eine wesentliche amerikanische Beteiligung gibt - sagen wir zum Beispiel in Jugoslawien;- , daß dann das Kommando besser bei der NATO liegen sollte. Dies ist schon für sich gesehen eine grundlegende Verbesserung, verglichen mit der Situation, die wir noch vor einigen Jahren hatten. In dieser Hinsicht erfolgt tatsächlich eine Annäherung der Franzosen an die NATO, zumal sich der amerikanische Einfluß ein wenig verringert, so daß den Franzosen dieser Schritt leichter gemacht wird. Ich meine, sie schätzen die Dinge recht

vernünftig ein, daß im Falle einer Beteiligung der Amerikaner die NATO das Oberkommando führt. Es gibt ansonsten - prima facie - keinen Tatbestand für ein NATO-Kommando außerhalb des NATO-Gebietes.

Ich weiß nicht, ob sich alle unsere amerikanischen Freunde dessen bewußt sind, aber wichtig ist dabei auch, daß wir in der WEU nicht aufständige Streitkräfte aus sind oder eine Verdoppelung der NATO-Kommandostruktur anstreben. Wir zielen im Gegenteil auf ein sogenanntes "double-hatting" der für die NATO verfügbaren Kräfte. Wenn die NATO die Führung übernimmt, vornehmlich im Bereich der kollektiven Verteidigung, aber möglicherweise auch zunehmend bei friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Maßnahmen, so geht das mit uns gut. Wenn die Situation jedoch sowohl im Konsultationsprozeß als auch in der NATO selbst so beurteilt wird, daß die Europäer besser die Führung übernehmen und die Amerikaner dies eher in europäischer denn in transatlantischer Verantwortung sehen, dann könnten wir Europäer ohne weiteres die Führung übernehmen und weitgehend die gleichen Streitkräfte, die gleiche Infrastruktur, die gleichen Kommunikationswege und so weiter benutzen.

Wir setzen also nicht aufständige Streitkräfte, sondern planen so etwas wie Eingreiftruppen, die für drei Aufgaben verfügbar sind: für humanitäre Aufgaben und Rettungsmissionen sowie für friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen. Um es wortwörtlich zu zitieren: Es geht um die Rolle von Streitkräften beim Krisenmanagement einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.

Sechste These: Das Konzept der kollektiven Sicherheit, das uns als Ideal vorschwebt, ist noch immer unfertig. Es wird auf jeden Fall notwendig sein, die kollektive Verteidigung mit einem Unterbau zu versehen. Ob das nun im Rahmen der NATO oder der WEU geschieht, ist dabei ziemlich unwesentlich. Aus eben diesem Grund sind übrigens die Ungarn und die Polen derzeit so daran interessiert, entweder der NATO oder der WEU beizutreten, weil sie erkennen, daß andere Organisationen nicht in der Lage sind, ihnen eben jene Sicherheitsgarantien zu geben, die sie gerne hätten.

In dieser Hinsicht ist unsere Terminologie natürlich etwas euphemistisch. Wir alle sprechen von Friedenserhaltung, selbst wenn es keinen Frieden gibt. Wenn man sich den Friedensplan von Generalsekretär Boutros-Ghali ansieht -zweifellos ein interessanter Versuch, neue Aufgaben für die Vereinten Nationen festzulegen;- , wird das Moment der Durchsetzung sehr heruntergespielt und kaum erwähnt. Unter welchen Umständen werden Durchsetzungsmaßnahmen ergriffen? Das ist bisher alles andere als klar. Es ist immer nur von friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen die Rede.

Es gibt ein ähnliches Problem bei der KSZE, dem Helsinki-Prozeß. Nach unserer Erfahrung ist die KSZE besser geeignet, Krisen zu verhüten, als ein wirksames Krisenmanagement durchzuführen. Die Schaffung eines Hochkommissars für Minderheiten ist sicher nützlich, weil damit die Aktivitäten zur Krisenvorbeugung hoffentlich ein wenig effektiver werden. So wie das gegenwärtig gehandhabt wird, mit dem sogenannten Konsens-minus-eins-Verfahren in einigen Fällen und Einstimmigkeit in anderen, scheint es sehr zweifelhaft, ob die KSZE tatsächlich für ein Krisenmanagement geeignet ist. Sie ist gut für Vermittlung, Tatsachenfeststellung, Ausgleich und so weiter. Doch was geschieht, wenn trotzdem eine Krise ausbricht?

Ähnlich stellt sich jetzt die Frage, wie sich die KSZE zum Nordatlantischen Verteidigungsrat (NACC) verhalten will, der nun auch alle früheren Gegner mit umfaßt. Ist der NACC wirklich in der Lage, sein recht ehrgeiziges Ziel zu erreichen, nämlich den Osten zu stabilisieren? Ich halte dies für einen etwas überzogenen Anspruch.

Damit komme ich zu den Vereinten Nationen, bei denen man erfreulicherweise neue Aktivitäten feststellen kann, die vielleicht auch eine größere Wirksamkeit versprechen. Zugleich stellen wir uns jedoch alle die Frage: "Wie lange wird dieses Glück andauern?" Das heißt, wie lange werden die frühere Sowjetunion und China in der Lage und willens sein, weitreichende Maßnahmen zu akzeptieren? Und wo liegt die Grenze zwischen dem, was möglich und dem, was nicht möglich ist? In dem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage: Was werden wir tun, falls die Chinesen und die Russen trotz all unserer Bemühungen sagen, daß bestimmte Maßnahmen nicht mehr akzeptiert werden?

Zweifellos kommt der UNO jetzt eine größere Bedeutung zu. Frankreich ebenso wie Großbritannien verlagern einige ihrer politischen Bestrebungen auf die Vereinten Nationen. Damit erhebt sich natürlich die Frage: Wie steht es dann mit den Aufgaben der europäischen Institutionen, der NATO, der EG und der WEU, in diesem Zusammenhang? Wo wird letztlich das Schwergewicht liegen?

Meine vorläufige Schlußfolgerung daraus ist, daß wir uns in einer recht paradoxen Situation befinden. In der Vergangenheit war die Führungsrolle der Vereinigten Staaten in der NATO zweifellos ausschlaggebend; heute scheint sie ähnlich wichtig zu sein, wenn es darum geht, die Vereinten Nationen zum Handeln zu bewegen. Wird dies aber auch weiterhin so sein? In der Bosnien-Krise ist dies möglicherweise nicht der Fall. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Dinge dort entwickeln. Persönlich hoffe ich, daß wir uns jetzt recht schnell auf einen Kompromiß zubewegen, demzufolge es in Bosnien Schutzzonen geben wird, die es zu sichern gilt, wenn möglich durch Luftstreitkräfte. Das könnte auch die europäischen und die amerikanischen Standpunkte zusammenführen.

The Lord Dahrendorf

Von Herrn Poettering heißt es, er komme aus Straßburg, und ich vermute, daß dies im rechtlichen und technischen Sinne eine korrekte Beschreibung ist. Ich will ihn nicht fragen, wo er als Mitglied des Europäischen Parlaments seine meiste Zeit verbringt. Er ist nicht nur Mitglied des Europäischen Parlaments, sondern außerdem Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit und Abrüstung. Ich habe bei ihm ein ominöses, vielgelesenes Dokument entdeckt, das den Namen einer holländischen Stadt trägt, der bisher nicht erwähnt worden ist. Dies mag ein gutes oder schlechtes Zeichen sein. Er wird es uns sagen.

Poettering

Als wir vor mehr als zehn Jahren im Europäischen Parlament begannen, uns mit Fragen der Außenpolitik, der Sicherheit und sogar der Verteidigung zu befassen, gab es nicht wenige, die meinten: "Diese Idioten" im Europäischen Parlament wollen jetzt auch noch über diese Fragen mitreden. Inzwischen war Willem van Eekelen viele Male Gast in unserem Ausschuß für Sicherheit und Abrüstung, und mein Eindruck ist, daß sich die anfängliche Skepsis gelegt hat, weil deutlich geworden sein dürfte, daß das Europäische Parlament sich auch zu diesen Fragen kompetent äußern kann.

Zunächst möchte ich unseren englischen Freunden dafür danken, daß sie vor zwei Tagen im Unterhaus für den Maastricht-Vertrag eine klare Mehrheit zustande gebracht haben. Anderenfalls würde ich meine vorbereitete Rede kaum so vortragen können.

Senator Bradley und Generalsekretär van Eekelen haben bereits auf die großen Herausforderungen hingewiesen, vor denen wir in Europa gemeinsam mit den Amerikanern stehen. Das gilt insbesondere für den Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie im Osten. Die Fragestellung unseres Themas: "Wird der Westen den Zerfall des Ostens überstehen?" ließe sich ja auch umdrehen indem man fragt: "Kann der Osten ohne den Westen die gegenwärtige schwierige Phase politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation überstehen?" Aber beide Fragestellungen verdeutlichen den außerordentlichen Handlungsbedarf.

Der gesamte mittel- und osteuropäische Raum gleicht einer Ansammlung von Pulverfässern. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die ständig wachsende Zahl vorwiegend ethnisch bedingter Grenzkonflikte in der vormaligen Sowjetunion, ungelöste Minderheitenprobleme in verschiedenen südosteuropäischen Staaten, die kaum einzudämmende Verbreitung von Materialien und Know-how zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen aus der ehemaligen Sowjetunion, unsichere Kernreaktoren sowie die Umweltzeitbombe, die mit uneingeschränkter Vehemenz im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum tickt, gehören zu den Herausforderungen. Aber diese Liste ließe sich unschwer erweitern.

Trotz dieser ernüchternden Bestandsaufnahme wäre es verfehlt, in Pessimismus und Nostalgie nach der "heilen" Welt des Blockantagonismus zu verfallen. Die neue politische Lage in Europa bietet vielmehr eine unvergleichliche Chance, das Zusammenleben zwischen den Staaten und Völkern Europas in Freiheit dauerhaft zu gestalten und die Lebenssituation der Bürger in Ost und West zu verbessern. Um diese Chance wahrzunehmen, muß Europa - und ich sage bewußt: Gesamteuropa - zusammenwachsen, so wie Westeuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zusammengewachsen ist.

Die Einbindung des westlichen Teils des besiegten und zerstörten Deutschland in das Nachkriegseuropa der demokratischen Staaten bildet dafür ein gutes Beispiel. Hoffnungen und Ziele, wie sie am Anfang der europäischen Einigung standen, deckten sich mit den vorrangigen Zielen der deutschen Politik, ja sie förderten sie sogar nachhaltig:

- Die Erhaltung des Friedens in Freiheit und die Gewährleistung der Sicherheit, - der wirtschaftliche Wiederaufbau und Wohlstand, - die politische und rechtliche Gleichberechtigung und der Erwerb der

internationalen Handlungsfähigkeit, - die Festigung der politischen Ordnung, der freiheitlichen Demokratie und des sozialen Rechtsstaates und schließlich - die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Ich möchte gerade hier in Großbritannien nachdrücklich betonen, daß für uns Deutsche die enge Partnerschaft und Freundschaft mit Frankreich die Grundlage europäischer Einigungspolitik ist. Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft, die NATO und in die WEU bedeutete für uns die Einbeziehung in eine Freiheits-, Friedens- und Sicherheitsgemeinschaft, die auch eine Wirtschaftsgemeinschaft und vor allem eine Wertegemeinschaft war. Dieses Beispiel sollten wir vor Augen haben, wenn wir heute unsere Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarn und zu den Staaten, die aus der ehemaligen Sowjetunion entstanden sind, definieren.

Der Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten zur Europäischen Gemeinschaft hat im Bündnis mit den USA dazu beigetragen, den Frieden in Europa zu sichern und zu bewahren. Angesichts der langen Jahre der Feindschaft und der andauernden Auseinandersetzungen zwischen den westeuropäischen Staaten verdient die friedliche und gewaltfreie Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft besondere Beachtung. Sie hat für den westlichen Teil des europäischen Kontinents eine wahrhafte Friedensordnung geschaffen, die zu errichten für den gesamten europäischen Kontinent noch aussteht.

Das Europäische Parlament hat immer wieder die Bedeutung der gemeinsamen Werte und Prinzipien betont und das Selbstbestimmungsrecht für alle Europäer gefordert. Dies zeigte sich nicht zuletzt beim Prozeß der deutschen Einheit, für die das Europäische Parlament eingetreten ist, als manche hochrangige Persönlichkeiten in westeuropäischen Hauptstädten - auch in Großbritannien - noch wesentlich zurückhaltender waren.

Die Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft war und ist ein wesentlicher Baustein für einen dauerhaften Frieden. Ein auf sich allein gestelltes Deutschland mitten in Europa hätte dagegen bei den Nachbarn Argwohn erregt und Unsicherheit erzeugt. Europa brauchte Deutschland, um Frieden und Sicherheit zu bewahren, so wie Deutschland selbstverständlich Europa braucht.

Heute haben die Verpflichtungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein so großes Ausmaß erreicht, daß alle Mitglieder aufeinander angewiesen sind. Sicher, Verpflichtungen erzeugen Abhängigkeiten und setzen eigenstaatlichem Handeln Grenzen. Das sehe ich jedoch positiv. Deshalb gilt es auch zu verhindern - und dies sage ich mit besonderem Nachdruck im Hinblick auf die mittel- und osteuropäischen Nachbarn;- daß Europa zurückfällt in den Zustand nationalstaatlicher Egoismen, die unseren Kontinent zweimal in diesem Jahrhundert vor den Abgrund gestellt haben. Von daher begrüße ich die jetzige Entscheidung der Dänen und der Briten zugunsten des Vertrages von Maastricht sehr. Notwendig ist die Definition und die Herstellung eines europäischen Gemeinwohls.

Lassen Sie mich damit auf die Ausgangsfrage zurückkommen: "Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben?" Der Westen wird die Desintegration des Ostens überstehen, wenn Europa und Amerika gemeinsam in wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Hinsicht die Schritte einleiten, die erforderlich sind, um unsere Partner im Nordatlantischen Kooperationsrat in unsere Wertegemeinschaft, in den politischen und sicherheitspolitischen Rahmen und auch in die wirtschaftlichen Strukturen einzubinden. Dazu möchte ich einige Vorschläge unterbreiten.

Die Situation in Europa Anfang der 90er Jahre erfordert:

Erstens eine sofortige dynamische Reaktion der Europäischen Gemeinschaft auf die jüngsten politischen Veränderungen und die wachsenden Forderungen europäischer Drittstaaten.

Zweitens eine langfristige Strategie und ein politisches Konzept, um das Hauptziel der die Europäische Gemeinschaft begründenden Verträge, nämlich die Errichtung einer Europäischen Union, mit den neuen Perspektiven engerer Kooperationsbeziehungen zu allen europäischen Staaten (einschließlich Rußlands, der Ukraine und anderer Republiken der ehemaligen Sowjetunion) in Einklang zu bringen, woraus sich am Ende eine Art gesamteuropäische Konföderation ergeben könnte.

Die zentrale Frage ist, sich darüber klarzuwerden, welche Art Europäische Gemeinschaft oder Europäische Union das neue Europa braucht. Im wesentlichen halte ich vier verschiedene Zukunftsszenarien für denkbar.

1. Vertiefung des Integrationsprozesses ohne zusätzliche Erweiterungen und Herstellung enger Beziehungen zu allen europäischen Nachbarstaaten. Dies würde ein Globalabkommen mit der EFTA, eine engere Assoziation mit der Türkei und Varianten von nach Artikel 238 des EWG-Vertrages geschlossenen Assoziierungsabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern beinhalten.

2. Vollendung und Erweiterung ohne Vertiefung. Dies würde bedeuten, daß die Europäische Gemeinschaft das Binnenmarktprogramm vollendet, jedoch von weiteren Schritten in Richtung auf eine Europäische Union Abstand nimmt. Dann wäre ein baldiger EG-Beitritt der daran interessierten EFTA-Staaten möglich, und mittelfristig wäre auch der Beitritt für die mittel- und osteuropäischen Staaten eine praktikable Option. Außerdem müßte die Gemeinschaft zu der türkischen Forderung schnellstens endgültig Position beziehen.

3. Schaffung einer neuen gesamteuropäischen Struktur, was Abkehr von dem Ziel einer weiteren westeuropäischen Integration und Errichtung konföderaler Strukturen und zwischenstaatlicher Organe zwischen den am KSZE-Prozeß beteiligten europäischen Staaten bedeuten würde. Einige EG-Staaten könnten dennoch versucht sein, möglichst viel vom gemeinschaftlichen Besitzstand zu erhalten und darauf aufzubauen.

4. Vertiefung und (begrenzte) Erweiterung der Gemeinschaft. Dieses Szenario würde den weiteren Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union bis zum Jahre 2.000 anvisieren. Diejenigen europäischen Staaten, die strukturell und wirtschaftlich in der Lage sind, sich rasch an den gemeinschaftlichen Besitzstand anzupassen, die die grundlegenden Voraussetzungen für die Mitgliedschaft erfüllen und sich politisch mit dem Ziel einer im wesentlichen supranationalen, föderalen Europäischen Union identifizieren, könnten der Europäischen Gemeinschaft noch vor Ende dieses Jahrzehnts beitreten.

Unabhängig davon, welches der Szenarien sich schließlich durchsetzen wird - ich persönlich plädiere nachdrücklich für die zuletzt genannte Alternative, also Vertiefung und begrenzte Erweiterung;- , steht fest, daß die Gemeinschaft Entscheidungen treffen muß, um ihre künftigen Beziehungen zu den übrigen europäischen Staaten zu ordnen. Ein Status-quo-Ansatz ist daher kaum vorstellbar, weil die Gemeinschaft selbst eine Zukunftsperspektive braucht und die übrigen europäischen Staaten die Gemeinschaft immer dringlicher auffordern, die Warteliste der Beitrittskandidaten in den Papierkorb zu werfen und eine Perspektive für ihre künftigen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft und ihre künftige Stellung in einem EG-Rahmen zu eröffnen.

Ich betone indes, als Grundvoraussetzung für den Beitritt muß verlangt werden, daß sich das Beitrittsland mit dem Ziel der supranationalen Europäischen Union identifiziert und daher bereit ist, ein hohes Maß auch an nationaler Souveränität auf die Gemeinschaft zu übertragen.

Ich denke, daß es für die Europäische Gemeinschaft darauf ankommt, ihre Effizienz zu verbessern. Dies bedeutet insbesondere, daß die demokratische Kontrolle ausgebaut werden muß. Mit Maastricht geschieht dies in einem entscheidenden Maße, was allenthalben immer noch auf große Unkenntnis stößt. Es heißt, das Europäische Parlament habe so gut wie keine Befugnisse. Das ist heute schon falsch und wird sich mit der Verwirklichung von Maastricht noch weiter wandeln. Gleichwohl bleibt ein demokratisches Defizit. Deshalb muß das Europäische Parlament im Rahmen einer Vertiefung der Gemeinschaft zu wirklichen Gesetzgebungskompetenzen kommen und in dieser Hinsicht gegenüber dem Ministerrat gleichberechtigt werden. Aber auch nach der heutigen Rechtslage kann es zu einer Erweiterung der Gemeinschaft nur kommen, wenn das Europäische Parlament dem zustimmt.

Vor diesem Hintergrund müssen die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den neuen Partnern in Mittel- und Osteuropa ausgebaut werden. Im Europäischen Parlament besteht weitgehende Einigkeit darüber, daß die Möglichkeiten, die Artikel 238 des EWG-Vertrages für eine engere Verbindung zur Gemeinschaft bietet, in den bisherigen Assoziierungsabkommen etwa mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei noch längst nicht ausgeschöpft sind.

Insbesondere ließe sich im Hinblick auf die Beitrittsabsichten der mittel- und osteuropäischen Staaten zusätzlich vorsehen, daß - assoziierte Staaten ohne Stimmrecht in den Gemeinschaftsorganen vertreten sein könnten, - die Assoziierung nicht nur mit der EWG, sondern auch mit der Union zulässig sein sollte, so daß assoziierte Staaten unabhängig von einer Mitgliedschaft in der Gemeinschaft an der außen- und sicherheitspolitischen sowie an der innen- und rechtspolitischen Zusammenarbeit teilnehmen könnten, um auf diese Weise schrittweise in den Gemeinschaftsrahmen hineinzuwachsen.

Außerdem ist erwägenswert, daß die Gemeinschaft mit Drittstaaten ein "System konföderaler Zusammenarbeit in Europa" entwickelt, welches sich auf bereits vorhandene gesamteuropäische Organisationen, insbesondere auf den Europarat und die KSZE stützt. Dabei könnte es um eine Art von Aufgabenkonföderationen im Hinblick auf ganz konkrete Probleme, beispielsweise im Umweltschutz, gehen. An solchen sektoralen Aufgabenkonföderationen könnten jeweils die Staaten teilnehmen, die an der gemeinsamen Lösung bestimmter Probleme interessiert sind. Das bedeutet

nicht, daß die Europäische Gemeinschaft zu einer Konföderation werden sollte; sondern die Europäische Union muß der stabile Kern einer gesamteuropäischen Konföderation sein.

Die Frage, inwieweit sich Vertiefung und Erweiterung der Gemeinschaft vereinbaren lassen, wird nach wie vor kontrovers diskutiert. Ich meine, daß die Aufnahme neuer Mitglieder ohne eine durchgreifende institutionelle Reform und ohne die Weiterentwicklung der Europäischen Union sehr problematisch wäre.

Lassen Sie mich noch auf einige sicherheitspolitische Aspekte hinweisen. Die neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und verschiedene der ehemaligen Sowjetrepubliken befinden sich in einem sicherheitspolitischen Vakuum. Es kommt nicht von ungefähr, daß sie unüberhörbar an die Tür der Nordatlantischen Allianz klopfen. Zwar ist mit dem Nordatlantischen Kooperationsrat ein Gremium geschaffen worden, welches es erlaubt, die neue sicherheitspolitische Situation in Europa gemeinsam zu erörtern, jedoch gibt diese Institution den Ländern in Mittel- und Osteuropa keine Sicherheitsgarantien.

Ich stimme mit dem deutschen Verteidigungsminister Volker Rühle überein, der in seiner Rede vor dem Londoner Institut für Strategische Studien Ende März dieses Jahres davor gewarnt hat, unsere Nachbarn im Osten - vor allem die Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn - von den euroatlantischen Sicherheitsstrukturen auszuschließen. Ost-Mitteuropa darf sicherheitspolitisch kein konzeptionelles Niemandsland sein.

The Lord Dahrendorf

Wir haben gewiß allen Grund, den Organisatoren dankbar zu sein, daß sie drei Referenten eingeladen haben, die uns eine derartige Fülle von Problemen und auch einige richtungsweisende Überlegungen präsentiert haben. Angesichts dieses Panoramas verschiedener wichtiger Themen sollten wir möglichst unvoreingenommen an die Diskussion herangehen.

Sir Bullard

In den Referaten war viel die Rede von jenen multilateralen Organisationen und Institutionen, die sowohl regional als auch global ausgerichtet sind, ob es sich dabei um NATO, KSZE, GATT, G 7, IAEA, EG oder UNO handelt. Sie wurden zwar auch lobend erwähnt, meist jedoch einer Kritik unterzogen. Direkt oder indirekt dienten sie als Beispiel dafür, was zu tun ist. Diese Institutionen und Organisationen sind jedenfalls häufiger angesprochen worden, als dies vor vier, fünf Jahren der Fall gewesen wäre. Damals gingen wir davon aus, daß unsere Institutionen zwar nicht perfekt seien, aber doch ihren Aufgaben gerecht würden. Zumindest war die Frage ihrer Effizienz nicht unsere größte Sorge.

Heute scheint es uns weniger an Institutionen zu mangeln, vielmehr müssen wir prüfen, ob die bestehenden Organisationen in ihrer jetzigen Form ihre Aufgaben erfüllen können. So frage ich mich, ob Europa nicht das Problem der Reaktorsicherheit in der Ukraine längst gelöst haben könnte - Senator Bradley hat besonders daraufhingewiesen;- , wenn es nicht die IAEA gäbe, von der wir meinten, daß solche Probleme in ihre Hände gehörten.

Es reicht jedenfalls nicht, nur zu überlegen, wie bestehende Institutionen ein wenig angepaßt, erweitert oder umgebildet werden müßten oder könnten - hier ein zusätzliches Mitglied oder zwei, dort ein Hochkommissar als Zugabe. Diese Denkweise kann dazu führen, daß Organisationen nach Rollen suchen, die sie nicht spielen können. Möglicherweise ist dies beim Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC) der Fall, über den ich aber zu wenig weiß.

Eine schwerwiegendere Frage ist, ob die verschiedenen Organisationen überhaupt in der Lage sind, eine Reform aus sich selbst heraus zu betreiben, ohne dazu von außen gedrängt zu werden. Die internationalen Organisationen müssen also grundsätzlich überdacht werden, so wie es in den vierziger Jahren der Fall war, als die UNO und einige Sonderorganisationen und natürlich auch die NATO ins Leben gerufen wurden. Dabei sollten wir uns weniger fragen, wie die eine oder andere Institution verbessert werden könnte, sondern man sollte zunächst die Probleme definieren, die vorrangig einer Lösung bedürfen, und dann entsprechende institutionelle Schlußfolgerungen daraus ziehen.

Heißt dies nach den Sternen greifen? Vielleicht. Einen völligen Neubeginn, so wie es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Fall war, gibt es heute nicht. Eine atomare Katastrophe, weit schrecklicher als die von Tschernobyl, könnte der Auslöser sein, aber darauf sollten wir sicher nicht warten. Vielleicht bietet die Jahrtausendwende die Chance zu einem Neuanfang in dieser Richtung.

Wer könnte die Initiative ergreifen? Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Vielleicht wäre eine Gruppe mittelgroßer Staaten wie Kanada dazu geeignet. Kanada hat seinerzeit mehr als die meisten anderen Staaten zur Entwicklung in den 40er Jahren beigetragen, die ich erwähnt habe. Möglicherweise könnten Anstöße auch von einer Gruppe bedeutender internationaler Persönlichkeiten oder von think-tanks, wie zum Beispiel dem Bergedorfer Gesprächskreis, ausgehen.

Marsh

Der Titel unserer heutigen Diskussion ist sehr gut gewählt, weil er die Frage der gegenseitigen Abhängigkeit von Ost und West auf höchst dramatische Weise stellt. Ich möchte einige Bemerkungen zu den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen der vergangenen Jahre machen, welche die Tagesordnung für die Zeit nach Maastricht wirklich verändern werden.

Es ist klar, daß alle seinerzeit Fehler in der Lagebeurteilung gemacht haben, als das System im Osten zusammenbrach. Wir haben nicht vorhergesehen; daß der Zusammenbruch im Osten auch große Herausforderungen bringen und für unser eigenes System in Westeuropa so viele fundamentale Fragen aufwerfen würde. Die Mauer war, wenn Sie so wollen, eine Art Spiegel, in den wir in Westeuropa hineinblickten, und im allgemeinen waren wir ganz zufrieden mit dem, was wir da zu Gesicht bekamen. Doch jetzt schlagen die Wellen des Wandels, die über den Osten hinweggerollt sind, auf uns zurück. Das läßt uns weit weniger selbstzufrieden sein als zu der Zeit, als der Maastricht-Vertrag verhandelt und abgeschlossen wurde.

Wenn man sich die Länder in Europa ansieht, die einem Wandel ausgesetzt waren, so ist da natürlich in erster Linie Deutschland zu nennen. Für ein Land, das territorial und geistig einen Vereinigungsprozeß erlebt, ist es nicht überraschend, daß es Zeit für die Identitätssuche braucht und es dort ein gewisses Maß an Zukunftsangst gibt. Diese wäre gewiß geringer, wenn es nicht so viele Fehleinschätzungen und effektive Fehler in der Vereinigungspolitik gegeben hätte, aber eine Zeit der Ungewißheit hätte Deutschland in jedem Fall erlebt.

Zweifellos war es vor zwei oder drei Jahren ein Riesenfehler, ein vereintes größeres Deutschland zu fürchten. Ich habe in dieser Hinsicht Willy Brandt zugestimmt, der einmal gesagt hatte: "Fürchten Sie kein wirtschaftlich wohlhabendes Deutschland, fürchten Sie ein wirtschaftlich geschwächtes Deutschland." Er hatte völlig recht. Auch die Tatsache, daß Deutschland das erste Mal in seiner Geschichte direkt an einen "Block" von Niedriglohnländern grenzt, der Waren zu einem Zehntel der Löhne produziert, die in Deutschland gezahlt werden, hat ungeheure Rückwirkungen auf das Land und wird enorme Strukturveränderungen zur Folge haben.

Einer der Vorzüge dieses großartigen Hauses und der schönen Umgebung, in der wir unsere Konferenz abhalten, ist der Umstand, daß es ausländischen Besuchern den Eindruck vermittelt, England sei ein festgegründetes, sehr ruhiges und friedliches Land - was indes völlig falsch ist. Möglicherweise wäre der Verlust des nationalen Selbstvertrauens und der Geist nationaler Selbstanschuldigung, was wir zur Zeit in Großbritannien durchleben, weniger ausgeprägt, wenn die seit zwei, drei Jahren herrschende Rezession nicht mit einer Phase zusammengefallen wäre, in der unser Land seine Nachkriegsrolle als Hüter und Garant eines geteilten Europas verloren hat.

In Frankreich, Spanien und besonders in Italien - Italien war das Land, in dem die Strukturen des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen in gewissem Sinne einen Reflex auf das System des kalten Krieges darstellten, der jetzt zu Ende gegangen ist - vollziehen sich ungeheure Veränderungen, was die Frage provoziert: Werden wir überleben?

Ich will nicht über Jugoslawien reden, das mich, wie ich beschämt zugeben muß, ungeheuer bedrückt, sondern mich nur zum politischen und wirtschaftlichen Wandel im übrigen Europa äußern. Der Vertrag von Maastricht gründete auf der allgemeinen Stimmung der Selbstzufriedenheit, daß unser System den Test bestehen könnte. Eines der Ziele von Maastricht, nämlich die Deutschen in ein neues und größeres Europa einzubinden, war in der Tat legitim und vielleicht verständlich. Dennoch war der Grundgedanke falsch, weil man davon ausging, daß die Probleme der deutschen Einigung relativ schnell gelöst würden und man dann auf der Tagesordnung fortfahren könnte, nämlich mit der Schaffung einer einheitlichen Währung und einer weiterführenden politischen Integration in Europa. Dies ist wohl kaum länger aktuell. Wir werden uns in Zukunft mit einer viel bescheideneren und weniger ehrgeizigen Agenda begnügen müssen.

Maastricht war kein Fehler, sondern eine Fehlkalkulation. Das müssen wir in Rechnung stellen. Natürlich bin ich wie jeder andere darüber erfreut, daß die Ratifizierung des Vertrages jetzt offensichtlich durchgezogen wird. Denn würde er nicht ratifiziert, verschwendeten wir in den nächsten

zwölf Monaten noch mehr Zeit, als wir ohnehin bereits vertan haben. Deswegen freue ich mich, daß wir jetzt wirklich zu neuen Prioritäten übergehen können.

Eine der Fehleinschätzungen lag darin begründet, daß wir eines übersehen haben: Wenn wir einer vertieften Integration im Westen Priorität geben, würden wir unserer Verpflichtung nicht nachkommen können, ein erweitertes und besser integriertes Europa auf breiterer Basis zu schaffen. Ich habe anders als die meisten Deutschen, mit denen ich gesprochen habe, immer zu denen gehört, die der Auffassung waren, daß man die Integration nicht um zusätzliche Mitglieder erweitern und sie zugleich vertiefen könne. Man muß hier in der Tat Prioritäten setzen. Nach meiner Auffassung muß ein größeres Europa die Priorität vor einem "vertieften" Europa haben.

Wir haben bei der Festlegung eines Zeitplans für die Währungsunion auch übersehen, daß wir die in Deutschland ohnehin vorhandene Skepsis über den Verlust der D-Mark noch verstärken würden in einer Zeit, in der Deutschland mit so großen Problemen zu kämpfen hat. Wir haben nicht erkannt, daß die Währungsunion weniger die Frage löst, wie Deutschland in Europa eingebunden werden kann, sondern vielleicht sogar eher ein Hindernis darstellen würde.

Wie sollte meiner Meinung nach die Zielsetzung für Europa aussehen? Ich denke, wir müßten sehr viel realistischer an die Sache herangehen und weniger ehrgeizig im Hinblick auf das sein, was Europa in diesem Jahrhundert noch erreichen kann. Ich stimme all denen zu, die mehr Transparenz, mehr Berechenbarkeit für die Arbeit der Kommission und des Ministerrats fordern. Eine der Lehren, die wir aus dem dänischen Referendum gezogen haben, ist, daß der Mann auf der Straße von jenen Kräften, die die Europäische Gemeinschaft "machen", nicht genügend gefragt und berücksichtigt wird.

Ich bin zum Beispiel ein großer Befürworter einer Erweiterung der Gemeinschaft um die vier EFTA-Staaten. Ich sehe aber überhaupt keinen Grund, warum wir die Kommission entsprechend erweitern und dann 21 Kommissare und dergleichen mehr haben müssen. Außerdem bin ich der Meinung, daß die Kommissare und die obersten EG-Beamten ebenfalls Steuern zahlen sollten, selbst wenn das ein vergleichsweise unwichtiger Punkt sein mag im Vergleich zu der entscheidenden Frage des Zuwachses in der Gemeinschaft.

Es ist kein Zufall, daß wir in Europa gerade jetzt eine Zeit der Identitätssuche durchmachen. Zum ersten Mal seit 1975 wird die Europäische Gemeinschaft in diesem Jahr wahrscheinlich einen wirtschaftlichen Rückgang erleben. Wir dürfen auch die Lektionen der großen Währungsturbulenzen im September letzten Jahres nicht vergessen. Banken, Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften und Spekulanten haben dabei Gewinne erzielt. Diejenigen, die verloren haben, sind Leute, die Fabriken betreiben und die eine stabile, berechenbare Grundlage brauchen, um ihre Produkte in der ganzen Gemeinschaft verkaufen zu können. Wir brauchen tragfähige Abmachungen auf dem Währungsgebiet und sollten versuchen, die Gefahr eines Abwertungswettbewerbs im gegenwärtigen Umfang zu vermeiden. Wir brauchen keinen starren Zeitplan hin zu einer Einheitswährung in der Gemeinschaft, was meines Erachtens ohnehin nicht mehr realistisch ist.

Schließlich sollten wir die sehr großen Vorteile wahren, die Europa bisher mit der Freigabe des Handels erzielt hat. Wir müssen uns auch der Aufgabe der Erweiterung mit großer Energie widmen und geeignete Wege finden, um die Zusammenarbeit in der Handels- und Wirtschaftspolitik auf Mittel- und Osteuropa auszuweiten. Ich stimme völlig mit Bill Bradley überein, daß dies äußerst wichtig ist.

Die sogenannten "sensitiven" Importgüter aus Osteuropa wie Agrarprodukte, Stahl und chemische Produkte mögen für einzelne Betriebe und Industrieregionen von Bedeutung sein, aber sie machen nur ungefähr ein oder zwei Prozent der gesamten Einfuhren solcher Güter nach Europa aus. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist das ein relativ geringes Problem. Wir sollten uns jedenfalls solchen Ländern gegenüber nicht protektionistisch verhalten.

Die Wellen der kapitalistischen Marktwirtschaft sind in der Tat ziemlich schnell auf den Osten übergeschwappt. Diese Länder haben in den letzten drei, vier Jahren einen Rückgang ihres Bruttosozialproduktes um ungefähr 20 Prozent erlebt. Wir sind es ihnen jetzt schuldig, daß sie ihre Produkte ebenso mühelos und mit dergleichen Dynamik in den Westen bringen können, mit denen die Ideen der demokratischen Marktwirtschaft in den Osten kamen. Wenn wir dies zu unserer Priorität machten, wäre Europa damit gut gedient.

Livingston

Lassen Sie mich Ihnen sagen, wie die Vision von Europa, die Herr van Eekelen und Herr Poettering vor uns erstehen ließen, auf einen Amerikaner wirkt. Ich möchte dabei dem Beispiel von Herrn van Eekelen folgen und so provokativ wie möglich sein.

Das Bild, das sich aus den Beiträgen von Herrn van Eekelen und Herrn Poettering ableitet, entspricht genau jenem Zivilisationstyp, den Bill Bradley dargelegt hat. Einige Experten sind der Meinung, dies würden Strukturen sein, die jene ablösen, die ihre Geltung mit dem Ende des kalten Krieges verloren haben. In dieser nachfolgenden Kultur würden jene, die aus einem säkularisierten katholischen, protestantischen oder jüdischen Milieu kommen - obwohl es nicht mehr sehr viele Juden in Europa gibt - "in" sein, während diejenigen, die aus einer orthodoxen oder muslimischen Kultur stammen, "out" wären.

Ich lasse einmal die Probleme beiseite, die ein solches Konzept für Länder in einer Randlage schafft. Die Deutschen haben das erfahren, als sie vorschnell Kroatien anerkannten, ohne sich ausreichend um Garantien für die serbische Minderheit zu kümmern. Das gilt ebenso für Bosnien-Herzegowina, wo drei Religionen miteinander leben müssen, aber auch für das Baltikum und für die Unierten in der westlichen Ukraine - alles Probleme für Grenzländer. Wir müssen uns außerdem fragen, inwieweit es bei diesem Europa-Konzept um die Schaffung einer Pufferzone, einer Art "cordon sanitaire" im Osten geht. Wenn wir darüber besorgt sind, was östlich von Polen oder südlich von Kroatien geschehen könnte, sollten wir diese Länder miteinbeziehen, auch wenn Herr Poettering und Herr van Eekelen nicht eigens Kroatien oder Slowenien erwähnten, als es um Länder ging, die zum Westen gehören sollten.

Selbst wenn ich dabei diese Länder außer acht lasse, möchte ich doch die Frage aufgreifen, die Bill Bradley bereits in seiner ausgezeichneten Einführung angeschnitten hat: Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, wenn diese Länder an uns herantreten - und das tun sie alle;- , um Mitglieder der EG, der WEU oder der NATO zu werden, um also jenem Westen anzugehören, der sich als so erfolgreich erwiesen hat? Welche Bedingungen wird man ihnen stellen? Etwas von ihnen verlangen, daß sie Demokratien werden? Daß sie die Menschenrechte wahren? Daß sie - wie Bill Bradley es ausgedrückt hat eine freie Marktwirtschaft einführen, die staatlicherseits im Zaume gehalten wird? Sollten dies tatsächlich die Bedingungen sein, welche die Westeuropäer in diesem neuen erweiterten Staatenbund aufstellen wollen, der sich an der Erfahrung einer im Prinzip erfolgreichen Europäischen Gemeinschaft orientiert? Gehört vielleicht auch die Bedingung dazu, jene Länder sollten erst einmal ihre Kernreaktoren auf den neuesten Stand bringen, bevor man sie hereinläßt?

Meine Frage an unsere beiden europäischen Referenten lautet daher: Ist dies das Europa, das Ihnen vorschwebt, der "neue Westen", den Sie verwirklicht sehen wollen? Ein Westen, aufgebaut auf den Grundlagen einer katholischen, protestantischen und jüdischen Kultur, also ein Westen, der all en jenen Bedingungen auferlegen wird, die zu ihm gehören wollen?

Fröhlich

Ich knüpfe an die Beiträge von Sir Julian und Herrn Livingston an. Es gibt also eine Reihe gemeinsamer Werte; wir verfügen auch über einige mehr oder weniger gut funktionierende multilaterale Institutionen. Und da sind die Bausteine, die für den Aufbau einer künftigen Weltordnung notwendig, aber so neu gar nicht sind: Nonproliferation zum Beispiel, Freihandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Demokratieverständnis, schließlich die Aufbauhilfe für Osteuropa. Über die Notwendigkeit ihrer Implementierung zur Schaffung der gewünschten Ordnung sind wir uns einig. Doch wie sieht das in der Praxis aus?

Wir sehen uns nach wie vor einem dreifachen Dilemma gegenüber:

Da ist zunächst das Glaubwürdigkeitsdefizit, wenn es um den Absolutheitsanspruch der industrialisierten, hochentwickelten Welt bei der Durchsetzung eben dieser gemeinsamen Werte geht - Senator Bradley hat daraufhingewiesen. In Gesellschaften, wo Fundamentalisten offene Debatten und Meinungspluralismus blockieren; in Nationen, wo etablierte und organisierte Interessen gemeinsam mit Politikern die Öffnung der Gesellschaft behindern oder wichtige Fragen marginalisieren; oder in solchen Staaten, wo mangelnde Bildung schlicht die Durchsetzung eines tieferen Verständnisses globaler Zusammenhänge und Trends verhindert, ist die Hoffnung auf die Etablierung einer solchen Weltordnung eher skeptisch zu beurteilen.

Von daher ist zu fragen, ob wir nicht unterschiedliche zivilisatorische Einstellungsmuster und Mentalitäten stärker als bisher tolerieren und Ungleichheiten in den politischen Ordnungssystemen akzeptieren müssen, gerade jetzt in der Phase des Übergangs autoritärer und totalitärer Regime zur Demokratisierung nicht nur im Osten. Nur auf diese Weise, also mit Aufgabe dieses Absolutheitsanspruchs, lassen sich künftige selektive Entscheidungen im weltpolitischen Engagement, wie sie derzeit von den USA praktiziert werden, dann auch legitimieren.

Zum zweiten ist da das Problem der Kompetenzverteilung und in unmittelbarem Zusammenhang damit drittens die Frage der leadership.

Zur amerikanischen Präsenz in Europa, die sowohl von den Amerikanern wie von den Europäern gewünscht wird. Künftig dürfte dabei die Frage eines ökonomischen burden sharing in den Vordergrund treten und das bisher dominierende sicherheitspolitische burden sharing in den Hintergrund drängen, keinesfalls aber obsolet machen. Die Frage ist, welchen Beitrag die USA bereit sind, für den ökonomischen Aufbau Osteuropas zu leisten. Bisher wird die Wirtschaftshilfe für Rußland und die übrigen ost- und mitteleuropäischen Staaten überwiegend von europäischer, und hier wiederum insbesondere von deutscher, Seite bestritten. Deutschland hat allein beinahe 90 Prozent der Auslandshilfe für die Russische Föderation getragen.

Was die zukünftige Sicherheitsordnung für Europa betrifft, so wird es vorerst entscheidend darauf ankommen, ob die Amerikaner weiterhin bereit sind, die Führungsrolle in der internationalen Gemeinschaft wie im Bündnis zu übernehmen, wobei Führungsrolle nicht gleichbedeutend mit unilateraler Dominanz oder posthegemonialem Führungsanspruch ist. Der Fall Jugoslawien beweist dies eindrucksvoll. Der vielleicht etwas vorschnelle einseitige Vorstoß der Clinton-Administration Anfang Juni, der auf wenig Gegenliebe bei den Europäern stieß und daher ebenso rasch zu seinem Ende kam, brachte, wenn auch nur kurz, zumindest erstmals Bewegung in die serbische Führung. Er machte deutlich, daß ohne Washington in puncto Sicherheit in Europa auch heute noch wenig läuft. Insofern kann man Jugoslawien als eine Art Testfall für die Unzulänglichkeiten bei der Koordinierung europäischer Sicherheitspolitik bezeichnen, sicherlich aber als schmerzhaften Lernprozeß der Europäer in ihren eigenen Bemühungen darum.

Ein Wort schließlich zum Zwei-Säulen-Konzept, das Herr van Eekelen angesprochen hat. Der Gedanke ist ja nicht neu. Seit die Kennedy-Administration ihn Anfang der sechziger Jahre entwickelt hat, ist er Bestandteil aller Überlegungen zur europäischen Sicherheitsarchitektur. Aber wie soll das eigentlich technisch funktionieren? Durch Verdoppelung von Organen, Kommandostrukturen, Verwendungszwecken und Verfügungsgewalt über Truppen der Allianz? Selbst bei Personalunion kann es zu Reibungsverlusten kommen, die Konflikte vorprogrammieren. Nicht immer wird man sich so wie im Falle gemeinsamer Aktionen von NATO und WEU in der Adria im Rahmen des Jugoslawien-Konfliktes in allen Krisenfällen einig sein, wo die Entscheidungskompetenzen liegen - im NATO-Rat oder im WEU-Rat. Es muß also, wenn überhaupt, zu einer klaren Aufgabentrennung dergestalt kommen, daß beispielsweise die NATO das Sagen bei den "out-of-area" -Einsätzen hat, die WEU wiederum, wenn sie sich denn zu einem schlagkräftigen Instrument entwickelt hat, die Verantwortung in Europa übernimmt.

Vorerst jedoch ist, bei aller ungeminderten Begeisterung für die Idee der kollektiven Sicherheit, deren Funktionieren noch in weiter Ferne. Abgesehen davon, daß sie letztlich nur bei annähernder Interessenkonvergenz funktionieren kann, ist sie bereits in ihren Ansätzen gestört, wenn nicht eine vernünftige Führungsstruktur und Kompetenzverteilung aufrechterhalten werden kann. Derzeit stellt sich uns das Bild aber so dar: Die Vereinten Nationen fungieren zwar als Auftraggeber, der das politische Mandat hat, dem aber die militärischen Mittel fehlen. Die NATO dagegen verfügt über die militärischen Mittel auch zur Führung von Koalitionsstreitkräften, hat aber nicht die Befugnis, über Angelegenheiten von Nicht-Mitgliedern zu entscheiden. Ähnlich verhält es sich auf regional-europäischer Ebene mit der KSZE und der WEU. Die KSZE verfügt über ein Mandat, für ganz Europa zu sprechen, und kann somit auch militärische Aktionen politisch legitimieren. Doch auch ihr fehlen die militärischen Mittel. Der WEU schließlich fehlt es am gemeinsamen politischen Willen. Man kann es drehen und wenden, wie man will, ohne klare Kompetenzverteilung, den politischen Willen und klare Führungsstrukturen, die Reformen auf allen Ebenen voraussetzen, wird aus dem geplanten Nebeneinander eher ein Durcheinander.

Boyer

Es erscheint mir schon recht aufschlußreich, daß wir hier besorgt danach fragen, ob der Westen zugrunde gehen werde, wenn der Osten, der doch der Feind war, nicht mehr existiert. Die westlichen Länder werden auf jeden Fall überleben! Die Verteidigung des Westens liegt uns so sehr am Herzen, weil wir davon überzeugt sind, daß diese internationale Gemeinschaft grundlegendere, wertvollere und beständigere Aktiva verkörpert als eine bloße Verteidigungsgemeinschaft, und weil wir den Eindruck haben, daß selbst jetzt, da der Osten keine militärische Bedrohung als Supermacht mehr darstellt, die wirtschaftlichen Probleme und die Herausforderungen der gemeinsamen Sicherheit, denen wir uns gegenübersehen, ungeheuer groß sind.

Wenn ich nicht fehlgehe, betrogen beispielsweise die Transferzahlungen der deutschen Regierung an die ostdeutschen Länder allein im vergangenen Jahr dreimal so viel, wie die gesamte Marshallplanhilfe seinerzeit für ganz Europa ausmachte. Das zeigt die Dimensionen an, um die es bei der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in aktuellen Zahlen geht.

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat zentrifugale Kräfte freigesetzt, die wir unter dem Begriff "Nationalismus" subsumieren können, und zwar in der Wirtschaft sowohl wie in der Politik und in der Kultur. Dieses Ergebnis einer an sich sehr positiven Entwicklung zeitigt fatale Folgen. Eine Projektgruppe, die von einer Organisation eingesetzt worden war, die Ihnen gewiß bekannt ist, nämlich dem Center of European Policy Studies (CEPS), hat sich mit eben diesem Thema beschäftigt, das uns jetzt hier bewegt, nämlich mit den Beziehungen zwischen den beiden Hauptmächten der westlichen Welt, den Vereinigten Staaten und Europa. Eines der wichtigsten Ergebnisse, zu dem die Projektgruppe kam, war, daß diesen zentrifugalen Kräften durch ein bewußtes und wohlüberlegtes Handeln entgegengewirkt werden müsse, weil sich sonst Mißverständnisse und Konflikte zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, aber auch zwischen den Ländern Europas selbst bilden könnten.

Wir haben ja inzwischen selbst festgestellt, wie schwierig der Weg zur Europäischen Union ist und welche Differenzen sich zwischen den alten Verbündeten auftun, weil der Einigungsdruck gegenüber dem gemeinsamen Feind aus dem Osten nicht mehr vorhanden ist. Wahrscheinlich ist die neue Architektur noch nicht weit genug gediehen, wie Herr van Eekelen richtig gesagt hat. Die Zeit ist noch nicht reif für den "großen Entwurf". Es würde jedoch schon ausreichen und wäre gewiß hilfreich, wenn es uns gelänge, jene zentrifugalen Kräfte und Verwerfungen aufzuhalten, die sich in den Beziehungen zwischen den alten Verbündeten gezeigt haben.

Lassen Sie mich als Beispiel die Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien vor 1982 nennen. Über viele Jahre verschlechterten sich unsere Beziehungen, obwohl wir direkte Nachbarn sind und viele gemeinsame Interessen haben. Wir hatten Differenzen in der Frage des baskischen Terrorismus. Es gab Konflikte, weil spanische Lastwagen, die landwirtschaftliche Produkte aus Spanien in andere Länder Europas exportierten, von französischen Bauern angegriffen wurden. Es gab Differenzen bei den Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens. Es gab Spannungen zwischen den beiden regierenden sozialistischen Parteien in unseren Ländern. Während die französischen Sozialisten von Beginn an auf Seiten der Kommunistischen Partei standen, war die Sozialistische Partei Spaniens gegen ein Bündnis mit den Kommunisten. Deshalb mußten wir erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die Verschlechterung der Beziehungen aufzuhalten. Unsere Bemühungen in dieser Hinsicht haben sich in der Tat nach mehreren Jahren als erfolgreich erwiesen. Das war auch notwendig. Denn anderenfalls wären die Hürden für Spaniens Beitritt zur EG noch größer geworden.

Ich meine, wir müssen jetzt einen ähnlichen Versuch unternehmen, um den aktuellen und auch den potentiellen Konflikten entgegenzuwirken, die sich in der westlichen Welt entwickeln, das heißt innerhalb Europas und auch zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Ich habe indes meine Zweifel, ob ein neuer atlantischer Vertrag, wie ihn der frühere amerikanische Außenminister James Baker vorgeschlagen hat, für sich gesehen eine Lösung bringen würde. Das GATT beispielsweise hat als Institution eine vertragliche Basis, ohne in der Lage zu sein, alle Konflikte zwischen den Mitgliedsländern zu lösen.

Der vielversprechendste Ansatz, um den Westen zu erhalten - was zweifellos schon an sich eine wichtige Zielsetzung ist;-, sehe ich in der Einbeziehung aller tatsächlichen und möglichen Konfliktherde - auf welchem Gebiet auch immer. Das schließt die ernsthafte Bemühung ein, die gegenseitigen Standpunkte besser zu verstehen, um die einzelnen konkreten Probleme Punkt für Punkt beseitigen zu können. Die Diskussion in unserem Kreis hier hat ein wenig zwischen einem allgemeinen Ansatz und spezifischen Problemlösungen geschwankt, wenn es darum geht, Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa beizulegen.

Interessanterweise hat die vorerwähnte Forschungsgruppe der CEPS fast genau die gleichen Probleme aufgezählt, die Senator Bradley angesprochen hat: Hilfe für den Osten, das Problem Rußland, die Notwendigkeit, die Energieproblematik in der früheren Sowjetunion in den Griff zu bekommen, die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und so weiter. Bei all diesen Problemen bestehen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa erhebliche Differenzen. Das ist auch in dieser Diskussion deutlich geworden.

Ich nenne die Bosnien-Frage als ein Beispiel. Unsere amerikanischen Freunde sagten, sie seien über die Unfähigkeit Europas besorgt, ein gemeinsames Aktionsprogramm zu entwickeln, um dieses Problem zu lösen. Genau die gleiche Besorgnis bringen europäische Kommentatoren im Hinblick auf

die schwankende Haltung der amerikanischen Regierung zum Ausdruck. Hier gibt es viele Mißverständnisse auf beiden Seiten.

Sicher ist die erste Folgerung, die man ziehen muß, daß es nie leicht ist, in einem Bürgerkrieg zu intervenieren, insbesondere dann nicht, wenn es nicht nur zwei, sondern drei Bürgerkriegsparteien gibt und in Bosnien-Herzegowina außerdem noch verschiedene Religionen, unterschiedliche Kulturen und Interessen beteiligt sind. Ungeachtet dessen neigen Europa und die Vereinigten Staaten dazu, sich deshalb gegenseitig Vorwürfe zu machen.

Des Weiteren gibt es Differenzen in bezug auf die Handelsprobleme der Europäischen Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten. Einer der Vorschläge, den die Forschungsgruppe CEPS gemacht hat, ging dahin, daß sich beide Seiten über die jeweiligen Praktiken ständig informieren sollten. Denn jede Seite ist beunruhigt, und die Politiker stehen hier wie dort unter dem Druck ihrer Wähler. Dabei weisen die Praktiken auf beiden Seiten des Atlantiks keine großen Unterschiede auf. Wenn es gelingt, dies sachlich und objektiv in die Tat umzusetzen, werden wir die Probleme vielleicht lösen können.

Wenn wir den nationalistischen Neigungen nicht widerstehen und mehr und mehr auf unseren Differenzen herumreiten - was natürlich eine Versuchung ist, wenn man keinen gemeinsamen Feind mehr hat wie in den "guten" alten Tagen;- , werden sich die Konflikte aufschaukeln. Ähnlich groß ist die Versuchung, nach Konfliktherden Ausschau zu halten, um sich der Wählergunst zu versichern. Ob es sich dabei um die Verteidigung der spezifischen Interessen der französischen Bauern in den Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten handelt öderes umgekehrt um die Interessen des amerikanischen Pelzhandels gegen den traditionellen europäischen Protektionismus geht, ist einerlei. Wenn wir diesen Versuchungen nicht widerstehen, werden die Konflikte eskalieren. Dies könnte aus meiner Sicht tatsächlich dazu führen, den Westen zugrunde zu richten.

Pick

Ich möchte vor allem etwas zu den Vereinten Nationen sagen, die hier nur am Rande erwähnt wurden. Dieser Institution sollten wir in der Tat mehr Aufmerksamkeit widmen. Es besteht mehr und mehr die Neigung, die UN als eine Art Feuerwehr anzusehen, die in jede Krise eingreift. Man braucht sich nur die zahlreichen Resolutionen anzuschauen, die der Sicherheitsrat zum früheren Jugoslawien verabschiedet hat, um zu erkennen, welche Bürde auf dieser Institution lastet, die für solch vielschichtige Probleme nun wirklich nicht geschaffen ist.

Es geht also um eine innere Reform der Vereinten Nationen und dabei auch um eine Lösung des Finanzierungsproblems. Der Grund, warum der Sicherheitsrat und die UNO im Falle Bosniens und anderswo so ineffektiv gewesen sind, ist nicht zuletzt eine Folge des Geldmangels. Auch wenn wir nicht viel darüber reden, diese friedenserhaltenden Maßnahmen kosten tatsächlich Milliarden, und jedermann weiß, daß das Geld einfach nicht vorhanden ist. Die Vereinten Nationen sind zur Zeit tief verschuldet. Boutros-Ghali hat die Regierungen bereits warnend daraufhingewiesen, daß die friedenserhaltenden Maßnahmen der UNO in Kroatien und Bosnien auf Dauer nicht bezahlbar sind.

Wenn die Vereinten Nationen ein Instrument der kollektiven Sicherheit sein sollen und ich bin schon der Meinung, daß die UNO ein Forum darstellt, auf dem auch einige osteuropäische Länder, Rußland und andere, eine Rolle spielen sollten, nicht zuletzt im Sicherheitsrat;- , dann müßten wir mehr über die "Agenda für den Frieden" nachdenken, die Generalsekretär Boutros-Ghali vorgeschlagen hat. Selbst wenn er den Ausdruck "Durchsetzung" kaum benutzt, sind seine Empfehlungen für die Schaffung von Frieden sowohl in Richtung Krisenvermeidung als auch zur Durchsetzung der Beschlüsse zu verstehen. Regierungen, die diese Initiative unterstützt haben, sollten sich sehr viel mehr dafür einsetzen, daß sie auch realisiert wird.

Es gibt erhebliche Überschneidungen bei multinationalen Institutionen. Es ist immer einfacher, Apparaturen ins Leben zu rufen, als Politik zu machen. Das sehen wir eben jetzt in dieser Periode nach dem "kalten Krieg" in bezug auf den neuen Nordatlantischen Kooperationsrat, der die früheren Warschauer-Pakt-Staaten mit der NATO verbinden soll. Doch dieser Rat tritt nur alle drei oder vier Monate einen Vormittag lang zusammen.

Ich habe einige dieser Treffen beobachtet und dabei festgestellt, daß den osteuropäischen Ländern mit bloßen Botschaften, die bei solchen Gelegenheiten verlautbar wurden, für ihr Sicherheitsgefühl nicht eben viel gedient ist. Diese Dinge müssen sehr viel sorgfältiger durchdacht werden, selbst wenn anzuerkennen ist, daß es der WEU gelungen ist, die Osteuropäer einzubeziehen, ohne daß die Russen und die Ukrainer dabei sind. Mag sein, daß jene sich dann wohler fühlen; dennoch scheint mir dies keine angemessene Antwort auf deren Probleme zu sein.

Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, daß die endlose, eher theologische Debatte zwischen WEU und NATO überflüssig ist. Wir sollten uns vielmehr auf die europäischen Sicherheitsprobleme konzentrieren, ohne solche Konzepte wie "double-hatting" einzuführen, die selbst eine informierte Öffentlichkeit total verwirren und im wirklichen Leben mehr Probleme als Antworten produzieren. Ich würde sogar behaupten, wenn es die absurde Funktionsteilung zwischen NATO und WEU wegen der Patrouillenfahrten in der Adria nicht gegeben hätte, hätten gegen Serbien viel eher wirksame Sanktionen verhängt werden können, als dies der Fall war.

Ich möchte noch kurz auf die Frage der zur Verfügung stehenden Mittel eingehen. Senator Bradley erwähnte die Kontroverse zwischen den innenpolitischen und den internationalen Aufgaben. Wenn wir über alle diese ehrgeizigen Projekte zur Transformation des früheren kommunistischen Blocks reden, übersehen wir leicht, daß wir in der Innenpolitik bereits unter enormen Zwängen stehen. Als Folge des Haushaltsdefizits stehen in unseren Ländern Gesundheitswesen und Wohlfahrtsstaat auf dem Spiel. Unsere öffentlichen Ausgaben müssen radikal gekürzt werden. Es regt sich heftiger Widerstand gegen Steuererhöhungen. Wie will man unter diesen Umständen von den Wählern verlangen, Steuern zu akzeptieren, die für Zwecke verwendet werden, von denen die Wähler in ihrem täglichen Leben keinerlei Nutzen ziehen können? Präsident Clinton hat während seiner Wahlkampagne auf dieses Dilemma hingewiesen. Die gleichen Probleme stellen sich überall im Westen.

Schließlich möchte ich die Führungsproblematik ansprechen. Dabei geht es mir nicht um die amerikanische Führungsrolle, von der hier bereits mehrfach die Rede war, sondern um die Führungsschwäche in den heutigen westlichen Demokratien und die Notwendigkeit, Menschen zu finden, die fähig sind, Führung auszuüben. "Think-tanks" sind zwar nützlich, aber kein Ersatz für politische Führer, die bereit sind, den politischen Kampf in dem heutigen unangenehmen politischen Klima aufzunehmen. Senator Bradley unterstreicht diese These. Hier haben wir einen hervorragenden Kopf und eine politische Begabung vor uns. Dennoch zog er es vor, sich nicht zum Präsidentschaftskandidaten aufstellen zu lassen. Wir können es uns nicht leisten, auf solche Führungskräfte zu verzichten.

Stuth

Unser Thema heißt: "Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben?" Was ich bedaure ist, daß hier wieder der Westen über den Osten spricht und keine Teilnehmer aus Osteuropa dabei sind.

Was bei der allgemeinen politischen Debatte zu diesem Thema auffällt - das betrifft weniger die Diskussion hier;- , ist eine außerordentlich große Diskrepanz zwischen Rhetorik und Taten. Hella Pick hat gefragt: Sind die Bevölkerungen in den westlichen Ländern eigentlich bereit, finanzielle Opfer zu bringen, oder stünden Politiker, die so etwas ernstlich wollten, völlig alleine da?

Was die politischen Herausforderungen angeht, so zeigt sich auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik, daß wir Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei bislang eine NATO-Mitgliedschaft oder auch nur eine Sicherheitsgarantie verweigern. Wir lassen deutlich erkennen, daß wir für deren Sicherheit die unsere nicht aufs Spiel setzen wollen.

Ein Grund dafür ist sicherlich, daß die Situation in diesen Ländern unsere Alltagserfahrungen kaum berührt und wir von daher keine großen Gedanken darüber verlieren. Da mögen wir gelegentlich polnische Offiziere zu NATO-Kooperationsseminaren einladen und einige Übungen zusammen machen; aber das garantiert überhaupt nicht die Sicherheit für Länder, die genauso ein legitimes Sicherheitsinteresse haben wie wir auch. Wenn wir also nicht bereit sind, zur Sicherheit Polens wirksam beizutragen, muß Polen eben für seine Sicherheit alleine sorgen. Das kostet Geld, das diese Länder nicht haben. Und wir sind auch nicht willens, es ihnen dafür zu geben.

Bei den ökonomischen Herausforderungen, die wir hier ebenfalls thematisieren, könnte man versucht sein zu argwöhnen: Wenn die Länder im Osten das wenige Geld, das sie noch haben, für ihre Sicherheit ausgeben, können sie zumindest ihre Industrie nicht modernisieren. Denn in wirtschaftlicher Hinsicht wäre unser Thema im Grunde umgekehrt zu stellen: Kann der Westen den wirtschaftlichen Aufschwung des Ostens überleben? Das mag jetzt überspitzt sein, aber mitunter gewinnt man aus dem Verhalten des Westens den Eindruck, als würde er eben dies befürchten.

Was tun denn beispielsweise die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft, um den östlichen Staaten Handelserleichterungen zu gewähren? Wenn es um so strategische Güter wie Sauerkirschen geht, bleiben unsere Märkte geschlossen. Das gleiche gilt für Stahl, Schiffe oder Textilien. Wahrscheinlich dürfte Ungarn ohne jede Kontingente Ananas in die EG exportieren. Sicher auch Großraumflugzeuge - jedenfalls so lange, wie sie keine herstellen. Das Verhalten der Westeuropäer läßt sich kaum anders als zynisch kommentieren. Dabei werden die deutsche, die britische, die

französische Regierung nicht müde zu betonen, daß nach dem Fall der Mauer ein neues Denken erforderlich ist; daß wir jetzt in diesem neuen Europa alle zusammengehören und wir in weit größeren Dimensionen denken müssen.

Denken schon, aber nicht handeln; denn solches Handeln hätte enorme Konsequenzen für uns. Welcher deutsche Minister könnte den Stahlarbeitern in Nordrhein-Westfalen sagen: "Das machen wir jetzt alles dicht; die Polen brauchen auch eine faire Chance." Das würde niemand politisch überleben. Das heißt, der wirtschaftliche Aufschwung in Mittel- und Osteuropa kann von vielen bei uns in Wahrheit gar nicht gewünscht sein. Entsprechend verhalten wir uns.

Nun wissen wir alle, daß wir, wie Hans-Gert Poettering gesagt hat, nicht so weitermachen können wie bisher. Und es ist auch klar, daß wir diese Herausforderungen nur gemeinsam bestehen können. Die einzelnen Staaten wären da völlig überfordert. Das kann nur im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam bewältigt werden. Dafür muß die EG dann aber auch politisch und wirtschaftlich handlungsfähig werden, um den erforderlichen Strukturwandel einzuleiten.

Ich meine, es wäre notwendig, die Diskrepanz zwischen Rhetorik und tatsächlichem Handeln allmählich zu verringern.

Kielinger

Natürlich sehe ich auch, wie es um die Diskrepanz von großen Visionen und deren Umsetzung in die Realität steht, Herr Stuth. Und mein Eindruck ist, daß der Zerfall des Ostens bereits begonnen hat, auf den Westen überzugreifen. Was wir bei uns erleben, ist eine quasi westliche Variante der Perestroika. Um die kommen wir aber auch nicht herum; denn die Voraussetzungen, an denen wir im Westen bisher Politik und Wirtschaft orientiert haben, haben sich grundlegend geändert.

Victor Hugo schreibt in "Les Miserables": "Eine Revolution ist die Rückkehr vom Künstlichen zum Wirklichen". Die Welt des kalten Krieges war eine künstliche Welt, in der sich der Westen jeden Tag bescheinigen konnte, daß er die Freiheit gegen den Totalitarismus mit Erfolg verteidigte. Heute dagegen ist diese Welt in Unordnung geraten. Es gibt neue Mitspieler, die ein Mitwirkungsrecht beanspruchen, das ihnen noch nicht gewährt wird.

Die neue Herausforderung für uns, den Westen, ist in der Tat der Zerfall des Ostens. Und Herr Stuth hat natürlich recht, daß man bei uns keine Wahlen gewinnen kann, indem man neue Wirtschaftsprogramme für den Osten verspricht und dabei die Interessen der eigenen Bevölkerung übersieht. Dennoch kommen wir nicht darum herum, die Gefahren des Zerfalls im Osten außerordentlich ernst zu nehmen, und das heißt für unsere Politiker, wie Senator Bradley gesagt hat: Wir müssen unseren Bevölkerungen diese Gefahren eindringlich darstellen und sie davon überzeugen, daß wir gefordert sind, dagegen etwas zu unternehmen. Sonst verstricken wir uns in schrecklicher Heuchelei: Während wir den Protektionismus im Westen verschärfen, vergießen wir Krokodilstränen über den Zerfall im Osten. Damit kann man dann vielleicht eine Wahl gewinnen, aber zugleich die Zukunft verspielen.

David Marsh hat zu Recht vor einem neuen Protektionismus in der EG gewarnt, der all unsere schönen Visionen zunichte machen würde. Wir brauchen auch kein neues Handelsabkommen mit den USA, Herr Poettering. Paragraph 2 des NATO-Vertrages besagt bereits, daß die Unterzeichnerstaaten gehalten sind, für die gegenseitige wirtschaftliche Entwicklung einvernehmlich zu sorgen.

Wie steht es denn um die first principles, die im Vertrag von Maastricht formuliert sind? Jedermann weiß, daß sich Deutschland in einer schweren Wirtschaftskrise befindet und gegenwärtig im Grunde gar nicht in der Lage ist, sich für Maastricht zu qualifizieren. Das heißt, das Land, das die schärfsten Kriterien für Maastricht ausgehandelt hat, verletzt diese Kriterien zur Zeit am schärfsten. Das verdeutlicht nachhuldig, wie sehr uns in Deutschland die Probleme über den Kopf zu wachsen beginnen.

Was den Osten angeht, so hat man bei uns immer argumentiert: Entweder kommen aus Osteuropa die Güter zu uns oder - wenn wir dies nicht zulassen - die Menschen; gegen die machen wir dann eine neue Asylgesetzgebung. Eine dritte Möglichkeit ist, daß westliches Kapital nach Osteuropa geht, weil es dort billige Arbeitsplätze gibt. So hat die Financial Times kürzlich geschrieben, das deutsche Kapital habe 1992 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen - im Ausland. Auf diese Weise läßt sich zweifellos ein Stabilisierungsbeitrag im Osten leisten - um den Preis einer Schwächung des eigenen Landes, was ebenfalls fatale Folgen hätte, etwa für das Maastricht-Europa, in dem Deutschland eine zentrale Rolle zukommt. Maastricht bedeutet im Grunde ein umfassendes Kapitaltransferprogramm von Nord nach Süd, das nicht zuletzt auf der Wirtschaftskraft Deutschlands aufbaut. Aber kann Deutschland diesen Part überhaupt noch spielen?

Ich fasse zusammen: Wir müssen die Gefahren einer Destabilisierung im Osten den Menschen im Westen so bewußt machen, daß wir die notwendigen Taten auch politisch umsetzen können. Das bedeutet unter anderem, daß es zur Zeit Wichtigeres gibt, als uns im Westen immer noch mehr zu bereichern. Deshalb müssen wir auch mit der Heuchelei aufhören, unseren Bevölkerungen große Visionen vorzustellen, von denen wir genau wissen, daß wir sie gar nicht realisieren können.

Jochimsen

Ich stimme den Feststellungen von Herrn Kielinger zwar weitgehend zu, möchte ihm aber in einem Punkt widersprechen, wenn er meint, die gegenwärtige Wirtschaftskrise erlaube Deutschland nicht die Erfüllung der Maastricht-Kriterien. Mein Eindruck ist vielmehr, daß die Politik von Maastricht so angelegt ist, daß es gar nicht möglich ist, die Kriterien zu erfüllen.

Als ich das Thema unserer Tagung las, habe ich es sofort auf Deutschland projiziert und mich gefragt, inwieweit der Westen Deutschlands den Zerfall des Ostens Deutschlands überleben wird. Das ist bei uns ja keine Frage ethnischer Differenzen, wie sie Bill Bradley zu Recht angesprochen hat, sondern der enormen ökonomischen und sozialen Divergenzen, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands in 40 Jahren entstanden sind. Und da geht es nur um 17 Millionen Menschen, während in Mittel- und Osteuropa noch die gleiche Anzahl Menschen lebt wie in Westeuropa. Diese Relationen sollten wir sehen.

Senator Bradley hat betont, wir müßten erst einmal Atem holen und uns klarmachen, vor welchen Problemdimensionen wir stehen. Der ungarische Wirtschaftshistoriker Janosz hat aufgrund seiner Forschungen Zahlen herausgearbeitet, die zeigen, daß im Jahre 1800 das Lebensniveau in Mittel- und Osteuropa - ohne Rußland, die Ukraine und Weißrußland - bei etwa 80 Prozent von dem in Westeuropa lag. Im Jahre 1914 war es bei 60 Prozent und 1989 auf 20 Prozent abgesunken. Da sind also noch ganz andere geschichtsmächtige Kräfte und Einflußfaktoren wirksam als nur der Kommunismus oder die ethnisch-nationalen Gegebenheiten.

Es gibt eine Erfahrung, nach der die Bewältigung eines Problems mindestens so lange dauert wie seine Entstehung. Um es mit einem konkreten Beispiel zu sagen: Wenn man jemanden, der zwei Jahre arbeitslos gewesen ist, wieder integrieren will, braucht es dazu etwa ebenfalls zwei Jahre. Übertragen auf die Situation in Ostdeutschland und andere Länder in Osteuropa, die 40 Jahre und länger in einem anderen System gelebt haben, würde das bedeuten, daß wir hier in Generationszusammenhängen denken müssen. Und osteuropäische Historiker fügen hinzu, daß die politischen und gesellschaftlichen Konflikte eben dort wieder aufbrechen, wo sie einst künstlich gestoppt wurden, also auf dem Amsfeld im Kosovo oder wo immer. Dann müssen wir noch in ganz anderen Zeitdimensionen denken.

Das führt mich zu einer weiteren Fragestellung, die keineswegs nur im Hinblick auf NATO und WEU diskutiert werden sollte: Wie schafft es der Westen, in Europa und in den USA, daß der erreichte Integrationsstand und das erreichte Lebensniveau tatsächlich bestehenbleiben? Welche Erschütterungen haben wir beispielsweise auf dem EG-Binnenmarkt zu erwarten, wenn die von Herrn Stuth geforderte Importliberalisierung durchgeführt wird? Stahl- oder Textilkontingente werden ja von der EG festgesetzt, die in dieser Hinsicht bislang sehr rigide verfährt. Die Stahlkrise in Deutschland wurde zweifellos durch die Stahlimporte aus Mittel- und Osteuropa verschärft. Ähnlich verhält es sich bei der Textilkrise. Da kommen ganz handfeste Probleme auf uns zu.

Angesichts der Turbulenzen im Europäischen Währungssystem bin ich in der Tat besorgt, ob wir den europäischen Binnenmarkt in der bisherigen Form erhalten können. Und ich stimme David Marsh zu, daß hier die Prioritäten neu festgelegt werden müssen. Denn der Binnenmarkt ist noch nicht verwirklicht. Es hat lediglich den Startschuß gegeben, und entscheidende Fragen sind noch nicht gelöst. Wir haben nach 1989 auch die Erfahrung machen müssen, daß Integration nicht immer nur vorangeht; sie kann stoppen oder sogar scheitern.

Was jedoch den Zerfall des Ostens angeht, sollten wir den doch in jedem Fall begrüßen. Niemand konnte an der Erhaltung eines machtmolithischen Verbundes, wie wir ihn erlebt haben, interessiert sein. Die Frage ist indes: Was entsteht an seiner Stelle? Darauf müssen wir Einfluß nehmen, und ich kann den Kategorien, die Bill Bradley genannt hat, nur voll zustimmen.

Lassen Sie mich dazu einige ergänzende Bemerkungen machen. So halte ich die Ansicht im Westen für falsch, es gehe in Osteuropa primär um ein Problem der makroökonomischen Stabilisierung. Das sicher auch, etwa die Bekämpfung der Inflation. Aber dahinter stecken ganz andere Problemdimensionen, und ich halte es für einen Fehler des Westens, sich allein auf den Weltwährungsfonds stützen zu wollen, weil dieser über Erfahrungen in den Entwicklungsländern

verfügt, die er nun auf den Osten übertragen könne. Dabei werden die völlig anderen Voraussetzungen in den östlichen Ländern überhaupt nicht berücksichtigt, wo wir nicht den Niedergang eines kapitalistischen Wirtschaftssystems erleben, sondern eines Systems, das auf ganz anderen Grundlagen aufbaute, beispielsweise einer Spezialisierung im sozialistischen Lager, die rein machtpolitisch begründet war und nicht aus ökonomischen Kategorien resultierte.

Mit anderen Worten: Bei G 7 und entsprechenden Koordinierungsversuchen geht es nicht zuletzt um Strukturfragen unserer Marktwirtschaften. Darüber muß der Austausch verstärkt werden, damit wir gemeinsame Handlungskonzepte entwickeln können.

Ich bin im übrigen der Meinung, daß wir die Bedeutung der Ereignisse in den Jahren nach 1989 noch keineswegs richtig begriffen haben. Was wir gegenwärtig in Westeuropa erleben, ist nicht der Ablauf eines normalen Konjunkturzyklus, sondern eine wirkliche Strukturkrise, die in den einzelnen Volkswirtschaften zwar auf unterschiedlichen, aber zum Teil sehr ähnlichen Faktoren beruht. Dies ist durch die Entwicklung im Osten jetzt auch bei uns auf den Punkt gebracht worden. Etwa die Frage: Kann Westeuropa bei den hohen Löhnen, die wir haben wollen, auf die Dauer noch Fertigungsstandort bleiben? Inwieweit muß sich die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in Zukunft anders orientieren? Ähnlich wie sich die amerikanische Wirtschaft stärker auf die technologische Wettbewerbsfähigkeit konzentriert und weniger auf Preiswettbewerb. Gerade in Deutschland zeigt sich heute, daß wir nicht auf allen Gebieten im Wettbewerb bestehen können.

Wenn wir jedoch begreifen, daß es sich bei uns um Struktur- und nicht um Konjunkturprobleme handelt, dann kann man sein Heil auch nicht nur in konjunkturpolitischen Instrumenten suchen, sondern muß eine längerfristige Stabilitätspolitik betreiben.

Dieser Prozeß ist für Westeuropa deshalb weit dramatischer als für die USA, weil bei uns die Nationalstaaten noch nicht jenen Integrationsstand erreicht haben, der die Vereinigten Staaten auszeichnet. Zwischen den westeuropäischen Ländern geht es ja längst nicht mehr nur um handelspolitische Zusammenhänge, sondern die Verbindungen reichen bis in die Unternehmensstrukturen selbst im mittelständischen Bereich hinein - wenn ich nur das Ausmaß der Direktinvestitionen nehme. Wenn wir da nur in handelspolitischen Kategorien denken wollten, würden wir vollkommen in die Irre gehen. Deshalb haben wir auch in der Wechselkurspolitik keinen sehr großen Freiheitsgrad, und Wechselkursstabilität, so wünschenswert sie ist, ist eine schwierige Angelegenheit. In dieser Hinsicht bedeutet der Vertrag von Maastricht einen entscheidenden Fortschritt. Denn es kann nicht um Wechselkursstabilität per se gehen, sondern muß die dahinterstehende Geldwert- oder Preisniveaustabilitätsorientierung mit einbeziehen.

Die entscheidenden wirtschaftspolitischen Themen in Europa sehe ich im Augenblick in Fragen: Wie kommen wir zu mehr Beschäftigung? Wie schaffen wir die notwendigen Strukturreformen? Wie erreichen wir wieder mehr Wachstum, und welche Rolle spielen dabei Dinge wie eine Finanzreform und eine Sozialreform? Natürlich gibt es für die Probleme keine Patentrezepte, die wir mal so eben aus der Tasche ziehen könnten. Und wir müssen sehen, daß Deutschland wahrscheinlich ein Jahrzehnt oder länger leider ganz überwiegend mit sich selbst beschäftigt sein wird. Für die politische Führung unseres Landes ist es eine unglaublich schwierige Aufgabe, alle diese Rollen neu zu definieren: innenpolitisch, wirtschaftspolitisch, sicherheitspolitisch im Rahmen der Vereinten Nationen und so weiter. Jedenfalls müssen wir ernsthaft über die künftige Rolle der UNO und nicht einfach über eine Erweiterung der westlichen Institutionen nachdenken.

Hacke

Mein Eindruck vom bisherigen Verlauf unserer Diskussion ist, daß wir versuchen, doch allzusehr an Symptomen zu kurieren. Herr Poettering hat vier mögliche Szenarien für die Zukunft der EG vorgestellt. Es gibt eine fünfte Variante, die vielleicht noch realistischer ist, daß es nämlich weder zu einer Erweiterung noch zu einer Vertiefung kommt, sondern zu Stillstand oder sogar Zerfall des bisher Erreichten und zu einer fatalen Rückkehr in nationalistisches Denken auch in Westeuropa.

Ich gestehe, daß ich angesichts der Vielzahl gravierender Probleme, die in den letzten Jahren hochgekommen sind, ziemlich ratlos bin. Kristallisationspunkt ist für mich in dieser Hinsicht die Jugoslawien-Krise. Was wir besonders in der Bundesrepublik lange Zeit überhaupt nicht begriffen haben, ist das Verhältnis von militärischer Macht und politischem Willen. Thomas Kielinger hat zu Recht gesagt, daß die Welt des kalten Krieges eine künstliche war, und dies trifft besonders auf die Sicherheitspolitik zu. In dieser Hinsicht war unser politischer Wille in den letzten 40 Jahren bis 1989 zu keinem Zeitpunkt wirklich gefordert, und bezüglich der Anwendung militärischer Macht überdeckte die Formel von der atomaren Abschreckung im Grunde jede tatsächliche Auseinandersetzung mit dieser Problematik. Was wir in Wirklichkeit erlebt haben, war gar kein kalter Krieg, sondern eine tiefe

Friedensperiode. Das wird uns jetzt allmählich klar, wo wir nicht länger Trittbrettfahrer der westlichen Sicherheitspolitik sein können.

Von daher wird verständlich, warum besonders die Bundesrepublik in den letzten zwei Jahren außenpolitisch in eine Situation hineingeraten konnte, die in der Tat von weitgehender Ratlosigkeit gekennzeichnet ist. Diese Einsicht habe ich bei Herrn Poettering vermißt. Inzwischen sind wir, wie Thomas Kielinger gesagt hat, nachgerade Teil dieser außenpolitischen Krise geworden.

Im Falle Jugoslawien hatte es ja für einen kurzen Moment zu Beginn der Krise den Anschein, daß es auch anders laufen könnte. Sie erinnern sich an die heftigen Diskussionen innerhalb der europäischen Gemeinschaft, wie man in Jugoslawien verfahren sollte. Für die Erhaltung des jugoslawischen Gesamtstaates, an dem wir möglicherweise zu lange festgehalten haben, kamen seitens der verschiedenen westeuropäischen Länder starke historische Interessen ins Spiel - ich will das hier nicht vertiefen. Ich gebe zu, daß ich damals den Mut der Regierung Kohl/Genscher begrüßt habe, einen Alleingang zu wagen und gewissermaßen außenpolitische Führung zu demonstrieren.

Frau Pick hat gefragt: Wie kann Führung stattfinden?

Pick

Sicher nicht so, wie Genscher es versucht hat.

Hacke

Da stimme ich Ihnen begrenzt zu; wobei wir uns fragen können, wie denn eine solche Führungspersönlichkeit heute aussehen müßte, ob wir einen de Gasperi, Schuman, Adenauer oder einen Churchill mit Blut, Schweiß und Tränen benötigen würden.

Meine Frage zielt indes darauf ab, wie die Außenpolitik Westeuropas und der Vereinigten Staaten stärker aufeinander abgestimmt und miteinander verbunden werden könnte. Im Golfkrieg hatten die Amerikaner den politischen Willen, und damit war das Führungsproblem gelöst. In der Jugoslawien-Krise zeigt sich jedoch, daß niemand die Führung übernehmen will. Für einen kurzen Augenblick meinten die Deutschen, sie könnten mit ihrer Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung von Slowenien und Kroatien vorangehen. Das Fatale dabei war, daß sie es versäumten, die weiterführenden Konsequenzen ihres Vorgehens zu durchdenken bis hin zur Präsentation militärischer Macht. Sie hätten also demonstrieren müssen, daß es ihnen und den Westeuropäern wirklich ernst ist, diesen beiden neuen Staaten zu helfen.

Was wir jetzt tun, ist allenfalls ein Kurieren am Symptom. Dabei bin ich durchaus dafür, daß sich Deutschland in der humanitären Hilfe voll engagiert - vielleicht auch aufgrund des schlechten Gewissens, weil wir an der Auslösung der Krise nicht ganz unschuldig gewesen sind.

Ich räume ein, daß die jetzige Politikergeneration in Deutschland nie gefordert war, mit militärischer Macht umzugehen. Wir dachten vielmehr, uns auf die zivilisatorische Vorbildfunktion zurückziehen zu können. Und selbstverständlich sollte Deutschland auch weiterhin Osteuropa mit Handels-, Wirtschafts- und Finanzhilfen unter die Arme greifen. Aber solange wir die Jugoslawien-Krise nicht in irgendeiner Form gemeinsam zu Ende bringen, werden auch die langfristigen globalen Probleme - beispielsweise im Umweltbereich;- die Senator Bradley angesprochen hat, nicht mit Aussicht auf Erfolg behandelt werden können. Immerhin ist Amerika offensichtlich bereit, sich stärker für die Umwelt zu engagieren und in dieser Hinsicht eine gewisse Führungsrolle zu übernehmen.

Gegenwärtig befindet sich die westliche Welt aber ganz zweifellos in einer tiefen Führungskrise, und es wird nicht ausreichen, nur die Institutionen etwas zu reformieren, und schon wird wieder alles im Lot sein. So ein wenig konnte man diesen Eindruck bei den Referaten gewinnen. In der Jugoslawien-Krise ist doch eminent deutlich geworden, daß alle Institutionen im Grunde nur ihre Ohnmacht demonstrieren. Das gilt für die UNO, vor allem aber für die KSZE. Was ist denn von der Pariser Charta vom November 1990 noch zitierfähig, wo es zum Beispiel hieß: Wir werden die Dinge vorantreiben.

Richter

Was ich als Europäer, der in den Vereinigten Staaten lebt, gern wissen möchte, ist, ob wir die Herausforderung wirklich begriffen haben, die sich uns stellt. Nach meiner Ansicht kümmern wir uns zu wenig um die inländische Wettbewerbsfähigkeit, um die Fähigkeit unserer Gesellschaften, sich eben nicht nur in der Außen- oder Sicherheitspolitik dem Wandel viel weitgehender anzupassen. Wenn ich an den Präsidentschaftswahlkampf denke, hat man da nicht Clinton und die Demokraten besorgt gefragt, ob sie nicht Isolationisten seien, nur deshalb, weil sie sich auf die Wirtschaft

konzentrieren wollten? Die Europäer wären gut beraten, wenn sie sich ihrerseits auf die Wirtschaft konzentrierten; denn der Vorwurf gegenüber den Amerikanern, sie seien isolationistisch, ist billig, weil er unseren eigenen Herausforderungen nicht gerecht wird. Das gilt nicht nur im Hinblick auf den Osten Europas, sondern auch für den Osten in Ostasien.

Wir könnten unser Thema auch umbenennen von: Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben? in: Wird die Integration des Ostens, und zwar beider "Osten", zum Zerfall des Westens führen? Es ist schon recht beeindruckend, daß der in den Vereinigten Staaten viel geschmähte sehr langsame Wandlungsprozeß jene Gesellschaft im Vergleich zu uns ein ganzes Stück nach vorn gebracht hat, was die Anpassung an die ökonomischen Zwänge betrifft, die weltweit wirksam sind. In Europa dagegen tragen wir diesem Wandel nicht entsprechend Rechnung, um unsere Strukturen rechtzeitig anzupassen. Die ganze Diskussion über die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) ist dafür ein klassisches Beispiel. Das Ganze hat mit Mexiko wenig zu tun. Es dreht sich dabei vielmehr um die Frage: Sind wir als Nation bereit, die ungeheure Herausforderung anzugehen, um die Weltwirtschaft grundsätzlich zu integrieren.

In Europa dagegen versuchen wir, einen Sozialstandard zu verteidigen - häufig eine Art soziales Beruhigungsmittel;- , der offensichtlich unhaltbar geworden ist. Europa sieht sich gewaltigen Problemen ausgesetzt, und zwar nicht nur gegenüber den Billiglohnländern, sondern sogar gegenüber den Vereinigten Staaten. Zuverlässige Studien zeigen, daß die Europäer, was das Preisniveau angeht, um ein Drittel weniger produktiv sind als die Amerikaner. Jeder, der in Europa eine Werkzeugmaschinenfabrik betreibt und gerade die Deutschen haben auf diesem Gebiet immer sehr viel geleistet;- , erkennt jetzt, daß er auf Drittmärkten kaum eine Chance hat. Dies gilt nicht allein gegenüber den billigen japanischen Lieferanten, sondern auch gegenüber der amerikanischen Konkurrenz.

Eine andere wichtige Herausforderung seitens der Amerikaner hat mit gesellschaftlichen Strukturen zu tun: Eben jenes Land, das sozusagen das mittelständische Management erfunden hat, ist jetzt ganz entschieden dabei, es größtenteils wieder abzuschaffen. Eine solche Entwicklung ist selbstverständlich mit gewaltigen Kosten verbunden, zeugt aber von der amerikanischen Bereitschaft, von sich aus eine Strukturanpassung vorzunehmen und nicht zu versuchen, irgendwelche Beruhigungspillen zu verteilen.

Wenn wir all diese wirtschaftlichen Überlegungen der politischen Führung anhängen, dann sägen wir Europäer uns selber den Ast ab, auf dem wir sitzen. Vor allem sollten wir uns davon frei machen, was ich hier in jeder politischen Rede höre: "Wir müssen Wir müssen! Wir müssen!" Meiner Meinung nach ist die Zeit für eine Politik der Proklamationen vorbei. Die Probleme sind viel tiefer gehend, als man gegenwärtig eingestehen möchte, und wir müssen die politische Bereitschaft entwickeln, diese Probleme ehrlich und direkt anzupacken. Darin, meine ich, besteht die Lehre, die unsere europäischen Politiker aus der Wahl von Präsident Clinton ziehen sollten.

The Lord Dahrendorf

Nach den drei sehr konstruktiven Einführungen hat die bisherige Diskussion eine Reihe von Krisenpunkten benannt. Vielleicht hat sie etwas von der Stimmung deutlich gemacht, die gegenwärtig in ganz Europa vorherrscht und womöglich auch den transatlantischen Dialog bestimmt.

Eines der, angesprochenen Probleme betrifft Jugoslawien, auf das wir kurz eingehen müssen, zumal die Analyse der Situation wichtige Unterschiede an den Tag bringen wird, derer wir uns bewußt sein sollten, wenn wir Wege der Zusammenarbeit innerhalb Europas und zwischen Europa und den Vereinigten Staaten finden wollen.

Ein zweites Thema, das wir vielleicht nicht so ausführlich besprechen sollten, das aber in den gegenwärtigen Kontext der Diskussion gehört, ist die deutsche Frage. Ohne Zweifel wird sie auch hier immer wieder zur Sprache kommen. Wenn Sie wollen, können wir darauf näher eingehen.

Ein dritter Punkt, dem wir etwas mehr Zeit einräumen sollten, betrifft die ökonomische Agenda. Unsere Referenten ebenso wie Herr Jochimsen haben uns dazu wichtige Hinweise einer Analyse und eines möglichen Ausweges gegeben. Da die wirtschaftlichen Herausforderungen im Titel unseres Gesprächskreises erwähnt sind, müssen wir uns mit ihnen ebenfalls etwas ausführlicher beschäftigen.

Wir werden dann auf die institutionellen Fragen zurückkommen, auf die viele der Redner eingegangen sind. Dies führt uns möglicherweise zu Schlußfolgerungen dieser Diskussion, obschon man sich von Zeit zu Zeit fragt, ob es solche Folgerungen überhaupt gibt.

Neville-Jones

Ich möchte zunächst zwei Bemerkungen machen über die Welt, in der wir heute leben.

Erstens: Was hier als Instabilität beschrieben wurde, ist jetzt wirklich der Normalzustand. Jene Gewißeheiten, die zumindest in den 70er und 80er Jahren vorherrschten, sind die große Ausnahme in der menschlichen Geschichte, gewiß aber in der europäischen Geschichte. Je ungewisser, je turbulenter die Welt ist, in der wir jetzt leben, desto normaler ist sie.

Von daher meine ich, daß es wahrscheinlich vergeblich ist, wenn hier von Architektur, festen Tagesordnungen und Suche nach verlässlichen Interpretationsmustern die Rede ist. Wir sollten statt dessen die Tatsache akzeptieren, daß wir in einer Welt leben, die ziemlich in Unordnung und durcheinander ist. Ich würde deshalb auch nicht den Ausdruck "Architektur" benutzen, der einen Grad von Stabilität impliziert, welcher gar nicht vorhanden ist.

Zweitens. Wir leben nicht nur in einer Zeit, in der sich die internationalen Fragestellungen verändern, sondern auch die innenpolitischen Verhältnisse einem beträchtlichen Wandel unterworfen sind. Beides hängt im übrigen eng zusammen. Was wir in den Vereinigten Staaten erleben, ist ein Grad von Überforderung, mit dem man sich auseinandersetzen muß. Das betrifft etwa jene überflüssig gewordenen militärischen Machtmittel, die reduziert werden müssen, weil die dafür aufgewendeten Finanzmittel anderswo gebraucht werden. Das ist keine leichte Aufgabe; denn wie überflüssig ist "überflüssig"?

Es gibt weiter die Herausforderung in Sachen Bildung und Erziehung und das Problem der Wettbewerbsfähigkeit der Amerikaner. In Europa liegen die Dinge nicht viel anders. Es gibt ein echtes Problem, was das Verhältnis der verfügbaren staatlichen Einnahmen und der Höhe der Steuern angeht, die unsere Bevölkerungen zu zahlen bereit sind. In einigen Ländern sicher mehr als in anderen, aber für alle Länder gilt, daß wirs mit sehr hohen Sozialkosten zu tun haben, die wir uns in der Nachkriegszeit geleistet haben und die in Zukunft nicht mehr zu halten sein werden. Man wird diese Kosten zurückschneiden müssen, und dies wird ein sehr schmerzlicher Prozeß sein. Das wiederum ist verbunden mit der Wettbewerbsfähigkeit Europas, die langfristig sehr viel gefährdeter ist als selbst die Amerikas.

Wir sehen uns also in Europa großen Problemen gegenüber. Der ideologische Kitt, der uns lange Zeit zusammenhielt, die vorherrschende Ideologie der Sozialdemokratie der Nachkriegszeit, ist heutzutage sehr fragwürdig geworden. Die einzige neue politische Idee seit den 40er und 50er Jahren ist der Thatcherismus gewesen, der in einem gewissen Maße eine Revolte gegen all diese Entwicklungen darstellte. Nun beginnen auch die Grenzen des Thatcherismus deutlich zu werden, und wir haben nicht viel an seine Stelle zu setzen.

Es gibt in unseren Gesellschaften keinen Konsens darüber, welche Richtung wir einschlagen, für welche Werte wir uns einsetzen sollen. Es gibt nicht einmal Übereinstimmung über eine tragfähige internationale Aufgabenstellung. Wir tapen im dunkeln, und es ist darum wenig überraschend, daß unsere Führungen, die wir heftig kritisieren, weil sie den Aufgaben nicht gerecht werden, diese Situation als sehr schwierig empfinden. Dabei handelt es sich eben nicht um eine klare und eindeutige Herausforderung wie etwa bei einer Bedrohung unseres Überlebens.

Wir haben also eine lange Zeit überaus schwieriger Neuorientierung vor uns. Ich hoffe, daß wir in der Lage sein werden, dies gemeinsam zu tun und nicht im gegenseitigen Bekritteln verharren, wie es sich zur Zeit breitmacht.

Die Probleme der inneren Reformen verleiten zur Nabelschau, während die Herausforderungen, denen wir uns auf der internationalen Ebene gegenübersehen, uns zu mehr gegenseitiger Anteilnahme bringen sollten. Zwischen beiden Bereichen herrscht zweifellos ein Spannungsverhältnis. Sollen wir uns nur auf uns selbst konzentrieren, oder sollen wir uns in den internationalen Problemen engagieren? Die vernünftige Schlußfolgerung muß lauten, daß die internationale Ausrichtung letztlich die dauerhafte, durchführbare und realistische ist. Dabei wird manche hochfliegende Ambition Federn lassen müssen, die neuerdings für viele internationale Aktivitäten, insbesondere in Europa, charakteristisch ist. Ich meine, wir sollten eine Konsolidierungsphase einlegen, und einige institutionelle und strukturelle Entwicklungen werden dieser Zeit ihren Stempel aufdrücken.

Ich stimme mit den von Senator Bradley vorgeschlagenen Kernpunkten überein: Demokratie, Menschenrechte, gemäßigter Wirtschaftsliberalismus. Während es in der Vergangenheit darauf ankam, jene Werte gegen Angriffe und Subversion zu verteidigen, ist es jetzt unsere Aufgabe, diese Botschaft in jene Teile der Welt zu tragen, die noch nicht so glücklich sind, derartiges zu besitzen, weil sie entweder okkupiert waren oder einer falschen Ideologie anhängen.

Das ist deswegen nicht einfach, weil die objektiven Bedingungen in den betreffenden Ländern, denen man helfen will, äußerst schwierig sind. Die meisten dieser Länder vielleicht China ausgenommen - scheinen daran interessiert zu sein, aber die benötigten Ressourcen sind gewaltig. Die Lasten müssen zweifellos verteilt werden, und die Europäer sollten bereit sein, ihren Anteil zu übernehmen.

Ich würde es nicht für gut halten, wenn die Arbeitsteilung so aussähe, daß die Vereinigten Staaten eine Aufgabe allein übernehmen und die Europäer eine andere. Ich würde statt dessen eine umfassende gegenseitige Verpflichtung befürworten, wobei es sicher Dinge gibt, für welche die Europäer im Rahmen ihrer Möglichkeiten und auch von den geographischen Gegebenheiten her besser geeignet sind, während andere Aufgaben besser von den USA wahrgenommen werden sollten.

Ich greife nur einmal zwei sehr allgemeine Felder heraus, die gewiß nicht für sich betrachtet werden können. So bin ich der Meinung, daß es im großen und ganzen die Aufgabe der Ost- und Westeuropäer ist, die Lösung der Probleme in Mittel- und Osteuropa voranzubringen. Rußland dagegen stellt eine Aufgabe dar, die für die Europäer allein zu groß ist. Überdies haben die Vereinigten Staaten in jedem Fall ein großes strategisches Interesse an einem stabilen und kooperationsbereiten Rußland. Dies ist also eine gemeinsame Aufgabe, bei der es unbedingt der amerikanischen Führung bedarf aufgrund des damit verbundenen militärischen Gleichgewichts, vor allem auf dem Gebiet der Atomwaffen.

Dies muß jedoch in einer angemessenen Zeit geschehen. Gerald Livingston fragte, ob die Europäer den von Senator Bradley vorgeschlagenen Problemerkatalog für die Europäische Gemeinschaft akzeptieren würden, oder ob wir nur ein netter Club von Leuten sein wollen, die keine ethnischen Differenzen miteinander haben. Meine klare Antwort ist: Natürlich ist dieser Katalog für uns wichtig für die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft, wie sie jetzt ist, und ihren anderen europäischen Nachbarn.

Das bedeutet allerdings ganz klar, daß es eine Erweiterung der Gemeinschaft gibt. Das ist nicht nur eine Frage von besonderen Beziehungen oder Abhängigkeitsverhältnissen mit diesen Ländern, sondern es geht um zusätzliche Mitgliedschaften in der Gemeinschaft. Das muß jedoch in angemessenen Schritten vollzogen werden.

Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft heißt nicht nur, einer gemeinsamen Freihandelszone anzugehören. Das mag von außen so erscheinen, aber die den Mitgliedern auferlegten Verpflichtungen verlangen sehr viel mehr als das. Grundsätzlich sind die reichen Länder verpflichtet, Transferzahlungen zu leisten. Von den weniger industriell entwickelten Ländern wird immerhin verlangt, Industriegüter unbehindert von den besser ausgerüsteten Ländern aufzunehmen. In diesem Prozeß kann sehr leicht die einheimische Industrie hinweggefegt werden.

Aus diesem Grunde ist es für keine Seite vernünftig, den Schritt zur Erweiterung wobei ich Erweiterung von bloßen Assoziierungsabkommen unterscheidet - in einem schnelleren Tempo zu tun, als jeder der Beteiligten einhalten kann. Anderenfalls würden die Wähler Westeuropas dagegen revoltieren, und es wäre den Ländern Osteuropas keineswegs zuträglich. Darum sehe ich das als einen allmählichen Prozeß an, der sich in Stufen vollzieht. Ich glaube nicht, daß man das zeitlich im vorhinein festlegen kann. Die Mitgliedschaft sollte jedoch ein erklärtes Ziel sein, weil die Aussicht auf Partnerschaft Hoffnung eröffnet, was in sich schon eine Beruhigung darstellen und zur Stabilisierung in Europa beitragen dürfte.

Was Rußland betrifft, ist die Aufgabe weitreichend und geht nicht nur die Europäer etwas an. Dies ist auch nicht nur die Frage der wirtschaftlichen Dimension, obgleich der wirtschaftliche Aspekt für Rußland sehr wichtig ist. Zumindest muß es unser Bestreben sein, ein wirtschaftlich möglichst stabiles Rußland zu schaffen, das zugleich kooperatives Mitglied der internationalen Gemeinschaft wird und sich nicht aggressiv und nationalistisch gibt. Letzteres ist um so wahrscheinlicher je größer die wirtschaftlichen Spannungen im Inneren zu autoritären politischen Strukturen führen.

Ein entscheidender Punkt, der darüber Aufschluß gibt, ob wir in der Lage sind, mit Rußland zusammenzuarbeiten - und damit komme ich auf die ethnischen Probleme;- besteht in der Frage, was künftig mit den russischen Minderheiten geschehen wird, die in jenen Ländern leben, die früher zur Sowjetunion gehörten. Senator Bradley hat dies völlig zu Recht als eine der großen Aufgaben in ganz Europa bezeichnet. Das ist zweifellos keine leichte Frage. Wenn man fragt, was eine Nation ausmacht, so lautet im westlichen Europa die Antwort: Nation definiert sich durch das Territorium. Jeder, der in seinen Grenzen lebt, gehört der Nation an. Begibt man sich östlich des Rheins, so ändert sich diese Vorstellung. Dort wird Nationalität traditionellerweise durch ethnische oder

gemeinschaftliche Zugehörigkeit definiert. Bei der Frage, was eine nationale Gruppe konstituiert, geht es also um sehr grundsätzliche Dinge, die nicht leicht zu behandeln sind.

Eine der grundlegenden Herausforderungen besteht darin, wie wir mit den Minderheitenrechten umgehen, und genau darauf läuft es letztlich hinaus, ob wir von Gruppen- oder von Individualrechten ausgehen. In vielen dieser Länder dürfte es leichter sein, auf Gruppenrechte abzuheben. Das ist ein nicht unerhebliches politisches und intellektuelles Problem, dem wir uns da gegenübersehen.

Ich gebe nicht vor, die Antwort auf diese Frage zu wissen, aber sie ist von größter Bedeutung für die europäische Sicherheit. Das Beispiel der Tschechoslowakei ist in einer Hinsicht beruhigend, weil sich dort zwei ethnische Gruppen friedlich getrennt haben. In anderer Hinsicht jedoch weniger beruhigend, weil es zeigt, daß zwei große Bevölkerungsgruppen, die lange Zeit als eine Nation zusammengelebt hatten, sich dazu entschlossen haben, nicht mehr eine Nation bleiben zu wollen.

Zu Jugoslawien will ich den Amerikanern keine Zensuren erteilen und ich hoffe, daß auch die Amerikaner unsere Politik gegenüber Jugoslawien nicht mit Zensuren versehen; denn der amerikanische Beitrag ist in dieser Hinsicht auch nicht gerade so vorbildlich gewesen, daß die Amerikaner zur Kritik an den Europäern berechtigt wären. Jugoslawien ist ein sehr bitteres Beispiel, und der Vance-Owen-Plan ist ein lohnenderer Versuch, mit einigen dieser Probleme umzugehen, als dies weithin in den Vereinigten Staaten anerkannt wird. Das ethnische Problem scheint mir im wesentlichen eine Frage des politischen Vorgehens und der politischen Institutionen zu sein und nicht durch den Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden zu können.

Damit komme ich zu den "Institutionen". Benötigen wir mehr Institutionen und mehr Verträge? Meine Antwort lautet zur Zeit recht eindeutig: Nein! Ich denke nicht, daß Institutionen nützlicher sind als das Engagement ihrer Mitglieder und die Mittel, mit denen man sie ausstattet. Wir stolpern in Europa geradezu über uns selbst vor lauter Institutionen und Körperschaften, um dies oder jenes zu tun, die alle sich überschneidende Kompetenzen haben. Wir brauchen davon nicht noch mehr. Die Frage ist vielmehr, wie sie in geeigneter Weise arbeiten können.

GATT etwa ist eine gute Sache für den Handel, wenn man es nur dazu bringen könnte, daß es funktioniert. Gleiches gilt für die EG. Auch die NATO ist eine recht gute Organisation. Wir brauchen keinen weiteren Vertrag neben oder über der NATO. Ich persönlich bin gegen einen euro-atlantischen Vertrag, der die NATO zu einem Konsultationsmechanismus degradiert und das Konzept eines westlichen Systems einführt, das aus zwei getrennten Teilen auf beiden Seiten des Atlantiks besteht. Das Schöne an der NATO ist, daß sie ein organisches Instrument der Zusammenarbeit und der Konsultation ist.

Die WEU ist gut und schön, und es gibt gewisse Dinge, welche die Westeuropäer brauchen und tun sollten. Das burden sharing gehört unbedingt dazu. Wir sollten den Leuten aber nicht die Vorstellung vermitteln, daß die WEU wirklich über zusätzliche Mittel oder Kapazitäten verfügt; denn das ist nicht der Fall. "Double-hatting" führt die gleichen Truppen unter einem anderen Etikett auf. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, daß die WEU mehr ist und etwa unsere Möglichkeiten erweitert. Das kann nur zur größeren Verwirrung führen.

Ich halte es auch für keine gute Idee zu suggerieren, daß sich die Europäer nur mit den leichten Problemen in Europa beschäftigen, das heißt mit jenen Konflikten, die nicht zu groß werden; doch wenn das Feuer wirklich ausbricht, wenden wir uns natürlich an die NATO, gewissermaßen als letzte Zuflucht, wenn es gilt, alle Kräfte gegen eine überwältigende Bedrohung zu mobilisieren, oder wenn ein Regionalkonflikt außer Kontrolle geraten ist. Dann bitten wir auch die Amerikaner hinzu. Das ist keine Grundlage für ein amerikanisches Engagement. Wenn man sich einmal die Schlagkraft anschaut, über die die Europäer verfügen oder voraussichtlich verfügen - oder für die die Steuerzahler bereit sind zu zahlen;- , erkennt man sehr schnell, daß wir in Europa überhaupt nicht die nötigen Einsatzmittel haben. Selbst für kleine Operationen in Jugoslawien, die wir vielleicht in Erwägung ziehen, brauchen wir einen "big lift", den wir nicht haben. Wir verfügen nicht oder kaum über die entsprechenden Aufklärungsinstrumente, ohne die wir auch bei begrenzten Operationen nicht auskommen. Dafür brauchen wir die amerikanische Beteiligung.

Ich weiß von keinerlei Verpflichtung des Vereinigten Königreichs und von anderen Europäern, nach Jugoslawien zu gehen, um dort Frieden zu schaffen. Friedenserhaltende Maßnahmen - ja! Aber friedensschaffende Maßnahmen, also die Idee, Menschen zu einem Plan zu zwingen, ob sie es wollen oder nicht, kommt nicht in Frage.

Es gibt Grenzen, wozu wir Europäer fähig sind, oder was wir selbst versuchen sollten zu tun. Was sich im Umkreis der friedenserhaltenden Maßnahmen herauskristallisiertest die Eindämmung des Konflikts, wie Senator Bradley zu Recht gesagt hat. Solche regionalen Instabilitäten lassen uns erschauern,

aber wir fürchten uns nicht vor ihnen. Was uns Angst machen würde, wäre, wenn ein Balkankrieg ausbräche. Das müssen wir verhindern, und darauf muß unsere Politik ausgerichtet sein. Dafür sind die geeigneten politischen und militärischen Instrumente, über die wir verfügen, von Bedeutung. Bis zu diesem Punkt ist die Hauptaufgabe eine politische. Natürlich hätten wir es in Jugoslawien nicht dahin kommen lassen dürfen, daß eine solche Zwangslage eintritt.

Vernet

Ich möchte noch einmal auf unsere Ausgangsfrage zurückkommen: Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben? Was bedeutet in diesem Zusammenhang der "Westen" und der "Osten"? Wenn wir vom Zerfall des Ostens sprechen, meinen wir häufig offensichtlich den Zerfall des Kommunismus. Das ist zweifellos richtig; aber der Westen definiert sich nicht nur durch sein Verhältnis zum Osten.

Meint man mit Westen eine mehr geographische Bezeichnung, wie Senator Bradley angedeutet hat, die in der historischen Perspektive keineswegs eindeutig ist? Ein Land wie die Tschechoslowakei ist im Grunde rein zufällig in den Osten geraten. Wenn die Tschechoslowakei 1947 das Recht gehabt hätte, am Marshallplan teilzunehmen, wäre sie heute ein westliches Land, und niemand würde auf den Gedanken kommen, da von einem östlichen Staat zu sprechen. Diese Definition von West und Ost hat also mit dem Erbe des Kommunismus zu tun, und der Eiserner Vorhang war die Trennlinie.

Man könnte sich auch an bestimmten Institutionen orientieren: Wer zur NATO und zur Europäischen Gemeinschaft gehört, zählt automatisch zum Westen. In diesem Sinne wäre dann die Türkei ein westliches Land. Oder man meint, alle Länder mit Marktwirtschaft sind als der Westen zu bezeichnen. Dann gehört beispielsweise Japan dazu. Eine weitere Definition fragt nach den gemeinsamen Werten: etwa Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung, wobei mit Entwicklung eine bestimmte Verteilung der Ressourcen gemeint ist. Aber mit solchen Werten läßt sich nur schwer Politik machen. So war Frankreich in den letzten Monaten nicht eben erfolgreich bei dem Versuch, in den internationalen Organisationen ein Einmischungsrecht mit Hilfe der Menschenrechte zu begründen.

De Gaulle hat einmal gesagt: Staaten haben keine Freunde, sondern nur Interessen. Ähnliches kann man in bezug auf Werte sagen: Die Staaten handeln nicht vornehmlich nach Werten, sondern nach ihren eigenen Interessen. Und diese Interessen sind innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, aber auch zwischen der EG und den Vereinigten Staaten häufig nicht nur unterschiedlich, sondern sogar gegensätzlich. Das zeigt sich etwa in den GATT-Verhandlungen, wo die Mitgliedsländer der EG ganz verschiedene Interessen verfolgen, von den Differenzen zu den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen. Angesichts der Wirtschaftsrezession hat sich die Tendenz ohnehin verstärkt, die eigenen Interessen zu betonen in einer Situation, in der die Ressourcenaufteilung innerhalb eines Landes immer schwieriger geworden ist.

Unterschiedliche Interessen zeigen sich auch im Falle Jugoslawiens. Dabei habe ich nicht den Eindruck, daß die Schwierigkeiten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft darauf zurückzuführen sind, daß der EG bisher Mechanismen für eine gemeinsame Außenpolitik fehlen. Vielmehr sind die Vorstellungen und Interessen in den einzelnen europäischen Ländern gegenüber Jugoslawien sehr verschieden. Gewiß, es gibt eine Reihe gemeinsamer Ziele, wie Herr van Eekelen gezeigt hat. Aber wir haben kaum eine gemeinsame Vorstellung davon, wie wir in Jugoslawien in den nächsten Monaten und Jahren vorgehen und wie die Staaten des ehemaligen Jugoslawien aussehen sollen. Und wie gesagt, mit der Verteidigung der Menschenrechte läßt sich in Jugoslawien keine Politik betreiben, zumal das auch keine eindeutige Angelegenheit ist. So kann man zum Beispiel für das Recht auf Selbstbestimmung der Völker eintreten - zweifellos ein Menschenrecht; -, das aber in Widerspruch zu den Rechten von Individuen oder Minderheiten geraten kann. Wie soll sich daraus eine konsistente Politik entwickeln lassen?

Auch die Vereinigten Staaten haben in Jugoslawien nicht die gleichen Interessen wie die Europäer - vielleicht haben sie überhaupt keine Interessen in Jugoslawien. Wie soll dann eine Arbeitsteilung zwischen Europa und Amerika funktionieren? Die Europäer können ohne die Amerikaner nicht viel ausrichten, und die Amerikaner wollen ohne die Europäer nichts tun.

Vielleicht brauchen wir Institutionen, in denen diese Interessenunterschiede diskutiert und ausgeglichen werden können. Alle vorhandenen Institutionen sind vor 1989 entstanden und können auf die neue Weltlage möglicherweise nicht angemessen reagieren. Vielleicht wäre die NATO doch mehr dafür geeignet, als die Franzosen mitunter annehmen. Das würde zweifellos eine tiefgreifende Reform der NATO und der atlantischen Allianz voraussetzen, wenn eine neue Form der Zusammenarbeit entwickelt werden soll. Aber ich sehe gegenwärtig weder in Amerika noch in Europa geeignete Reformvorschläge auf dem Tisch.

Sir Quinlan

Herr Vernet hat die Frage gestellt, was wir eigentlich mit dem Ausdruck "der Westen" meinen. Für mich zumindest ist das kennzeichnende Merkmal des Westens - wie auch immer es sich in kultureller oder philosophischer Hinsicht ableiten mag - das transatlantische Band, die transatlantische Partnerschaft, die unsere Politik durch gemeinsame Wahrnehmung und, wo immer es möglich ist, durch gemeinsames Handeln leitet. Das Schwinden des Ost-West-Verteidigungs- und -Sicherheitsaspekts hat den Primat und die Bedeutung dieses spezifischen Bereichs im Vergleich zu den letzten vierzig Jahren zurücktreten lassen. Das wirft Fragen auf, ob beispielsweise dem "Westen" noch jener gewisse Vorrang zukommt im politischen Kontext, etwa verglichen mit dem Aufbau Europas.

Ob es da einen echten Widerspruch gibt, hängt nach meiner Einschätzung davon ab, welche Vorstellung man von Europa hat. Ich selbst sehe nicht, daß es einen Widerspruch geben muß. Aber in der europäischen Diskussion gibt es zumindest eine Vision von Europa, die dazu im Widerspruch steht. Das ist die Vision eines Europa, das am Ende zu so etwas wie den "Vereinigten Staaten von Europa" werden soll und das sich vorzugsweise betont von den USA distanziert. Ein solches Konzept gibt es in der Tat, da sollten wir uns nichts vormachen, wie geschickt dies auch immer mit frommen Sprüchen über die Bedeutung eines dauerhaften atlantischen Bündnisses verdeckt werden mag.

Wenn es eines Beleges bedarf, daß eine solche Ansicht von Europa besteht, brauchen wir uns nur den Einsatz der Schiffe in der Adria anzusehen, worauf Hella Pick bereits hingewiesen hat: ob die WEU oder die NATO den Oberbefehl haben soll. Das war kein institutionelles Hickhack, sondern ein Problem, wie man in einer bestimmten Hauptstadt mit dieser Sichtweise zu Rande kommt. Das unterstreicht also mein Argument.

Diese Auffassung, ob nun bewußt oder nicht, stellt uns tatsächlich vor eine Entscheidung. Das betrifft zwar in erster Linie die Verteidigung, berührt aber genauso die Frage Erweiterung oder Vertiefung der Gemeinschaft und wirkt sich wahrscheinlich auch auf Handelsfragen und wie es mit den GATT-Verhandlungen weitergehen soll aus.

Schließlich möchte ich betonen, daß Deutschland im Zentrum steht, wenn es darum geht, wie diese Frage gelöst werden soll. Für Deutschland zweifellos eine recht unangenehme Lage, aber es ist nun einmal der wichtigste Mitspieler auf dieser Seite des Atlantiks in dieser Frage. Deutschland hat einige Jahre versucht, sich in dieser Diskussion beide Wege offenzuhalten. Das ist völlig legitim; denn es ist nicht nur ein, sondern das Ziel der Diplomatie, sich so viele Wege wie möglich offenzuhalten. Doch vermute ich, daß es nicht länger möglich sein wird, weiterhin so zu verfahren.

Light

Wie können wir dem Zerfall des Ostens! begegnen? Dazu wurden hier verschiedene Vorschläge im Zusammenhang mit der EG gemacht, die auf eine Erweiterung oder Vertiefung oder auf beides abzielen. Schon eine Erweiterung würde erhebliche Probleme mit sich bringen; denn die einen Staaten einzubeziehen, heißt zugleich andere auszuschließen. Dabei dürfen wir nicht außer acht lassen, daß die "ausgeschlossenen" Länder dies nicht allein als wirtschaftliche, sondern gleichzeitig als politische und sicherheitspolitische Bedrohung empfinden.

Es hat mich recht betroffen gemacht, inwieweit die Diskussion um die Frage, welche Länder als nächste aufgenommen werden sollten und in welcher Reihenfolge, tatsächlich dazu führen könnte, jenen "Samtvorhang" herunterzulassen, von dem Senator Bradley meinte, er hätte den "Eisernen" ersetzt. Sollte es zu dieser erweiterten Gemeinschaft kommen, so wird sie jedenfalls keine islamischen Länder einschließen, und die Türkei wird am Ende der Reihe verbleiben, wie dies schon seit einiger Zeit der Fall ist. Es wird in der Gemeinschaft zwar griechisch-orthodoxe Länder geben, aber man wird keine russisch-orthodoxen oder gar unierten Länder einbeziehen. Natürlich bleiben auch die Vereinigten Staaten und Kanada ausgeschlossen, ganz zu schweigen vom ganzen afrikanischen Kontinent.

Wenn man sowohl an eine Erweiterung als auch eine Vertiefung der Gemeinschaft denkt, erhält die Frage des Ausschlusses eine noch schwerwiegendere Bedeutung. Wenn wir nämlich eine solche Gemeinschaft anstreben, sollten wir uns vielleicht eher fragen, ob es nicht so sehr der Zerfall des Ostens ist, der die Einheit des Westens bedroht, sondern ob nicht auch der Zusammenschluß Westeuropas für die Nordatlantische Allianz zu einer Bedrohung werden könnte.

Was die Vielfalt der regionalen Organisationen angeht, so möchte ich behaupten, daß wir bereits eine Architektur haben. Diese ist aber so vielschichtig, verworren und unübersichtlich, daß sie sich fast nicht mehr in einem Schema darstellen läßt. Mein Eindruck ist, die vielschichtige Struktur dieser

Organisationen mit teilweise sich überschneidenden Aufgaben zeigt, daß nicht alle diese Institutionen klar bestimmte Ziele verfolgen. Wenn aber über die Zielsetzungen der einzelnen Institutionen keine Klarheit besteht und welche Kompetenz ihnen im einzelnen jeweils zukommt, dann mögen sie von Nutzen sein, wenn es darum geht, Kontakte zu knüpfen, vielleicht sogar unsere Wertvorstellungen weiterzuvermitteln, aber sie wären keineswegs in der Lage, all jenen anderen Zwecken zu genügen, denen sie unserer Meinung nach dienen sollten. Die ernste Gefahr besteht darin, daß die eigentlichen Probleme zu kurz kommen. Das geschieht nicht etwa, um anderen den Schwarzen Peter zuzuschieben, sondern vielleicht einfach deshalb, weil unklar ist, in wessen Kompetenzbereich diese Probleme fallen.

Im Jugoslawien-Konflikt haben sich die Kompetenzüberschneidungen nicht als hilfreich erwiesen, und ich fürchte, dies wird auch bei künftigen Konflikten nicht der Fall sein. Insbesondere ist es hinderlich, wenn schnelle Entscheidungen erforderlich sind. Ich schließe mich denen an, die "double-hatting" von NATO und WEU kritisieren. Dabei wird insbesondere die Frage unterschlagen, wer eigentlich darüber entscheidet, in welchen Fällen die WEU und in welchen die NATO gefordert ist. Darüber hinaus besteht die Gefahr: Wenn man entscheidet, ein Problem oder ein Konflikt sei nicht schwerwiegend genug, um ein Eingreifen der NATO zu rechtfertigen, könnten sich die Dinge so entwickeln, daß der Konflikt eskaliert und zu einer so ernsthaften Situation führt, die ein Eingreifen der NATO erforderlich macht.

Bei der Frage der Finanzierung sehe ich natürlich die innenpolitische Problematik, wenn es darum geht, was wir im eigenen Lande zu bezahlen haben. Aber wir können uns die Probleme nicht aussuchen, für die wir zahlen müssen. Die Probleme drängen sich uns ganz von selbst auf und lassen uns keine Wahl, als uns ihnen zu stellen. Aber eines können wir uns unter gar keinen Umständen leisten, nämlich, daß auch in Zukunft bei jeder Gelegenheit von neuem gefeilscht wird, wer bezahlt und aufweiche Weise. Das würde die ohnehin schon sehr schwierigen Bedingungen, denen wir uns gegenübersehen, nur noch verschlimmern.

Abschließend möchte ich noch hinzufügen: Bei all den verschiedenen Optionen, die hier vorgeschlagen wurden, macht mich besorgt, daß es nicht ausreicht, nur politische Maßstäbe anzulegen. Man braucht auch Mittel, sie durchzusetzen. Senator Bradley hat der Frage der Nichtweiterverbreitung atomarer Waffen einen hohen Stellenwert eingeräumt. Vieles war in dieser Hinsicht früher einfacher, als es heute ist. Jetzt sind wir in der Tat mit einer neuen Art von Proliferation konfrontiert, sozusagen als Erbfolge. Auch diese Frage ist also nicht leicht zu bewältigen.

Was wir zumindest versuchen könnten - noch bevor wir damit anfangen, Ost-Mitteleuropa in Europa einzugliedern;- wäre, diese Länder und die Staaten der früheren Sowjetunion zu ermutigen, einige ihrer früheren Wirtschaftsverbindungen wiederaufzunehmen. Gerade jetzt scheint in Osteuropa die Überzeugung vorzuherrschen, man käme auf dem Wege in die Europäische Gemeinschaft schneller vorwärts, wenn man ganz auf sich gestellt ist, ohne durch Wirtschaftsverbindungen mit anderen Ländern belastet zu sein. Ich meine, wir könnten unsere Hilfe für Osteuropa erheblich ausweiten, wenn wir ehemals sozialistische Staaten dazu brächten, einige dieser alten Beziehungen wiederaufzunehmen, die vor dem Zusammenbruch des Ostblocks bestanden.

Stürmer

Die Forderung, die Staaten Ost-Mitteleuropas sofort in die NATO aufzunehmen, eignet sich vielleicht für Trinksprüche westlicher Politiker in Budapest, Warschau oder Prag, aber für die Praxis sind solche Überlegungen ungeeignet in einem Augenblick, da die NATO erhebliche interne Probleme hat. Eines dieser Probleme ist, daß Deutschland offenbar nicht weiß, ob die NATO über den Artikel 6 des NATO-Vertrages hinaus irgendeine Bedeutung haben soll. Diese höchst enge Interpretation, die in der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere in journalistischen Kreisen lanciert wird, würde die NATO abseits der jetzt beginnenden Geschichte stellen. Die Einengung der NATO auf Artikel 6 ist im übrigen genauso eine Fiktion wie die angeblichen Grundgesetzgebote, die Deutschland daran hindern, seinen Beitrag zur kollektiven Verteidigung zu leisten. Ein Blick in den NATO-Vertrag und in das Grundgesetz würde diese Meinungen als falsch erweisen, was außerordentlich zu begrüßen wäre, sowohl für die deutsche wie für die internationale Debatte. Deutschland ist dabei, Teil des Problems zu werden und nicht der Lösung.

Deshalb sollte man hier auch nicht immer wieder irgendwelche NATO-Garantien im Osten einfordern. Wie sollten denn solche Garantien aussehen? Ich verstehe dieses Mutmaßen nicht, und ich stimme Frau Neville-Jones zu: Wir müssen uns wieder auf den festen Boden der Tatsachen stellen und uns fragen, was wirklich machbar ist. Bis 1989/90 mochten wir uns solche rhetorischen Exkursionen

leisten. Seit wir aber mit einer veränderten Wirklichkeit konfrontiert sind, fällt die Rhetorik in sich zusammen, sobald wir real gefordert sind.

Institutionen wie die KSZE sind in Jugoslawien getestet worden; das Ergebnis ist bekannt. Der Bedarf an derartigen Tests ist gedeckt. Ohne Zweifel muß die NATO ihre Rolle in Europa wieder stabilisieren und neu definieren. Das bedeutet ein unverändert starkes Engagement der Amerikaner mit entsprechender Unterstützung der Europäer. Und wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die Hauptaufgabe der NATO in Europa nicht mehr der Schutz Deutschlands vor den Ex-Sowjets sein kann. Das heißt, wenn nicht andere Aufgaben erkennbar sind, wird der amerikanische Kongreß kaum seine Zustimmung zum Verbleib amerikanischer Truppen in Europa geben. Da sollte sich niemand irgendwelchen Illusionen hingeben.

Was die Sicherheit der ost-mitteleuropäischen Staaten angeht, so haben Bush und Baker erklärt, man werde "gemeinsam daran arbeiten". Mit anderen Worten, diese Sicherheit gibt es bisher noch nicht. Dazu gehört die unerhört schwierige Aufgabe, die Auflösung des sowjetischen Imperiums mit all seinen Hinterlassenschaften so mitzugestalten, daß keine Katastrophe passiert, insbesondere im Bereich der Non-Proliferation. Dieses Bemühen gleicht dem Versuch, einen Hefeteig stabil zu halten, der sich längst in der Gärung befindet, zumal es mehrere Kategorien von Proliferation gibt und gegen keine bisher glaubhafte Abschreckung vorhanden ist.

Wir befinden uns am Beginn eines neuen Zeitalters, das durch große Unsicherheiten, permanente Krisen und das Fehlen jedes Status quo charakterisiert ist, während die vorangegangene Epoche sich in Europa durch einen mehr oder weniger stabilen Status quo auszeichnete. Für gute Verhältnisse aber braucht es klare Politik. Im Augenblick versteckt sich in Europa einer hinter dem anderen. Jeder erwartet irgendwelche kraftvollen Handlungen, zu denen er selbst aber- leider- aus bestimmten historischen, verfassungsmäßigen oder sonstigen Gründen nicht in der Lage ist.

Wir sollten uns klarmachen, daß wir uns in einer welthistorischen Krise befinden, wie sie Jacob Burckhardt beschrieb. Sie steht der nach 1945 an Bedeutung in nichts nach, wenngleich wir heute bessere Ausgangsvoraussetzungen für eine Überwindung der Krise antreffen. So gibt es keine Sieger und Besiegten, auch in Osteuropa nicht. Was uns bisher fehlt, ist eine organisierende Kraft, die Führung leisten kann. Dies setzt indes in Amerika und in Europa innenpolitische Handlungsfähigkeit voraus, die zur Zeit nicht erkennbar ist.

Ich sehe vorrangig vier miteinander verbundene Krisenelemente. Erstens den schon erwähnten Zerfall des ehemaligen sowjetischen Imperiums und den Streit um die Erbfolge. Zweitens die Gefahren aus dem islamischen Krisenbogen: Was geschieht beispielsweise, wenn in Algerien die Militärdiktatur nicht mehr hält? Drittens die Gefahren aus der Proliferation. Viertens das ungeheure Bevölkerungswachstum im Süden und die daraus resultierenden Völkerwanderungen, die schon heute kaum zu übersehen sind. Wie läßt sich da ein containment, eine Eindämmung, erreichen? Denn es sollte jedermann klar sein, daß unsere europäischen Gesellschaften nicht unbegrenzt aufnahmefähig sind. In Großbritannien ist diese Erkenntnis längst gereift, und man hat daraus Konsequenzen gezogen. In Frankreich hat man ebenfalls in den letzten Jahren hinzugelernt. Die augenblickliche innenpolitische Debatte in Deutschland brauche ich hier nicht zu vertiefen; sie kann aber unabsehbare Konsequenzen für das politische System bei uns schon im Wahljahr 1994 haben.

Die Frage ist auch, wie sich die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft nach Maastricht gestaltet, inwieweit etwa die Wirtschafts- und Währungsunion angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Rezessionserscheinungen in unseren Ländern sich stabilisieren kann - von der Politischen Union zu schweigen. Die Gefahr ist, daß der Einigungsprozeß sich nicht nur verlangsamt, sondern rückläufig wird, wie hier gesagt wurde. Die eigentliche konzeptionelle Arbeit muß jetzt so schnell wie möglich beginnen und darf nicht auf 1996 oder 1999 vertagt werden.

Smyser

Ich möchte einiges zu unserer Diskussion sagen und dann andeuten, was meines Erachtens auf uns zukommt.

Erstens teile ich keineswegs die offensichtlich weitverbreitete Nostalgie nach dem kalten Krieg. Ich war während der "Mauer-Krise" in Berlin, während der Kuba-Krise in Washington und dazu noch zwei Jahre lang in Vietnam. Sie dürfen mir glauben, daß der kalte Krieg kein Honiglecken war. Denjenigen, welche behaupten, damals wären die Dinge eher in Ordnung gewesen, muß ich entschieden widersprechen.

Ich habe den Begriff "der Westen" nie gemocht. In dieser Hinsicht bin ich ganz der Meinung von Herrn Vernet. Ich denke, wir hatten - und haben immer noch - ein globales Bündnissystem von den

japanischen Gewässern bis zur Spree, dessen augenfälligste Ausdrucksform die G 7 waren und auch heute noch sind.

Das Bündnis schließt Japan ein. Die Amerikaner denken, daß die Beziehungen zu Japan für den Erfolg im kalten Krieg ebenso wichtig waren wie die Verbindung zu Europa. Und ich möchte unsere europäischen Freunde bitten, sich nur einmal fünf Minuten lang vorzustellen, wie unser Leben sich gestaltet hätte, wenn Japan unter kommunistische Herrschaft gekommen wäre und uns im Pazifik bedroht hätte. Das hätte unser Bündnis grundlegend verändert. Wir sollten daher nicht vergessen, daß es keineswegs ausreicht, nur in kontinentalen und ethnischen Begriffen zu denken.

Die NATO ist ein wichtiger Teil des globalen Bündnissystems für Amerika wie für Europa. Hier handelt es sich um ein Bündnis zwischen Seemächten und kontinentalen Mächten. Während dieser Beziehung sind die Seemächte -Amerika und England - weiter auf einem Kontinent vorgerückt als jemals zuvor, wenn man einmal von der Ausweitung des britischen Imperiums auf Indien absieht.

Niemand sollte aber erwarten, daß die Seemächte jetzt noch weiter auf dem europäischen Kontinent vorrücken. Senator Bradley kann mich jederzeit unterbrechen, wenn er meint, daß er im US-Senat eine Zweidrittelmehrheit für eine Änderung des NATO-Beschlusses durchsetzen könnte, um Sicherheitsgarantien für Ungarn, Polen, die Tschechische Republik und die Slowakei zu geben. Ich halte das für unmöglich. Die Seemacht Amerika ist schon weitestmöglich in Europa vorgerückt, als sie dies bis zum Checkpoint Charlie taten, und mehr sollte man nicht von ihr verlangen.

Trotz der zahlreichen Bedenken, die von allen Seiten geäußert werden, glaube ich immer noch an eine gute Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Und die Kontinental-Europäer würden einen gravierenden Fehler begehen, wenn sie dieses Band, das sie mit den Seemächten verknüpft, in der neuen Weltordnung nach dem Ende des kalten Krieges lösen.

Wann immer dieses Thema angeschnitten wird, erinnere ich die Deutschen jedesmal an das, was ich den "Jahrhundertfehler" Wilhelms II. nenne. Denn er war es, der damals an der Schwelle zum 20. Jahrhundert das britische Angebot an Deutschland für ein Bündnis ausschlug. Er war dafür zwar nicht allein verantwortlich, sondern hatte einige politisch unkluge Berater im Auswärtigen Amt.

Nun stellt sich dieses Problem von neuem, und die Deutschen sollten vorsichtig sein. Sie sind stets dann viel sicherer, wenn sie Verbindung zu einer Seemacht halten. Deshalb sollten sie lieber nicht dem Sireningesang aus Paris lauschen, daß sie ohne die Briten und die Amerikaner besser beraten wären. Aber aus demselben Grunde müssen sich auch die Amerikaner vorsehen. Auch sie sind stets besser gefahren, wenn sie sich mit einer Kontinentalmacht verbünden, und sie sollten dies nicht aufgeben.

Aber die eigentlich wichtigen Probleme, mit denen wir es jetzt zu tun haben, sind wirtschaftlicher Natur. Wir müssen entscheiden, wie wir die notwendigen wirtschaftspolitischen Veränderungen im eigenen Land zustande bringen wollen, um zu einer gemeinsamen internationalen Wirtschaftspolitik zu kommen.

Sicherheitspolitik und Außenpolitik haben einen großen Vorteil: Es muß zwar ein gewisser Preis für eine erfolgreiche Politik gezahlt werden, aber vieles an Folgeerscheinungen dieser Politik lassen sich jenseits der eigenen Grenzen abhandeln. Auf die Wirtschaftspolitik trifft das nicht zu. Innen- und Außenpolitik sind hier miteinander verknüpft. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt pflegte zu sagen, daß Finanzpolitik immer zugleich auch Außenpolitik ist, und damit hatte er recht. Unsere Außenwirtschaftspolitik muß unsere Innenpolitik mitprägen - und umgekehrt.

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist: Welchen Preis sind wir bereit zu zahlen, um eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen. Die Antwort darauf ist nicht leicht. Als ich heute morgen joggte, bemerkte ich eine kleine Kuhherde. Dabei fiel mir ein, daß jede dieser Kühe die Deutschen wahrscheinlich im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der EG jährlich etwa 50 DM kosten mag. Aber als ich David Marsh und Sir Christopher danach fragte, meinten sie, ich hätte unrecht. Denn obwohl Margaret Thatcher die Briten bis zu einem gewissen Grade aus dem kontinentalen Subventionsprogramm hatte heraushalten können, bezahle Großbritannien immer noch für seine eigenen und sogar noch für ein paar kontinentale Kühe. In Amerika nennen wir dies "heilige Kühe". Und es will mir nicht einleuchten, daß irgendwer, einschließlich der Amerikaner, 50 DM oder 50 £ nur dafür erhalten sollte, daß er Kühe hält.

Wir müssen also damit beginnen, eine neue ökonomische Welt zu schaffen. Dabei sehen wir uns einem ideologischen Problem gegenüber, das weit größer ist als jedes ideologische Problem zwischen Kommunismus und Kapitalismus: Es ist der beherrschende Einfluß des merkantilistischen Denkens des 19. Jahrhunderts, der all unser Handeln und unsere Schriften durchzieht.

Ich war überrascht von der Fülle jener Bücher, die in den achtziger Jahren veröffentlicht wurden, in denen die Japaner angeprangert wurden, sie ruinierten die amerikanische Autoindustrie, indem sie die Amerikaner zwängen, japanische Wagen zu kaufen. Ich selbst fahre einen japanischen Wagen, und ich habe ihn keineswegs gekauft, weil ein Japaner mir vor der Haustür die Pistole auf die Brust gesetzt hatte, sondern einzig und allein, weil mir nach drei Monaten der Wagen auseinandergefallen wäre, wenn ich mir einen amerikanischen gekauft hätte. Nun haben die amerikanischen Automobilhersteller inzwischen Wagen gebaut, die nicht auseinanderfallen, und ich werde deshalb wieder einen amerikanischen kaufen.

So sollte es sein, ob es sich nun um Autos oder um Krawatten handelt. Wenn man ungarische Krawatten kaufen kann, die ebenso gut sind wie Hermes-Krawatten, aber billiger, wäre es zu empfehlen, nach dem gleichen Prinzip zu verfahren, ohne daraus den Ungarn einen Vorwurf zu machen.

Worauf es mir ankommt, ist, daß wir den Merkantilismus überwinden müssen. Wir brauchen eine Übereinkunft auf dem G-7-Gipfel im Juli dieses Jahres in Tokio in bezug auf die Uruguay-Runde. In Washington ist man in dieser Hinsicht im Augenblick recht optimistisch. Die Amerikaner glauben, daß es der Europäischen Gemeinschaft zum ersten Mal ernst sei - während die Europäer natürlich davon reden, es sei erstmals den Amerikanern ernst. Das mag sein, wie es will, fest steht jedenfalls, daß wir die Uruguay-Runde im Juli vom Tisch haben müssen, um uns dem eigentlichen wichtigen Problem zuzuwenden: eine Wirtschaftsstruktur nach dem Ende des kalten Krieges zu schaffen, was auf eine G 9 hinausläuft. Sie sollte Russen und Chinesen einschließen und ein Weltsystem errichten, das dem letzten Teil des 20. Jahrhunderts gerecht wird. Dabei müssen wir unseren Völkern beibringen, daß die alte merkantilistische Ideologie über Bord geworfen werden muß. Das wird unglaublich schwierig sein.

Es geht nicht an, daß jeder alles produzieren und subventionieren kann. Vielmehr sollte jeder das tun, was er am besten kann. Michael Stürmer hat darauf hingewiesen, daß dies ein ungemein schmerzlicher Prozeß werden wird. Aber es gibt Möglichkeiten, damit fertig zu werden. Dabei ist höchst wichtig: Wenn wir jetzt nicht diese Mühen auf uns nehmen, wird der Schmerz in zehn Jahren um so größer sein, weil wir dann alle Mauern um unsere Länder und Häuser errichtet haben werden, die höher sind, als sie die Kommunisten je haben bauen können. Unsere Aufgabe heute ist es zu verhindern, daß dies geschieht.

Schlant-Bradley

Mein Fach ist die Literatur, und deshalb sehe ich die Dinge von einem anderen Blickpunkt aus. Außerdem bin ich eine glühende Bewunderin der amerikanischen "ad hoc"-Einstellung. Vielleicht ist das; der Grund, wenn ich in einem Gespräch wie diesem, besonders wenn es um die Rolle, die Macht und die Grenzen von Institutionen geht, ein Verlangen nach Perfektion feststelle, das den Amerikanern meiner Meinung nach fehlt. Ich habe nichts gegen die Perfektion oder auch den Perfektionismus, aber man braucht nicht unbedingt immer ein perfektes System, das für alle Zeiten zu funktionieren verspricht, um positive Ergebnisse zu erzielen.

Ich möchte kurz zwei Punkte erwähnen: Alle Probleme, die wir hier diskutieren, haben mehr mit einem Heute, das in Begriffen von gestern besprochen wird, zu tun, als mit den Problemen, die auf uns zukommen. Ich will damit sagen, daß wir Probleme, wie zum Beispiel die der NATO oder irgendeiner anderen Institution, mit Denkweisen angehen, die sich während der letzten 40 bis 45 Jahre, das heißt vornehmlich während des kalten Krieges, als zweckdienlich erwiesen haben.

Es scheint mir aber, gerade angesichts des Zerfalls Osteuropas und seiner Wirkung auf den Westen, daß eine Zukunft auf uns wartet, von der ich hier noch nichts gehört habe. Diese Zukunft betrifft nicht nur Osteuropa und Rußland, beziehungsweise die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, sondern dazu gehören unter anderem auch China und der Iran. Genau das ist es, worauf sich Westeuropa oder auch ganz Europa vorbereiten müßten; denn von dort kommen die eigentlichen Probleme auf uns zu.

Der zweite Punkt, den ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte, hat, äußerst vereinfacht ausgedrückt, mit den Problemen der ethnischen Gegensätze zu tun. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die westeuropäische Integration nicht zuletzt von dem Bestreben Westdeutschlands gefördert, sich in einer größeren Gemeinschaft zu integrieren. Das, was dabei herausgekommen ist, ist in der Tat beachtlich; es funktioniert und hat einen sehr hohen Lebensstandard für alle Beteiligten mit sich gebracht. Dagegen sehe ich kein ähnlich geartetes Verlangen, die osteuropäischen Länder und Völker gleichermaßen einzubeziehen. Es fehlt an einem wirklichen Interesse, dies zustande zu bringen. Deshalb reden wir lieber über Wirtschaftsfragen und dergleichen vernünftige Dinge, die man unternehmen könnte; aber es fehlt der innere Antrieb in Richtung Osteuropa.

Dennoch ist es meine tiefe Überzeugung - und ich hoffe, Sie gestatten mir, eher von Überzeugungen als nur von Tatsachen zu sprechen;- , daß Westeuropa keine andere Wahl hat, als Osteuropa einzugliedern. Ich glaube nicht, daß man auf die Dauer ethnische Mauern errichten und beibehalten kann oder daß man die eurozentrische Einstellung nur einfach etwas weiter nach Osten ausdehnt, um dann weiterhin in Begriffen eines eurozentrischen Weltbildes zu denken.

In der Literatur arbeiten wir mit dem kulturellen Pluralismus und sprechen von "dem anderen". In den Diskussionen hier laufen unterschwellig Voraussetzungen mit, über die man sich keine Rechenschaft gibt. Es ist nämlich "der andere", der die Kriterien liefert, die letzten Endes bestimmen, wie wir ein Problem sehen. Dazu gehört beispielsweise die Frage, wie weit Osteuropa reichen sollte, wo es beginnt und so weiter.

Es besteht kein Zweifel, daß es langfristig gesehen darauf ankommt, einen größeren Zusammenhang anzustreben, der mehr als nur Osteuropa umfaßt. Gemessen an diesem größeren Zusammenhang stellen die Probleme, die sich aus der Integration von West- und Osteuropa ergeben, nur ein Vorspiel dar. Diese Schwierigkeiten könnten wichtige Impulse auslösen im Hinblick auf ein Ziel und ein Ideal, für das einzustehen sich lohnen würde. Ob dies zunächst durch Erziehung geschieht und erst später auf dem Wege der Wirtschaft oder ob die nach westlichen Maßstäben geführten Wirtschaftssysteme ihre Abhängigkeit von den multikulturellen und ethnischen Bestrebungen erkennen, all das muß herausgefunden werden.

Tugendhat

Ich möchte zunächst ein Bild beschwören: Londons ganzer Stolz in dieser Jahreszeit ist die Glyzinienblüte. Überall sieht man diese herrlichen Bäume, mit Blüten übersät, mit Stämmen, dick wie der Körper eines Menschen, mit den knorrigen Wurzeln und überhaupt allen Anzeichen des Dauerhaften. Würde man aber die Mauer entfernen, gegen die sich die Glyzinie lehnt, bricht der Baum in sich zusammen. Und das geschieht nicht nur, weil die Mauer eingerissen worden ist, sondern weil die Glyzinie falsch konzipiert ist.

Ich denke, unsere Situation, wenn wir uns den Zerfall des Westens vorstellen, verhält sich irgendwie analog zu diesem Bild. Der Zusammenbruch des Kommunismus und der Niedergang der Sozialdemokratie im Westen stellt uns anscheinend vor ganz neue Probleme. Aber unser eigenes Modell weist einen Konstruktionsfehler auf. In diesem Zusammenhang stimme ich Herrn Jochimsen völlig zu in dem, was er über die Strukturkrise der Wirtschaft sagte.

Ich denke dabei jetzt vor allem an Westeuropa, werde mich aber am Schluß auch noch zu den Vereinigten Staaten äußern.

Kennzeichen einer Strukturkrise zeigen sich etwa im Verlust von Arbeitsplätzen, nachlassender Konkurrenzfähigkeit, in der Unmöglichkeit, den Wohlfahrtsstaat noch weiter zu finanzieren.

Diese Anzeichen sind im Grunde genommen allen unseren Ländern gemeinsam. Es gibt aber noch tiefer liegende Gründe, die schwer einsehbar sind für jemanden, der in den gegenwärtigen kapitalistischen Prozeß voll eingebunden ist. Ich meine, daß eine unserer Theorien, der wir unseren wirtschaftlichen Aufschwung in den letzten Jahren wesentlich zu verdanken haben, jetzt selbst einen kritischen Punkt erreicht hat.

Ich denke dabei an jene Tendenz zur Deregulierung, die verschiedene Formen angenommen hat. Die eine besteht darin, Handelsschranken abzubauen; eine andere im Öffnen der Finanzmärkte, im Bekämpfen von Kartellen, in der Aufhebung jener "angestammten" Gebiete - das heißt, die Banken durften nur auf einem bestimmten Gebiet tätig werden, die Versicherungsgesellschaften auf einem anderen und so weiter.

Der Grundgedanke, mit dem ich völlig übereinstimme, war, daß all diese Bestrebungen im Ergebnis dazu führen sollten, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu sein, die Preise niedrig zu halten und den Konsumenten mehr für ihr Geld zu bieten. Das ist auch alles eingetreten. Aber wie wir das aus der Medizin kennen, zeigen sich bei der Einführung neuer Mittel mitunter unbeabsichtigte Nebenwirkungen. Eben dies gilt auch für die Wirtschaftspolitik, die wir verfolgt haben. Die neuen Herausforderungen, denen sich Unternehmen gegenübersehen, die bisher auf mehr oder weniger geschlossenen Märkten tätig waren, die neuen Möglichkeiten, die sich diesen Firmen bieten, wenn sie versuchen, neue Märkte zu erschließen, haben im Ergebnis dazu geführt, die Kosten bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu reduzieren, und zwar durch die Einführung neuer Technologien.

Unter diesen Umständen sind nicht nur mittelständische Unternehmen zugrunde gegangen, wie vorhin erwähnt wurde, die: es allerdings vor allem betroffen hat. In Großbritannien zum Beispiel haben sogar

Firmen wie die National Westminster Bank und Barclays Bank, Unternehmen, die früher Lebensstellungen anboten - ähnlich dem öffentlichen Dienst -Jetzt jeweils 5.000 Leute jährlich entlassen. Andere Finanzinstitute haben in gleicher Größenordnung entlassen. Das heißt, es trifft eben nicht nur die mittelständischen Betriebe.

Natürlich sind nicht nur neue Technologien eingesetzt worden, sondern es gab auch Investitionen im Ausland mit der klaren Zielsetzung, die Profite zu halten. Auf diese Weise ist aber der Zusammenhang zwischen Gewinn und Wohlstand innerhalb einer Gesellschaft, wenn auch nicht völlig gestört, so doch bedenklich unter Druck geraten. Die Gewinne der einzelnen Wirtschaftszweige und der Wohlstand der Gesamtgesellschaft gehen nicht mehr Hand in Hand.

Als Folge dieser Entwicklung hat sich gleichzeitig eine außerordentliche Verunsicherung in unserer Gesellschaft eingestellt. Früher war es für die Arbeiter durchaus normal, daß sie von Zeit zu Zeit arbeitslos wurden. Das wußten sie und nahmen es als gegeben hin. Heute dagegen sehen sich die gebildeten Schichten dergleichen Problematik gegenüber wie Stahlarbeiter, Bergleute, Arbeiter in der Autoindustrie und andere. Früher haben die Leute nach Ausbildung gestrebt, um aus diesem Kreis periodischer Beschäftigungslosigkeit auszubrechen. Wenn sich dagegen jetzt die gebildeten Schichten selbst in einer Krise befinden, wenn sie erkennen müssen, daß sie nicht mehr gebraucht werden, daß ihr Können nicht mehr gefragt ist, dann geraten wir in eine höchst bedenkliche politische Lage. Das haben wir bei den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und ähnlich in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg beobachten können.

Begreiflicherweise wendet sich in solchen Situationen das Interesse der Gesellschaften nach innen, sie wird demzufolge sehr selbstüchtig. Dies beeinflußt natürlich auch die Einstellung zu Handelsverträgen und zur Einwanderung. Deshalb kommt der Wiedergewinnung wirtschaftlicher Dynamik erste Priorität zu, um das Vertrauen innerhalb der Gesellschaft wiederherzustellen. Ich habe auch keine Lösung für dieses Problem; wenn wir uns aber mit der Frage des Verfalls beschäftigen, möchte ich zumindest einen der Hauptfaktoren für diesen Verfall beim Namen nennen.

Herr Richter hat vorhin völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß sich die Vereinigten Staaten wirtschaftlich soviel besser anpassen würden als wir in Europa. Dennoch muß ich an einige Dinge erinnern, die Bill Bradley erwähnt hat, wenn es um die Diskussionen in Europa um ethnische Konflikte geht. In Los Angeles liefern sich Afroamerikaner Schlägereien mit Korea-Amerikanern; in New York prügeln sich Afro-Amerikaner mit amerikanischen Juden; in den Innenstädten der Vereinigten Staaten gibt es ethnische Auseinandersetzungen mit hohem Gewaltpegel. Wenn man all das in Betracht zieht, kommt man notgedrungen zu dem Schluß, daß eine Konsequenz jener großartigen wirtschaftlichen Anpassungsfähigkeit der USA eben jene außerordentlichen Spannungen sind, die oftmals wenn nicht ethnische, so doch rassistische Demonstrationen bewirken, die wir in Europa nur schwer begreifen können. Das Beispiel der Vereinigten Staaten führt uns deutlich vor Augen, wie schwierig es ist, auch nur einige der Ziele zu erreichen, die wir anstreben. So gibt es kein Modell, dem wir einfach nacheifern könnten.

Ich stimme Bill Bradley zu, daß Menschenrechte in Übereinstimmung mit wirtschaftlichem Liberalismus die Grundlage für jenes Programm sein sollten, das wir anstreben. So sehen wir uns der Aufgabe gegenüber, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme dahingehend zu entwickeln, daß aus diesen Prüfsteinen unsere Leitlinien werden können.

Ischinger

Wenn ich es richtig sehe, haben wir es mit einer dreifachen Krise zu tun: erstens einer Wirtschaftskrise; zweitens einer Vereinigungskrise, die ja nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa, insbesondere die europäischen Institutionen erfaßt hat; und drittens der Balkan- oder Jugoslawien-Krise, die die Stabilität in Europa heute wohl am stärksten gefährdet. Diese Krisen rechtfertigen indes keine Katastrophenszenarios.

Was die Vereinigungskrise angeht, so ist sicher richtig, daß die bestehenden Institutionen darauf nicht vorbereitet waren, was jedoch nicht die Schlußfolgerung erlaubt, wir müßten sie deshalb aufgeben und nach neuen Institutionen Ausschau halten. Die Antwort muß vielmehr lauten, unsere Institutionen den neuen Gegebenheiten anzupassen. Von daher wäre es beispielsweise die Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft, ihren Stabilitätsraum, der ja über die ökonomische Zwecksetzung weit hinausgeht, Schritt für Schritt nach Osten auszudehnen, auch wenn wir heute noch nicht so genau sagen können, wo dieses Europa im Osten aufhört. Diese Schritte sind sowohl wirtschaftlich wie politisch, vor allem sicherheitspolitisch, zu verstehen.

Hinsichtlich der sicherheitspolitischen Optionen stimme ich Herrn Stürmer zu, daß es zur Zeit nicht darum gehen kann, die NATO für unsere osteuropäischen Nachbarn zu öffnen, zumal ich deren militärische Lage nicht für so gefährdet halte, wie mitunter der Eindruck erweckt wird. Ich vermag jedenfalls nicht zu erkennen, daß die Sicherheit, sagen wir, Polens heute mehr bedroht ist als beispielsweise diejenige Finnlands. Die atlantische Allianz hat es in der Vergangenheit immer verstanden, durch gewisse Gesten dafür zu sorgen, daß bestimmte Länder und Regionen in ihren Schutz einbezogen waren, ohne daß über eine formelle Mitgliedschaft gesprochen wurde und damit möglicherweise eine Verschärfung der Situation eintreten konnte. Wir sollten also unter allen Umständen darauf achten, daß die Ausdehnung Europas nach Osten nicht neue Gräben aufreißt.

Natürlich ist der NATO-Kooperationsrat in seiner jetzigen Form für unsere osteuropäischen Nachbarn keine zufriedenstellende Lösung, zumal darin Länder vertreten sind, die nicht zu Europa gehören. Ein ähnliches Problem zeigt sich im übrigen bei der KSZE. Das heißt, es kommt darauf an, die bestehenden Institutionen weiterzuentwickeln.

Aus deutscher Sicht möchte ich anmerken, daß es in unserem spezifischen Interesse ist, auch den Artikel 5 der Nordatlantischen Allianz unverändert zu lassen. Deutschland braucht weiterhin eine glaubwürdige Nukleargarantie, um in dieser Hinsicht jeder möglichen Kritik vorzubeugen.

Noch ein Wort zur Jugoslawien-Krise, die die Glaubwürdigkeit der europäischen Politik auf das tiefste berührt. Ich hoffe, daß Jugoslawien ein Sonderfall bleibt und keinen Auftakt zu weiteren, womöglich schlimmeren Krisen dieser Art darstellt. Ob die deutsche Politik an dieser Entwicklung schuld ist, wie hier anklagt, wage ich doch sehr zu bezweifeln. Wichtig ist, daß die serbische Seite lange Zeit glauben konnte, im Westen wie im Osten genügend Freunde zu haben.

Die amerikanisch-europäische Abstimmung in der Jugoslawien-Politik funktioniert im übrigen besser, als es mitunter den Anschein hat. Hier wird ernsthaft versucht, eine gemeinsame Politik zu entwerfen, wenn man dabei auch nicht immer geschickt vorgegangen ist.

Hoge Jr

Sir Michael Quinlan zeichnete ein Bild des "Westens", in dem die entstehenden Vereinigten Staaten von Europa die ausgeprägte Tendenz haben, sich von den Vereinigten Staaten von Amerika zu distanzieren. Eine solche Tendenz zur Distanzierung gibt es unterschwellig sicher auch in den USA. Eine unserer Herausforderungen ist deshalb, die amerikanisch-europäischen Beziehungen so zu handhaben, daß diese Tendenz auf beiden Seiten nicht zu stark wird.

Ich möchte einige Faktoren erwähnen, die man im Kopf haben sollte, wenn man von einem vermeintlich statischen "Westen" spricht, der sich einem in Auflösung begriffenen "Osten" gegenüber sieht.

Das erste ist: Das Ende des kalten Krieges läßt uns den Blick nach innen wenden, um mit unseren ungelösten eigenen Problemen fertig zu werden. Bis zu einem gewissen Grade ist das eine recht gesunde Entwicklung. Wird die Wendung nach innen übertrieben, kann es zu einer Verkrampfung der globalen amerikanischen Führungsrolle kommen, die mit ernststen sozialen und wirtschaftlichen Problemen einhergeht. Diese Probleme und ihre möglichen Lösungen werden weithin diskutiert. Sie machen es für einen politischen Führer schwierig, klare Richtlinien zu setzen und eine starke Führungsposition aufzubauen. Was die sozialen Probleme Amerikas angeht, so wird deren Lösung geraume Zeit in Anspruch nehmen, unabhängig davon, wie wirksam sich privatwirtschaftliche oder staatliche Hilfsprogramme erweisen mögen.

Zweitens ist gegenwärtig viel die Rede davon, daß Europa mit Einwanderungsproblemen nie gekanntem Ausmaßes konfrontiert ist. Weniger bekannt ist, daß sich die Vereinigten Staaten derzeit der größten Einwanderungswelle ihrer Geschichte gegenübersehen. Diese Flut, die voraussichtlich erst in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts abklingt, wird uns eine grundlegend veränderte Demographie bescheren. Denn diese Einwanderungswelle, die aus allen Himmelsrichtungen hereinströmt, überflutet uns mit einer ethnischen, rassischen und sprachlichen Vielfalt, wie wir sie nie zuvor erlebt haben.

Diese Einwanderungswelle wird den kulturellen Hauptstrom Amerikas verändern, während sie wiederum von der amerikanischen Kultur zunehmend integriert wird. Dieser Prozeß wird einige Zeit in Anspruch nehmen. In der Zwischenzeit wird es Amerika davon abhalten, in der Welt jene eindeutige Führungsrolle zu spielen, wie dies in den fünfziger und sechziger Jahren der Fall war.

Ein anderer Konkurrent, auf den wir uns konzentrieren müssen, betrifft unsere Hemisphäre. Amerika hat im Laufe seiner Geschichte meist nur sehr sporadisch in sowohl feindlicher als auch in

freundschaftlicher Beziehung zu seinen engeren Nachbarn gestanden. Das könnte sich grundlegend ändern. NAFTA bedeutet eben nicht nur, daß wir im Inneren einige wirtschaftliche und soziale Probleme in Angriff nehmen. Es macht auch deutlich, daß unsere Hemisphäre einen bestimmten Entwicklungsstandard erreicht hat. Auch ohne NAFTA ist beispielsweise Lateinamerika der am schnellsten wachsende Markt für US-Exporte.

Nebenbei bemerkt wird NAFTA, auf lange Sicht, was die Immigrationsprobleme und die günstigeren Wirtschaftsbedingungen bei unseren Nachbarn angeht, eine erhebliche psychologische Wirkung auf die gesamte Hemisphäre haben. Amerika wird wahrscheinlich die lateinamerikanischen Länder stärker unterstützen, indem wir ihnen Handelserleichterungen einräumen, so wie wir es während der Zeit des kalten Krieges gegenüber Ländern in Europa und in Asien getan haben.

In Asien nehmen wir in bezug auf die Handelsbeziehungen eine harte Haltung gegenüber Japan ein. Ich denke nicht, daß dies nur für die jetzige Regierung gilt. Wenn Präsident Clinton sagt, wir seien weniger bereit, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Japan unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß dieses Land für Amerika einen Sicherheitsfaktor darstellt, dann bringt er damit ein Gefühl zum Ausdruck, das unter Amerikanern weitverbreitet ist. Ob das nun eine mehr oder weniger vernünftige und gesunde Beziehung sein wird, auf jeden Fall muß man sich damit auseinandersetzen. So wird es uns auch mit der übrigen wirtschaftlichen Konkurrenz und den Möglichkeiten gehen, die in Asien entstehen.

Hinzu kommt, daß wir in Asien unsere wichtigsten Sicherheitsbelange für die Zukunft sehen. Dort findet nämlich gegenwärtig die weltweit stärkste Aufrüstung statt. Nuklearinteressen und territoriale Ansprüche werden in ost- und südasiatischen Ländern um so stärker werden, je mehr der wirtschaftliche Wohlstand dort steigt. Letztlich bieten uns Ostasien und Lateinamerika die vielversprechendsten Märkte.

Wenn wir unseren Blick auf Europa richten, was nehmen einige Amerikaner dort wahr? Wir sehen da mehr Probleme und geringere Zukunftsaussichten. Die Europäische Gemeinschaft tut sich auf dem Weg zur Europäischen Union äußerst schwer, wenn sie nicht gar stagniert. Wir haben das Gefühl, daß unsere "special relationship" zu Großbritannien jetzt und in Zukunft viel weniger wiegt als während des kalten Krieges. Deutschland wird - aus verständlichen Gründen - noch für geraume Zeit mit sich selbst beschäftigt sein und ist für uns kein so hervorstechender Partner, wie wir das erwartet hatten. Und Frankreich ist, wenngleich ein verlässlicher Verbündeter, immer auch ein äußerst empfindlicher. Die südeuropäischen Nationen ihrerseits haben große wirtschaftliche und politische Probleme. Und wenn wir nach Osten blicken, sehen wir ethnische Probleme, von denen George Bush meinte: Damit solltet Ihr umgehen; davon versteht Ihr mehr als wir.

Wir sind des weiteren der Meinung, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Osteuropas im wesentlichen eine europäische Aufgabe ist, und wir sind etwas betroffen darüber, daß Sie Ihre Zollgrenzen gerade gegen Waren aufrichten, die man Ihnen verkaufen könnte.

Wenn wir den Blick nach Osten richten, dann sind wir geradezu fixiert auf Rußland, das in der Außenpolitik der USA die erste Priorität einnimmt, und wer immer die Nummer zwei sein mag, rangiert weit dahinter. Ich denke, der Hauptgrund dafür liegt darin, daß ein stabiles und politisch vernünftiges Rußland für uns wesentlich wichtiger ist als irgendein anderes Land in Europa oder Asien.

Noch eine kurze Bemerkung zum Thema "Institutionen". Ich pflichte denen bei, die meinen, die Zeit sei nicht gerade günstig, um neue Institutionen zu schaffen, zumal die USA in dieser Hinsicht ohnehin keine große Neigung verspüren. Wir sollten lieber die bestehenden - G 7, UNO, NATO - modifizieren. Sie sind uns vertraut, und uns fehlen die Mittel und der politische Wille, neue Institutionen ins Leben zu rufen. Offen gesagt sehen wir da auch eine Möglichkeit zur besseren Lastenverteilung, während wir unsere Führungsposition, wenn auch leicht rückläufig, behaupten. Das dürfte mit den bestehenden Institutionen leichter fallen, als wenn jetzt ganz neue geschaffen würden.

Wir stellen solche Überlegungen deshalb an, weil wir gegenwärtig keineswegs eine stabile Allianz sind, weder auf kulturellem Gebiet noch von der inneren Einstellung her. Wenn sich die Dinge so weiter entwickeln, könnte sich in den USA der Eindruck verstärken, der ein eher distanzierendes und auch weniger freundschaftliches Verhältnis gegenüber Europa ausdrückt, als dies in den vergangenen fünfzig Jahren der Fall gewesen ist.

McArdle Kelleher

Die neue Definition des "Westens", so sehe ich es jedenfalls, beschreibt den Westen vor allem als Erste Welt im Vergleich zur Dritten Welt. Dabei geht es um Anliegen, die mit liberaler und industrieller Demokratie zu tun haben, also um solche der reichen Länder im Gegensatz zu denen, die sich

zumindest selbst als Habenichtse bezeichnen. Fragen der Handelsliberalisierung werfen genau dieselben Probleme auf, und wenn wir dies nicht beachten, werden uns die Fragen, die mit der Non-proliferation, zusammenhängen, sehr schnell dazu bringen.

Ich möchte unterstreichen, was Herr Jochimsen und Sir Christopher über die Strukturkrise gesagt haben. Ich befürchte, wir alle haben uns von der Sehnsucht nach der "goldenen" Vergangenheit blenden lassen in der Annahme, daß solche Strukturfragen besonders im Bereich der Innenpolitik früher weitaus besser bewältigt wurden. Dazu möchte ich bemerken, daß wir uns seit beinahe zwanzig Jahren in einer Strukturkrise befinden. Ich bin auch keineswegs so optimistisch wie Herr Richter, daß die Vereinigten Staaten die richtige Antwort daraufgefunden haben. Vielmehr sehen wir uns alle einer Situation gegenüber, in der wir unserer Bevölkerung erklären müssen ohne genau zu wissen, wie;- , daß sie nicht nur keine dauerhaften Arbeitsplätze erwarten kann, sondern daß eine ganze Anzahl Menschen überhaupt keine Arbeit finden werden, zumindest so lange nicht, wie wir unsere Wirtschaften nicht grundlegend anders organisieren. Was wir mit all den Mitbürgern anfangen wollen, die keine Arbeit haben, halte ich für eine der großen Herausforderungen für unsere Demokratien.

Zum Thema Institutionen möchte ich nur eine unbequeme Frage stellen. Das Problem der zwei Pfeiler - sie werden sich noch an Kennedys Zeiten erinnern - bestand immer schon darin, wie man zwei solide Pfeiler baut, die dann ein Dach tragen, unter dem gemeinsames oder kooperatives Handeln möglich ist. Meine Befürchtung ist, daß eine zu starke Betonung der beiden Pfeiler eine Schwächung der Mitte zur Folge haben wird, statt zu einer größeren Ausgewogenheit zu führen, von der ich hoffe, daß auch Sie sie unterstützen.

The Lord Dahrendorf

Die Welt, in der wir leben, ist zweifellos voller Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. In einer solchen Situation besteht eine große Versuchung, nach falschen Sicherheiten Ausschau zu halten. Das erleben wir jetzt überall.

Frau Schlant-Bradleys Ausführungen sagen mir sehr zu, und ich bin sicher, die Osteuropäer, mit denen ich in den letzten Tagen zusammen war, dürften ihre eigenen Erfahrungen darin eher bestätigt finden als in manchen anderen Äußerungen, die wir hier gehört haben. Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und andere verlieren nämlich allmählich die Geduld mit dieser Unterscheidung zwischen dem Osten und dem Westen, wenn es dabei um die geographische Trennung geht. Ich habe keine Mühe, den Westen nicht geographisch zu definieren, nämlich mit Wertbegriffen. Sobald man aber die geographische Definition festschreibt, legen wir einem Begriff bereits eine falsche Sicherheit zu, die ihm zur Zeit überhaupt nicht zukommt. Wir sollten nicht so tun, als könnten wir die alten Grenzen aus der Zeit des kalten Krieges dazu verwenden, neue und sinnvolle Konzepte zu schaffen.

Die Unterschiede zwischen dem östlichen und dem westlichen Mitteleuropa sind gewaltig. Es wurde behauptet, wir hätten bisher keine Erfahrung mit der Senkung des Realeinkommens, und ich frage mich, wie man dazu kommt. Offenbar wissen diejenigen, die so reden, nicht, was in den letzten zwei Jahrzehnten in den USA vor sich gegangen ist und auch nicht, was in Großbritannien in den letzten sechs, acht Jahren stattgefunden hat -in anderen Ländern verhält es sich vermutlich ebenso. Einige Länder kommen mit der Senkung des Lebensstandards schwerer zurecht als andere. Das heißt, wir machen ganz unterschiedliche Erfahrungen, und das gilt in gleicherweise für unsere Nachbarn in Ost-Mitteleuropa.

Zudem habe ich den Eindruck, daß sich überall ein bedenkliches Stammesdenken verbreitet, und zwar in nahezu der ganzen OECD-Welt. Das heißt, man klammert sich an homogene Gruppen, weil andere Orientierungsmöglichkeiten in unserer Welt fehlen. Dazu könnte man zahllose Beispiele anführen. An diesem Tisch sitzen genügend Leute, die uns lebhaft Schilderungen geben könnten, wie sehr dieses Stammesdenken auch in den westeuropäischen Ländern um sich greift, etwa in Spanien, Belgien, genaugenommen überall, sobald man etwas schärfer hinsieht.

Ich selbst bin sehr skeptisch, wenn die Rede auf diesen hübschen Terminus eines "Europa der Regionen" kommt; denn ich werde den leisen Verdacht nicht los, daß viele von denen, die diesen Begriff jetzt mit wachsender Begeisterung verwenden, am Ende zwar mit den Regionen, aber ohne Europa dastehen werden. Sie konzentrieren sich auf eine Richtung, weil es ihnen schwerfällt, in zwei Richtungen gleichzeitig zu blicken.

Herr Hoge hat dankenswerterweise einen Punkt angesprochen, der die fehlende innere Einheit Amerikas betrifft. Die Frage ist, ob Amerika immer noch das Modell für eine Gesellschaft mit heterogenen ethnischen, kulturellen, religiösen und anderen Gruppen ist, die unter einer

gemeinsamen Verfassung leben und sich als Bürger ein und desselben Landes fühlen, oder ob es auch dort Probleme gibt.

Zu den falschen Sicherheiten zähle ich auch die Schaffung von neuen Feindbildern, die eng mit dem Stammesdenken verknüpft sind. In diesem Zusammenhang ist die Frage des Islam von immenser Bedeutung. Der wichtigste und auf lange Sicht bleibende Effekt des Bosnienkrieges dürfte wohl der sein, daß die islamische Welt davon überzeugt ist, wären die bosnischen Moslems Katholiken, hätte Europa eingegriffen. Da es dort aber um Muslime geht, schaut Europa tatenlos zu. Darin meinen sie die Grundeinstellung Europas, wenn nicht des Westens überhaupt, ihnen gegenüber auszumachen. Ich halte es jedenfalls für äußerst gefährlich, wenn auf diese Weise neue Feindbilder geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang erscheint auch die Deutschlandfrage schwierig und heikel, die sich nicht leicht erörtern läßt, ohne daß man ins Fettnäpfchen tritt. Ich sehe jedoch die gefährliche Tendenz, daß man in einigen Teilen Europas annimmt, Deutschland werde eine eigenartige Rolle - halb als Gegner und halb als Verbündeter - spielen.

Für mich gehört der Begriff eines europäischen "Superstaates", der - in Anlehnung an den klassischen Nationalstaat - zu einer Supermacht auf der Weltbühne wird, ebenfalls zu jenen falschen Sicherheiten. Zudem ist dies eine riskante falsche Sicherheitsvorstellung, die verschiedene Implikationen haben kann, welche uns teuer zu stehen kommen könnten. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir die europäische Einheit auf eine Weise verstehen, die der Einmaligkeit dieses besonderen Gebildes gerecht wird und die nicht mit den traditionellen Nationalstaaten, schon gar nicht mit irgendeiner Supermacht verglichen werden kann.

Schließlich gehöre ich zu jenen, die äußerst betroffen sind, wenn die Menschen zu schnell davon reden, daß die Welt in drei Blöcke zerfällt, die "neue" Welt mit anderen Worten aus drei großen Machtzentren bestehen werde. Zum einen ist die Drei eine Unglückszahl, weil sie eine Koalition von zwei Mächten gegen eine impliziert. Darüber wird ja unter Politikern und Wirtschaftsexperten viel geredet. Ich füge hinzu: Eine Welt der Blöcke ist nicht von vornherein eine friedliche Welt; ganz sicher aber ist es keine, in der ich besonders gern leben möchte.

Die große Gefahr, in die wir angesichts der Unsicherheiten der Zeit nach dem kalten Kriege hineingeraten, sehe ich also in jenen falschen Sicherheiten, die unsere offene politische Landschaft verdrängen könnten. Das ist für mich der Ausgangspunkt meiner eigenen Überlegungen über Multikulturalismus und liberale Gesellschaften.

Poettering

Ich meine, wir sollten zunächst froh darüber sein, daß wir heute im Jahr 1993 und nicht im Jahr 1983 leben; denn damals war ein Ende des Kommunismus noch in keiner Weise absehbar. Herr Smyser hat recht, so angenehm ist es während des kalten Krieges nicht gewesen, und die viel beschworene Stabilität wurde mit dem Fehlen der Freiheit in Osteuropa teuer bezahlt, jedenfalls für die Menschen, die unter dem Kommunismus leben mußten.

Was Deutschland angeht, ist die Vereinigung sicher eine Jahrhundertaufgabe und stellt uns vor gewaltige Probleme. Aber wenn wir nach Frankreich, nach Großbritannien oder nach Italien schauen, dann dürften die Probleme dort nicht viel kleiner sein.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf die historische Leistung der Bundesregierung, insbesondere von Kanzler Kohl verweisen, wie sie die Vereinigung herbeigeführt hat. Der Beitritt Ostdeutschlands nach Artikel 23 unseres Grundgesetzes hatte automatisch zur Folge, daß Deutschland als ganzes Mitglied der NATO und der Europäischen Gemeinschaft wurde und alle internationalen Verpflichtungen beibehielt.

Wäre man den anderen Weg nach Artikel 146 gegangen, hätte es zunächst einer - möglicherweise jahrelangen -Verfassungsdiskussion bedurft, und Deutschland wäre unter Umständen zu einem Spielball zwischen West und Ost geworden. Die Bundesregierung hat damals in harten Auseinandersetzungen die Sowjetunion davon überzeugt, daß für sie die Einheit Deutschlands um den Preis, das NATO-Bündnis aufzugeben, nicht denkbar war. Das sollte keiner unserer Freunde, die heute gelegentlich an unserer NATO-Treue zweifeln, vergessen.

Was ist das Ziel der europäischen Einigung? Ich stimme Sir Ralf zu, daß wir keinen europäischen Superstaat brauchen. Ich sage aber mit allem Nachdruck - auch gegenüber unseren britischen Freunden;- , daß dieses Europa integrationsfähig sein muß und nicht nur auf Prinzipien der interessenmäßigen Kooperation, also auf intergouvernementaler Zusammenarbeit der Staaten

beruhen kann. Letzteres würde sehr rasch wieder zu Bündnissystemen, wie wir sie aus früheren Jahrhunderten kennen, führen und die alten Konflikte erneut heraufbeschwören.

Die Integration Europas bedeutet aber zugleich die Anerkennung verschiedener Identitäten: auf der lokalen, regionalen, nationalen und übernationalen Ebene. Europäische Einigungspolitik heißt in allererster Linie auch, daß wir mögliche Konflikte zwischen den europäischen Ländern politisch austragen, so wie es im europäischen Recht verankert ist. Insofern müssen wir die europäische Gesetzgebung, die im Kern Friedenspolitik ist, demokratisch weiterentwickeln. In der Tat dürfen in diesem Prozeß nicht nur die Bürokraten das Sagen haben, sondern hier fällt dem Europäischen Parlament eine besondere Rolle zu.

Maastricht muß zweifellos weitergeführt und verbessert werden. Das wird nicht zuletzt das Ziel der nächsten Regierungskonferenz, spätestens 1996, sein. Wäre Maastricht jetzt gescheitert, hätte die große Gefahr eines nationalstaatlichen Rückfalles bestanden. Eine solche Renationalisierung muß unter allen Umständen verhindert werden; denn die wichtigsten Fragen der Außen-, Wirtschafts- und Währungspolitik sind ohne die Europäische Gemeinschaft gar nicht zu lösen.

Wer soll zur Europäischen Gemeinschaft, zur Europäischen Union gehören? Ich gehe von einem pluralen Europa aus, in dem die unterschiedlichsten politischen Identitäten und auch Glaubensbekenntnisse ihren Platz haben. Hinsichtlich der geographischen Ausdehnung könnte ich mir vorstellen, daß der Europäischen Union eines Tages auch die Staaten Nordeuropas, des Baltikums sowie Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, vielleicht Slowenien und Kroatien angehören. Den Zeitraum, in dem dies geschieht, will ich einmal offenlassen.

Hier wurde verschiedentlich zu Recht gesagt, wir brauchten keine neuen Institutionen, sondern müßten die bestehenden weiterentwickeln. Natürlich muß sich die NATO verändern und beispielsweise der Entwicklung der Europäischen Union Rechnung tragen. Mir leuchtet jedenfalls nicht ein - auch wenn Frau Neville-Jones dem widersprechen mag; -, daß diese Europäische Union Verträge mit Rußland, der Ukraine, mit China und allen möglichen anderen Ländern abschließt, aber mit unserem engsten Partner, den Vereinigten Staaten von Amerika, das nicht möglich sein soll. Ich plädiere für einen solchen Vertrag. Uns geht es doch nicht um eine Konkurrenz zu Amerika. Aber ich sehe in der Europäischen Union das einzige geeignete Mittel, um die Probleme in Europa auf friedliche Weise lösen zu können.

van Eekelen

Während unserer Diskussion mußte ich an eine Bemerkung denken, Sir Ralf, die wir am letzten Dienstag gehört haben, als jemand sagte: "Wer heutzutage nicht verwirrt ist, muß schlecht informiert sein." Ich denke, das trifft auf alle ein wenig zu.

Ich möchte mich kurz zu sechs Punkten äußern.

Erstens zur Frage: Erweiterung oder Vertiefung. Eine erweiterte Europäische Gemeinschaft wird notwendigerweise eine andere sein als jene, die wir heute haben. Darüber bestehen noch viele Mißverständnisse sowohl bei unseren Mitgliedstaaten, aber auch bei jenen, die sich um die Mitgliedschaft bewerben. Ich bedaure sehr, daß der Europäische Rat in Lissabon das Problem nicht konkreter behandelt hat. Wir müssen uns wirklich entscheiden, wie eine Gemeinschaft mit zwölf, vierzehn, fünfzehn Mitgliedern eigentlich aussehen soll. Davon haben vermutlich nur einige wenige Leute eine Vorstellung.

Uns steht ein neuer Entscheidungsfindungsprozeß bevor, bei dem es Fortschritte geben muß, wenn die EG nicht stagnieren soll. Das schließt die Frage der Mehrheitsentscheidungen ein. Es würde mir zwar nichts ausmachen, von den bisherigen zwölf Mitgliedstaaten überstimmt zu werden, auch wenn ich bei einem gewissen Vorbehalte habe. Sollte ich dagegen von einigen der neuen Kandidaten überstimmt werden, würde ich doch einen gewissen Grad politischer Reife voraussetzen, und zwar im Hinblick auf pluralistische Demokratie und Marktwirtschaft. Das muß nicht das gleiche Niveau sein wie bei den jetzigen Mitgliedern, sollte sich aber zumindest in diese Richtung hin entwickeln.

Das wiederum setzt - um es in GATT-Begriffen auszudrücken - die gleiche Art von Spielregeln voraus. Es muß daher ein Übereinkommen geben, daß der Wettbewerb wenigstens auf gleichen Fakten und Zahlen beruht. Es ist leicht zu verlangen, daß die osteuropäischen Produkte zugelassen werden sollten. Wenn aber die Produktionskosten auf eine völlig unterschiedliche Weise berechnet werden, bin ich nicht so sicher, ob wir dem ohne Einschränkungen zustimmen können. Herr Livingston hat in diesem Sinne eine Frage gestellt, und ich denke, den zukünftigen Mitgliedern sollten in der Tat bestimmte Bedingungen auferlegt werden.

Das heißt nicht, daß wir die Moslems deshalb ausschließen wollen, nur weil sie Moslems sind. Ganz im Gegenteil versuchen wir doch in Jugoslawien gerade, die Moslems dort zu schützen - wenn auch nicht eben sehr erfolgreich. Was die Türkei angeht, die natürlich auch in diesen Zusammenhang gehört, so würde ich da aus anderen Gründen unterstreichen, daß man zwar für viele Länder etwas tun soll, aber nicht unbedingt für alle das gleiche. Sie sollten also nicht so sehr auf einer Voll-Mitgliedschaft bestehen. Denn dadurch werden Probleme geschaffen, weil wir dann gezwungen sind, gewisse Länder auszuschließen. Wie sollten wir das jeweils rechtfertigen?

Mein zweiter Punkt. Die Europäische Gemeinschaft bewegt sich leider auf eine "variable Geometrie" zu, was etwas anderes ist als "zwei Geschwindigkeiten". Bei einem System der zwei Geschwindigkeiten kann der Langsamere aufholen. Was wir jedoch im Falle Großbritanniens und Dänemarks getan haben, geht bereits in die Richtung veränderter Geometrie. Das betrifft längerfristige Abkommen, Abweichungen von der allgemein gültigen Regel, der die anderen Mitgliedstaaten unterliegen. Bis zu einem gewissen Grad ist auch die WEU ein Beispiel für eine solche variable Geometrie; denn weder die Dänen noch die Iren sind Vollmitglieder, sondern haben nur Beobachterstatus. Vielleicht liegt hier ein weiterer Grund für meine Feststellung, daß man unterschiedliche Länder verschieden und nicht unbedingt alle gleich behandeln sollte.

Drittens: Eine Ausweitung der NATO ist schwierig und würde aus meiner Sicht noch schwieriger werden, wenn dies vor der Aufnahme in die EG erfolgen sollte. Diese Länder sollten erst Mitglieder in der Gemeinschaft werden, bevor wir darüber reden, inwieweit die NATO sie einbeziehen sollte, und nicht umgekehrt. In Anbetracht dessen, was mit den Finnen, den Schweden und den Österreichern geschieht, würde die NATO als Hindernis betrachtet werden, wenn wir auch den Eintritt in die Allianz zur Bedingung machten.

Wichtiger scheint mir, daß es jenen Ländern nicht in erster Linie um Sicherheitsgarantien geht. Natürlich reden Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei von Sicherheitsgarantien. Doch die Bedrohung seitens Rußlands besteht nicht mehr unmittelbar für diese Länder. Ihre direkten Nachbarn bedrohen sie vermutlich mehr, als die herkömmlichen Bedrohungen aus der Zeit des kalten Krieges. Deshalb bin ich auch hier der Meinung, wir sollten mit unserem Engagement und unseren Garantien sehr behutsam umgehen. Vielleicht sollten wir im Sinne der Realpolitik etwas mehr an unsere eigenen Interessen denken, bevor wir uns von den Anliegen anderer Länder zu sehr beeinflussen lassen.

In diesem Zusammenhang müssen wir der Ukraine mehr Aufmerksamkeit schenken, wenn auch nicht im Sinne eines Beitritts oder dergleichen. Mein Eindruck ist, daß die Problematik der Ukraine in Westeuropa vielleicht auch in den USA, unterschätzt wird. Das, was in der Ukraine geschieht, hat für die Sicherheitsinteressen Rußlands Priorität. Deshalb können wir vor diesem Problem nicht einfach die Augen schließen. Ich kann nur hoffen, daß sich die Ukraine schrittweise entwickelt. Zumindest schien dies die Ansicht einiger osteuropäischer Minister zu sein, denen wir vor kurzem begegnet sind. Wir wollen das Beste hoffen.

Viertens: Die UNO. Das Problem des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ist, daß alles, was er tut, unsagbar langsam geschieht. Kleine Schritte über einen ziemlich langen Zeitraum, sozusagen eine umgekehrte Salami-Taktik. Dabei kommt es im Falle einer ausbrechenden Krise doch gerade darauf an, schnell zu reagieren.

Natürlich bin ich keineswegs gegen die "Agenda für den Frieden". Boutros-Ghali hat seine Sache gut gemacht, aber das reicht nicht. Die Agenda erhält insofern einen neuen Akzent, als sie von vorbeugenden Maßnahmen spricht. Das ist ein interessanter Gedanke. Dies versuchen wir jetzt in Mazedonien und vielleicht im Kosovo umzusetzen. Aber dafür bedarf es noch einiges an inhaltlicher Klarstellung.

Lassen Sie mich nun zum Thema Friedenserhaltung kommen. Den Frieden auf die althergebrachte Weise erhalten zu wollen, nämlich mit Zustimmung der verfeindeten Parteien, ist in der Tat nicht mehr sehr interessant. Das hat die UNO lange Zeit so gehandhabt. Man braucht keineswegs die NATO, um den Frieden zu erhalten; denn hier handelt es sich nicht um eine eigentlich militärische Aufgabe. In diesem Punkt stimme ich Frau Neville-Jones nicht zu. Hier geht es um die Frage, was zu tun ist, wenn es keinen Frieden gibt. Dann genügt es nicht zu meinen, Eindämmung reiche aus; denn selbst dafür brauchen wir gewisse militärische Mittel.

Ich rede keineswegs einer massiven Militärintervention das Wort; aber ich bin dafür, daß wir unsere militärischen Möglichkeiten nutzen, um die Glaubwürdigkeit unserer politischen Zielsetzungen zu untermauern. Und dazu könnte ein gewisser militärischer Druck nötig sein. Die NATO ist schon in Ordnung, und ich will sie auf jeden Fall beibehalten. Aber ich bin davon überzeugt, daß die NATO

nicht mehr in der Lage ist, mit all den neuen Situationen fertig zu werden. In Zukunft werden wir uns vermehrt nach Koalitionsmöglichkeiten umsehen, nach "Ad-hoc-Koalitionen" mit jenen Ländern, die bereit und imstande sind, sich an Aktionen zu beteiligen. Solange Deutschland seine verfassungsmäßigen Probleme hat, wird dies auch in der NATO der Fall sein müssen.

Im Kuwaitkrieg entstand eine geradezu vorbildliche Koalition unter Führung der Amerikaner. Ich hatte gehofft, wir könnten in Jugoslawien etwas Ähnliches auf die Beine stellen. Es gibt Missionen, die Europa durchaus imstande ist, allein zu erfüllen. Es ist völlig falsch zu behaupten, Europa brauche dazu immer Unterstützung. Um beispielsweise das Embargo gegen den Irak durchzusetzen, hatten wir 39 Schiffe im Einsatz. Ganz ähnlich bereiten wir jetzt das Embargo auf der Donau vor. Auch in der Adria hätten wir es allein geschafft; aber die NATO wollte unbedingt mitmischen.

Lassen Sie mich noch eine Frage aufgreifen, die einige von Ihnen gestellt haben: Wer entscheidet letztlich darüber, ob die NATO oder die WEU tätig werden? Das ist indes die falsche Frage; denn im Falle einer entstehenden Krise werden sich beide Organisationen von Anfang an beraten. Die NATO verhält sich schon heute so, ob es sich um Vorfälle innerhalb oder außerhalb Europas handelt. Bei solchen Beratungen wird sich dann natürlich zeigen, ob die USA bereit sind einzugreifen oder ob sie die Sache eher in der Verantwortung der Europäer sehen, wie dies in Jugoslawien der Fall war. Es ist also nicht die Frage, daß der eine entscheidet, ob besser der andere handeln soll. Das ergibt sich aus der jeweiligen Situation mehr oder weniger von selbst.

Von daher finde ich es eigenartig, wenn hier von britischer Seite gesagt wurde, sie wäre gegen "double-hatting", weil die Engländer nach meiner Erfahrung immer schon ein pragmatisches Vorgehen befürwortet haben, nach dem Motto: Da wir nur über eine Armee verfügen, sind wir gegen die Verdoppelung. Wir wollen daher gleiche Truppen, gleiche Vorgehensweise, gleiche Hauptquartiere und gleiche Infrastruktur. Denn die Alternative zur Verdoppelung wäre, alles allein zu tun. Und das wäre dann in der Tat Geldverschwendung und würde ganz gewiß in bezug auf Frankreich ein Riesenproblem aufwerfen, gerade jetzt, wo Frankreich - dank der WEU-, dabei ist, sich der Allianz seinerseits anzunähern.

Sechstens: Zum Schluß gebe ich Frau Neville-Jones wieder recht; denn auch ich bin gegen einen amerikanisch-europäischen Vertrag. Ich halte es erstens für äußerst schwierig für uns, hier zu einer Beschlußfassung zu gelangen. Es würde uns viel Zeit kosten, und in der Zwischenzeit würden das einige Länder vermutlich zum Vorwand nehmen, ihrerseits überhaupt nichts zu tun. Aber es ist auch vom Konzept her schwierig. Denn wir Europäer wollen ja im Jahre 1996 wieder eine Regierungskonferenz abhalten, um uns erneut über den Zustand der Europäischen Union klarzuwerden. Dafür brauchen wir mehr Zeit. Außerdem müssen wir versuchen, einen umfassenderen Anlauf zu machen.

Die NATO ist bislang notwendigerweise auf Sicherheitsfragen beschränkt - trotz Artikel 2, der aber bisher nicht angewendet wird. So vertritt die NATO in erster Linie Sicherheitsinteressen, während die gegenwärtigen Interessen sehr viel weiter reichend sind.

Natürlich sind Institutionen kein Selbstzweck. Aber häufig verschanzen wir uns hinter Institutionen, wenn wir uns in der Sache überfordert fühlen. Mein eigenes Land kann das besonders gut. Das ist zweifellos eine Frage der politischen Bereitschaft. Gleichzeitig aber - darin bin ich mit Herrn Poettering einer Meinung;-, besteht die Einzigartigkeit des europäischen Gebildes darin, daß wir bestimmte Institutionen haben, ohne die eine europäische Integration überhaupt nicht zustande kommen könnte.

Bradley

Stellen Sie sich ein Land oder eine Gruppe von Ländern "A" vor, benachbart einem Land oder einer Gruppe von Ländern "B". Die Grenze zwischen beiden hat keinen militärischen Charakter, weil weder "B" in "A" einfallen will, noch umgekehrt. Stellen Sie sich die gleiche Konstellation vor, wobei in "B" aber ein explosives Bevölkerungswachstum herrscht und die Einkommen sehr niedrig sind. Die Grenze, die beide Länder trennt, ist de facto offen. Es gibt daher keine Möglichkeit, die Leute aus "B" davon abzuhalten, sie zu überschreiten, wenn sie dazu entschlossen sind. Stellen Sie sich weiter vor, daß in "B" eine politische Umwälzung stattgefunden hat mit der Folge, daß die Demokratie dort wieder Fuß zu fassen beginnt. Wir haben es also mit einer offenen Gesellschaft, einem offenen Markt zu tun, wie es sie nie zuvor gegeben hat. Nehmen Sie weiter an, daß die Bevölkerung von "B" ethnisch etwas anders gelagert ist als die von "A". Auch wenn sie auf derselben Tradition basiert, wird dies von Teilen der Bevölkerung in "A" abgelehnt. Nehmen wir schließlich an, daß die Aussicht auf wirtschaftliche Integration der beiden langfristig beiden bessere Perspektiven verheißt, aber kurzfristig einige Schwierigkeiten bereitet.

Wovon ich hier spreche, betrifft nicht Osteuropa und die USA, auch nicht Ost- und Westeuropa, sondern es geht um Mexiko und die USA. In der Tat lassen sich die Vorstellungen des NAFTA-Vertrages unmittelbar auf das vorerwähnte Problem anwenden. Das Ziel dieses Vertrages ist einerseits die Schaffung einer internationalen Wettbewerbssituation, die Nordamerika wie gerufen kommen könnte. Ich denke nur, wie vorteilhaft es sich auswirken könnte, wenn Japaner mein Büro betreten, um sich über den NAFTA-Vertrag zu beklagen. Es wird damit aber auch das Ziel verfolgt, die politische Entwicklung in Mexiko, die in den letzten acht Jahren stattgefunden hat, zu konsolidieren. In dieser Zeit hat sich in Mexiko ein entscheidender Wandel vollzogen, was die Einstellung gegenüber den USA angeht, und zwar sowohl im Hinblick auf die Wirtschaftsstruktur als auch hinsichtlich der politischen Reform.

Die Hälfte der Mexikaner ist unter 19 Jahre alt - bei einer Gesamtbevölkerung von 80 Millionen Menschen! Da es in Mexiko kaum Arbeit gibt, bleibt diesen Menschen nur eine Möglichkeit, wohin sie sich wenden können, nämlich über die Grenze in die USA.

Die Mexikaner stammen aus einer Latino-Kultur. Irgend jemand hat einmal gesagt, der Unterschied zwischen Mexiko und den USA sei vergleichbar der Verschiedenheit zwischen dem England des 18. und dem Spanien des 15. Jahrhunderts. Eine Integration wird also nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten gehen, aber sie bietet die Möglichkeit einer kulturellen Bereicherung im westlichen Sinne. Ich erwähne das nur, weil ich meine, daß man einer weiteren Ausdehnung Europas mehr Beachtung schenken sollte, um mit eben jenen Problemen fertig zu werden, die Europa heute vom Osten her bedrohen und mit denen man nicht zurechtkommen wird, solange die Polen, die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn ausgegrenzt bleiben von dem, was wir meinen, wenn wir von Westeuropa sprechen.

Zweitens: In meinem Vortrag sprach ich von gemeinsamen Werten, wobei ich die Meinung vertrat, daß es recht schwierig ist, diese zu politischen Richtlinien zu machen. Das ist eine Tatsache, mit der wir uns noch nicht so recht befreunden konnten. Niemand von uns möchte es erleben, daß Ägypten mohammedanischen Fundamentalisten in die Hände fällt, obwohl diese Möglichkeit eine der größten Gefahren der nächsten Dekade ist. Und doch könnte gerade der Versuch, Ägypten in Richtung Demokratie zu drängen, tatsächlich zu diesem Ergebnis führen. In Saudi-Arabien sind wir an Stabilität interessiert, nicht an Demokratie, und mit Kuwait verhält es sich ebenso.

Worum es mir geht, ist: Wir mögen ja bestimmte Wertvorstellungen haben, aber wir haben auch Interessen, und gelegentlich geraten beide in Konflikt miteinander. Was für Europa und die USA schwierig ist, ist jene gemeinsamen Interessen klar zu definieren und dabei auf Dauer zu bekräftigen, welche Wertvorstellungen wir teilen.

Drittens: Jemand hat hier den Internationalen Währungsfonds (IWF) kritisiert, was meinen vollen Beifall findet. Nun, da wir endlich dabei sind, die polnischen Staatsschulden zu regeln, nachdem der IWF zehn Jahre lang nichts in dieser Hinsicht unternommen hat, kann man nur noch feststellen: Gibt es noch irgendeinen anderen Ort, wo wir die IWF-Theologie überprüfen könnten? Darauf würde ich mit ja antworten und auf Rußland und sein Erdöl verweisen.

Es macht in der Tat wenig Sinn, wenn wir auf politische Stabilität und demokratische Grundsätze aus sind und gleichzeitig der demokratisch gewählte Präsident Rußlands vom IWF gezwungen wird, den Ölpreis auf Weltmarktniveau zu bringen. Die garantierten Folgen sind eine galoppierende Inflation in Rußland, da der Rubel noch mehr an Wert verliert, oder eine geradezu katastrophale Wirtschaftskrise. Deshalb sollte der Ölpreis nicht so schnell auf Weltmarktniveau steigen, wie der IWF dies will, sondern sehr viel langsamer über einen längeren Zeitraum hin, um der russischen Wirtschaft die Möglichkeit zur allmählichen Anpassung zu geben.

Vierter Punkt: Zum Thema ethnischer Zugehörigkeit und Rassenunterschiede. Herr Hoge sprach zu Recht den diesbezüglichen Wandel in den USA an. In der Tat haben wir heute ein bunteres Bevölkerungsgemisch als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren. In meinem Heimatstaat New Jersey stammen High-School-Studenten aus Familien, in denen 120 verschiedene Sprachen gesprochen werden. Die asiatisch-amerikanische Bevölkerung hat sich in den achtziger Jahren verdoppelt; die latino-amerikanische ist im gleichen Zeitraum um 50 Prozent gestiegen. An der Westküste und im Osten bis hin an die Flanke der Rocky Mountains orientiert man sich entschieden nach Asien. Viele junge Leute wenden sich Asien zu, ohne amerikanische Asiaten zu sein, weil sie in einem weitaus vielschichtigeren Umfeld aufgewachsen sind, das von viel höheren japanischen Investitionen geprägt ist, mit ausgedehnteren Handelsbeziehungen zu China und von einer viel größeren ethnischen Vielfalt. Diese neue Orientierung ist eine Realität, mit der sich jede Regierung in den USA auseinandersetzen muß.

Die Amerikaner sind - im Gegensatz zu vielen anderen Ländern - davon überzeugt, daß Immigration in den USA stets eine Quelle der Dynamik und nicht der Lähmung gewesen ist. Dies wirkt sich sowohl auf junge Talente als auch auf das Durchschnittsalter der Bevölkerung der USA positiv aus. Eine überalterte Bevölkerung - wie in Europa und zunehmend auch in Japan - braucht die Ersparnisse auf, während eine jüngere Bevölkerung Ersparnisse schafft. Mit dem Zustrom an Einwanderern verjüngt sich die Bevölkerung und steigert ihre Dynamik.

Nur noch eine Bemerkung zum Thema Hermes-Krawatten. Wenn Sie eine Krawatte gleicher Qualität billiger kaufen können, aber ohne Hermes-Etikett, würden Sie die dann nehmen oder doch lieber 300 Dollar für eine echte Hermes-Krawatte zahlen? Dazu kann ich nur sagen: MacDonald zählt darauf, daß Sie immer das Markenzeichen kaufen!

The Lord Dahrendorf

Vielleicht sollten wir uns ein wenig der sehr unterschiedlichen Meinungen annehmen, die zum Thema "Jugoslawien" bestehen. Intervention: ja oder nein? Wenn ja - wie und durch wen? Wenn nein - wie rechtfertigen wir dies? Wie werden wir mit dem Entsetzen fertig, das uns jedesmal überfällt, sobald wir eine Zeitung aufschlagen oder die Nachrichten im Fernsehen verfolgen?

Marsh

Als die Entscheidung getroffen wurde, nicht nur Kroatien und Slowenien, sondern später auch Bosnien-Herzegowina anzuerkennen, warmes Gefühl: Wenn eine Staatengemeinschaft beschließt, ein Land politisch anzuerkennen, sollte es ihm auch die Mittel verschaffen, sich selbst zu verteidigen. Und wenn man dieses Land schon als Mitglied in den Kreis der "Vereinigten Staaten der Welt" im weitesten Sinne aufnimmt, dann müßte man ihm auch bei seiner Verteidigung beistehen.

Natürlich weiß ich, daß es sich hier nicht einfach um eine verfassungsrechtliche Frage handelt, sondern zugleich um einen Bürgerkrieg. Aber ich war und bin der Ansicht, daß manche Entschlüsse viel zu überstürzt gefaßt wurden, ohne an die schrecklichen Folgeerscheinungen zu denken, denen wir diesen jungen Staat damit aussetzen.

Pick

Ich teile keineswegs die Ansicht von David Marsh, daß wir den Bosniern die Möglichkeit geben sollten, sich selbst zu bewaffnen, und ich bin gegen Intervention. Ich sage das nicht eben gern; aber die Entwicklung ist so weit gediehen, daß eine Intervention von außen die Situation nicht verbessern, sondern nur das Morden steigern würde. Leider sind der Westen und auch die Russen immer einen Schritt hinter den Ereignissen hergehinkt, die sich abzuzeichnen begannen, und es sind unendlich viele Fehler gemacht worden. Natürlich kann man über einzelne Fehler in der Politik geteilter Meinung sein; aber jedermann wird zugestehen müssen, daß es zahllose derartige Fehler in der einen oder anderen Weise gegeben hat.

Wir müssen realistisch sein. Wir sollten endlich aufhören, über den Vance-Owen-Plan zu reden; es ist klar, daß er "gestorben" ist. Eindämmung des Konfliktes - wie das Schlagwort jetzt lautet - ist wahrscheinlich die einzige Möglichkeit für die internationale Völkergemeinschaft, einerseits zu verhindern, daß sich der Krieg über Bosnien hinaus ausbreitet, und andererseits hoffentlich dem Morden in Bosnien ein Ende zu setzen.

Zweifellos wird es an einem bestimmten Punkt zu Verhandlungen kommen, und wir werden dafür wahrscheinlich ein neues Forum finden müssen. Ich bin jedenfalls nicht der Meinung, daß wir durch die nochmalige Einberufung großer Konferenzen, wie Deutschland es vorschlägt, irgend etwas erreichen würden. Wir müssen uns eben in das Unvermeidliche fügen.

Ich setze noch hinzu, daß die Medien eine erhebliche Rolle gespielt haben, Emotionen und Leidenschaften im Hinblick auf den Konflikt in Jugoslawien und besonders in Bosnien zu wecken. Das ist ja auch richtig so. Aber wir sollten nicht vergessen, daß Bosnien keineswegs das einzige Land in Reichweite "unseres" Europa ist, wo solch schrecklicher Völkermord begangen wird. Es gibt viele andere Länder außerhalb Europas Afghanistan zum Beispiel;- wo unentwegt Tausende von Menschen umgebracht werden. Doch weil die Fernsehkameras nicht auf sie gerichtet und die Medien nicht vor Ort sind, werden keine solchen Emotionen geweckt, wie dies im Bosnien-Konflikt der Fall gewesen ist.

Glauben Sie nicht, daß ich das alles gern ausspreche. Ich selbst kenne Jugoslawien seit vielen Jahren sehr gut und glaubte immer daran, daß es als Land weiter bestehen würde. Das zeigt nur, wie man sich täuschen kann. Aber es gibt viele Menschen, die wie ich dachten.

Stürmer

Man kann Jugoslawien nicht als eine "regionale Angelegenheit" bezeichnen; denn von dort kommen Hunderttausende von Flüchtlingen besonders nach Ungarn, Österreich, Deutschland und in die Schweiz, während andere Länder ihre Grenzen dicht machen und ihre Augen verschließen.

Es ist auch deshalb kein regionaler Konflikt, weil dort das internationale Recht und die internationale Ordnung mit Füßen getreten werden. Wenn wir eines Tages die Ukraine davon überzeugen wollen, daß sie auf kollektive Sicherheit vertrauen und auf nukleare Waffen verzichten sollte, dann wird man uns fragen: "Und was habt Ihr im Falle von Jugoslawien getan? Nichts!"

Schließlich stellt sich die Frage: Was können wir aus dem Jugoslawien-Konflikt lernen? In jedem Fall, daß Buschfeuer dazu neigen, sich auszubreiten, daß Bürgerkriege zu Kriegen werden können und daß beides nicht klar zu trennen ist. Eine regionale Krise kann sich leicht zu einer umfassenderen Krise ausweiten. Es kann zum großen Balkankrieg kommen. Das alles sind Dinge, die man zwar vorhersehen, aber nicht kontrollieren kann, es sei denn zu einem Zeitpunkt, da jeder sagt, es sei viel zu früh.

Fröhlich

Zwei Punkte. Erstens, wir haben hier einiges über das Fehlverhalten der deutschen Außenpolitik in der Frage der Anerkennung von Slowenien und Kroatien gehört. Dazu ist anzumerken: Die internationale Staatengemeinschaft optierte lange einmütig für die Fortexistenz eines einheitlichen jugoslawischen Staates. Gerade diese von allen Seiten verfochtene Parteinahme für die serbische Führung in Belgrad war es, die deren Aggression gegenüber Slowenien und Kroatien erst ermöglichte, ja geradezu ermunterte. Erst knapp ein halbes Jahr nach dem Übergriff auf Slowenien erfolgte der Vorstoß Bonns in der Anerkennungsfrage; Frankreich, Großbritannien und die USA folgten später, nämlich im Dezember 1991 beziehungsweise Januar 1992, eher widerwillig.

Viel mehr spricht für die These, daß die Anerkennung nicht etwa zu früh kam, sondern betrachtet man die Chronologie der Ereignisse;-, daß sie 12 Monate zuvor, nämlich nach der Volksabstimmung in Slowenien, hätte erfolgen sollen. Diese hätte dann allerdings von sehen der internationalen Gemeinschaft mit klaren Junktims zum Zwecke einer Neuordnung Jugoslawiens und notfalls auch mit entsprechenden Sanktionsmaßnahmen für den Fall gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien verbunden werden müssen.

Zweitens: In diesem Zusammenhang ein Wort zur Reformbedürftigkeit der NATO. Wir haben gleichsam einige skeptische Prognosen - die ich im übrigen leider teile - bezüglich der Erfolgsaussichten einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer beziehungsweise ihres Instrumentariums gehört. Hier fehlt es wohl noch an dem politischen Willen zum gemeinsamen Handeln.

Der NATO aber erwächst zu ihren traditionellen Aufgaben der Prävention von Angriffen, gegenseitigen Beistandspflicht und politischen Koordination eine völlig neue Aufgabe in Form des Krisenmanagements außerhalb des NATO-Territoriums. Die Begriffe "in" und "out-of-area" haben im NATO-Vertrag zwar keinerlei Grundlage, bedürfen aber trotz oder gerade wegen ihrer zusehends bedeutungsloseren Differenzierung einer Klärung.

Hinzu kommt auch hier das Problem, daß die Fülle und Kompliziertheit neuer Konflikte trotz der vorhandenen Mittel und Instrumente zum Krisenmanagement es immer schwieriger machen, über gemeinsame Communiqués, die nun einmal auch für das NATO-Bündnis erforderliche Einstimmigkeit zu erzielen. Wenn die amerikanische Regierung nicht daran interessiert ist, sich auf einen regionalen Konflikt einzulassen solange dieser regional bleibt;-, bei dem man zwar weiß, wie man hineinkommt, nicht aber, wie man wieder möglichst rasch herauskommt, so trägt dies gleichermaßen zur politischen Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft und ihres Instrumentariums bei.

Insgesamt wird also die Arbeit in dem zugegebenermaßen nach wie vor wohl effektivsten Instrument zur Konfliktbewältigung zunehmend schwieriger, seit die NATO sich nicht mehr nur um ihre eigene Sicherheit zu kümmern hat.

Hacke

Ich möchte das Thema Jugoslawien noch unter einem anderen Gesichtspunkt akzentuieren. Es ist, so meine ich, unbestritten, daß die Integration in Westeuropa für die Osteuropäer stets eine große Anziehungskraft ausgeübt hat, auf die sich ihre Hoffnungen richteten, um ihre Situation zu verändern. Diese Attraktivität des Westens ist auch etwas, das mich immer mit Stolz erfüllt hat. Die Gefahr, die

ich heute sehe, ist, daß diese Hoffnung der Osteuropäer mehr und mehr in Enttäuschung umzuschlagen droht, weil sie erkennen müssen, daß Westeuropa weder bereit noch in der Lage zu sein scheint, sich wirklich zu öffnen, um die osteuropäischen Länder in den Integrationsprozeß mit einzubeziehen. Den Westeuropäern geht es ganz offensichtlich nur darum, ihren eigenen Wohlstand zu sichern, ohne denjenigen zu Hilfe zu kommen - materiell, sicherheitspolitisch;- , die sich in großer Bedrängnis befinden.

Das wird am Beispiel Jugoslawien in besonderer Weise deutlich. Eine militärische Intervention halte ich im jetzigen Stadium auch nicht mehr für möglich. Hier hätten wir gleich zu Beginn klarer auftreten und eine kluge Diplomatie mit militärischen Optionen verknüpfen müssen. Das wurde eindeutig verpaßt.

Hoge jr

Ich sehe keinen Grund für eine militärische Intervention in Bosnien. Sollten wir es dennoch tun, könnten die moralischen Konsequenzen ebenso verhängnisvoll oder noch schlimmer sein als jene, die eintreten, wenn wir uns des militärischen Eingreifens enthalten. Die Art des Geländes und der Kriegsparteien führt uns garantiert in moralische Probleme, wenn ich an tote Zivilisten und anderes mehr als Folge einer militärischen Intervention von außen denke.

Zweitens müßte ich wissen, welche Ziele mit einer solchen Intervention verfolgt werden. Wenn man etwa die Serben dorthin zurückwerfen wollte, wo sie vorher gewesen sind, würde ich dies für ein höchst unrealistisches Ziel halten, zumindest unrealistisch in bezug auf das, was die Öffentlichkeit sowohl in Europa als auch in den USA unterstützen würde. Wenn es nur darum geht, die Serben zu bestrafen, dann gäbe es vielleicht andere Möglichkeiten, dies zu tun.

Mitunter betreiben wir hier Schwarzweißmalerei. Wenn wir nicht intervenieren, sieht es so aus, als hätten wir nichts getan und müßten dafür am Pranger stehen, so als hätten wir keinerlei Gedanken und Mühen an die Sache verwendet. Das Bild wird stark überzeichnet. Wie fehlerhaft sie auch immer gewesen sein mögen, es werden diplomatische, politische und wirtschaftliche Anstrengungen unternommen. Welche Lösungen dabei auch immer herauskommen, sie sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch besser als das, was durch eine militärische Intervention erreicht werden könnte.

Wir sollten wirtschaftlichen und diplomatischen Druck koordinieren sowie jene politischen Kräfte in Serbien unterstützen, die kompromißbereiter sind. Aber eine Konsequenz sollten wir aus dem Geschehen in jedem Fall ziehen, nämlich so früh wie möglich zu handeln. Immerhin besteht hier, wie wir gehört haben, die Gefahr, daß sich der Bürgerkrieg in Bosnien nach Süden hin ausweiten kann. Soweit ich das überblicken kann, ist bisher recht wenig getan worden, um dem entgegenzuwirken. In dieser Hinsicht könnte man einiges tun.

Schließlich: Wenn wir den Vance-Owen-Plan oder eine abgeänderte Version dieses Planes oder auch eine andere politische Lösung anstreben, sollten wir mit den Sanktionen fortfahren und die Kriegsverbrechentribunale voranbringen, um zumindest moralische Zeichen zu setzen, wenn wir schon nicht individuelle Aburteilungen erreichen können. Wir sollten jedenfalls alles daransetzen, Anreize zu schaffen, um den Balkan wieder in Europa zu integrieren.

McArdle Kelleher

Zu Jugoslawien möchte ich vier kurze Anmerkungen machen.

Was erstens den Ursprung des Jugoslawien-Konflikts anbelangt, so haben wir es hier mit einer Reihe von Tragödien zu tun, die seinerzeit vielleicht nicht erkannt wurden. Ich halte es indes für falsch zu behaupten, daß dieser Krieg als ethnischer Konflikt begonnen habe. Am Anfang standen vielmehr einige entschlossene politische Führer, die an der Macht bleiben wollten und deshalb fünf Jahre lang ethnische Symbole und Proklamationen benutzten, mit denen sie die Menschen mobilisierten, um dieses Ziel zu erreichen, während die meisten von uns diesem Geschehen nur wenig Aufmerksamkeit schenkten.

Ihnen schlossen sich in der Folgezeit jene an - zumindest in einigen Regionen des einstigen Jugoslawien;- , die sich von Europa im Stich gelassen fühlten. Das waren diejenigen, die geglaubt hatten, eine serbische Gruppierung werde niemals in der Europäischen Gemeinschaft willkommen sein, nicht einmal als assoziiertes Mitglied. Deshalb bleibe Kroatien und Slowenien nur die Wahl - dies war jedenfalls die Ansicht vieler Führungskräfte aus der Wirtschaft;- , sich Europa zuzuwenden und sich rechtzeitig von Serbien abzuspalten, bevor man ihnen diese Ablehnung aufzwingen könnte.

Zweitens bin ich nicht der Meinung, daß die Jugoslawien-Krise ein Modellfall für andere Krisen ist, mit denen wir in Zukunft konfrontiert werden können. Es scheint mir eher eine Art Testfall, der wesentlich mehr mit der Umwandlung vormaliger kommunistischer Gesellschaften zu tun hat, als mit jenen ethnischen Konflikten, die bis zum bitteren Ende ausgetragen werden, ohne aber irgendwie miteinander zusammenzuhängen. Ich glaube, daß derartige Machtverschiebungen, die nicht per se auf ethnische Konflikte zurückgehen, bereits im Kaukasus und in Afghanistan stattfinden, wenn Sie so wollen, in Regionen, die traditionell Grenzländer waren, in denen verschiedene Kulturen aufeinanderprallen und wo es kaum jemals stabile Machtverhältnisse gegeben hat - außer unter totalitären Regimen.

Beim größten Teil dessen, was wir als ethnische Konflikte bezeichnen, handelt es sich um Situationen, in denen zwar ethnische Symbole manipulativ verwandt werden, um politische Unterstützung zu erzeugen, ohne daß sie - zumindest nicht am Anfang - die Hauptursache des Konflikts darstellen.

Drittens: Wenn wir uns also überlegen, welche Lehren wir daraus ziehen sollten, dann ist die entscheidende Frage: Was tun wir, wenn die Kämpfe beendet sind? Diese Frage ist besonders wichtig, wenn wir daran denken, ja es vielleicht sogar wünschen, daß Jugoslawien in seiner früheren Form - oder wenigstens einige seiner Republiken - weiterhin mit dem Westen verbunden bleibt, anstatt sich den "Ungewaschenen" anzuschließen. Wir haben uns bisher wenig Gedanken darüber gemacht, wie das zu erreichen wäre.

Schließlich viertens noch ein kurzer Hinweis auf den militärischen Aspekt: Selbst wenn eine militärische Intervention oder gar die Durchsetzung des Vance-Owen-Planes von uns beabsichtigt gewesen wäre, hätten wir alle schnell einsehen müssen, daß uns dafür im Westen die erforderlichen und für den entsprechenden Einsatz ausgerüsteten Streitkräfte fehlen. Wir hätten daher notgedrungen andere Staaten mit einbeziehen müssen, Rußland vielleicht und die Ukraine und auch andere Kontingente. Das wäre gar nicht einmal so schlecht gewesen, wenn wir an zukünftige multilaterale friedenserhaltende Operationen denken.

van Eekelen

Welche Ziele verfolgen wir in Bosnien?

Erstens wollen wir gewaltsame Gebietserweiterungen seitens der Serben unterbinden. Zweitens wollen wir eine Eskalation der Balkankrise zu einem europäischen Krieg verhindern. Wenn diese Krise nämlich auf den Kosovo übergreift, wird sie auch Mazedonien mit hineinziehen und so fort. Drittens geht es uns um die Einhaltung der KSZE-Prinzipien. Viertens soll das Leid der Menschen dort verringert werden. Fünftens geht es darum, den westlichen Zusammenhalt in einer sehr wichtigen Aktion aufrechtzuerhalten - auch wenn wir damit bisher nicht eben viel Erfolg gehabt haben. Und sechstens sollen die Serben veranlaßt werden, einem Friedensplan für ein unabhängiges Bosnien zuzustimmen.

Ist der Vance-Owen-Plan wirklich gestorben? Ich glaube nicht. Selbst wenn er sich nicht durchführen läßt, müssen wir an ihm als einem politischen Ziel festhalten. Denn sonst hängen all unsere Druckmittel den Serben gegenüber - zum Beispiel Milosevic zu veranlassen, seinerseits die bosnischen Serben unter Druck zu setzen - völlig in der Luft.

Ich sehe die Einrichtung von Schutzzonen als einen ersten Schritt in Richtung des Vance-Owen-Planes an. Wenn wir ihn so verstehen, könnte er sich als nützlich erweisen. Wenn die Serben ihre Aggressionen fortsetzen, sollten wir in der Tat amerikanische und andere Luftstreitkräfte einsetzen, um die Serben gezielt anzugreifen. Je länger wir abwarten, desto höher werden die Kosten einer Intervention sein. Ob das nun friedenserhaltende Maßnahmen sind oder irgendwelche anderen Aktivitäten nach sich zieht, wir würden jedenfalls in eine Situation geraten, wie seinerzeit auf Zypern und über lange Zeit dort verwickelt bleiben.

Noch ein Wort zum Flotteneinsatz. Ich möchte nur daran erinnern, daß am 4. Juni vergangenen Jahres die NATO bei einem Ministertreffen in Oslo den Standpunkt vertrat: Wir stellen unsere Mittel und unser Know-how der KSZE zur Verfügung. Am 19. Juni hörte man von der WEU: Wir stellen unsere Mittel und unser Know-how der KSZE und der UNO zur Verfügung. So war ich der Meinung, als das Embargo seitens der Vereinten Nationen verhängt wurde, es würde eher an der WEU als an der NATO sein, "das Nötige" zu tun. Kurze Zeit darauf, Anfang Juli, während des Gipfeltreffens in Helsinki, faßte die WEU den Beschluß, einen Flottenverband zu bilden, und unmittelbar danach tat die NATO ein Gleiches. Aber das machte nicht viel aus; denn die Italiener stellten einen Admiral für uns und einen für die NATO und koordinierten alles recht gut.

Nun, da sich das Embargo zu einer Blockade auszuweiten beginnt, werden wir ein gemeinsames Kommando haben. Aber es geht dabei nicht nur um die WEU und die NATO, es gibt noch drei weitere Flottenverbände, nämlich einen amerikanischen, einen britischen und einen französischen, wenn auch für andere Zwecke.

Kielinger

Ich bin weniger zuversichtlich als Herr van Eekelen, was wir in Jugoslawien noch tun können. Ich stimme Herrn Hacke zu, daß die nicht zu Ende gedachte Anerkennung von Slowenien und Kroatien durch die Deutschen ein Fehler war. Aber es gab noch eine zweite Fehlentwicklung. Seit Mitte 1991 gilt für das internationale System ein neues Ziel: die Möglichkeit einer Intervention immer dann in Erwägung zu ziehen, wenn die Menschenrechte in einem Lande eklatant verletzt werden. In solchen Fällen dürften, so wurde verkündet, die Grundsätze der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten nicht mehr alleinige Gültigkeit besitzen.

Nun ist es in jedem Falle schädlich, wenn die Politik ein Ziel verkündet, ohne die Instrumente zu haben, um auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken. Eine solche Ankündigungspolitik ohne Handlungskonsequenzen kann nur zur Politikverdrossenheit führen, wie wir es jetzt in Deutschland erleben.

Noch ein Wort zu den ethnischen Konflikten. Senator Bradley hat das Recht auf Selbstbestimmung, aber auch den Schutz von ethnischen Minderheiten deutlich gemacht. Im Falle Bosniens hätte dies dazu führen müssen, statt den undurchsetzbaren Vance-Owen-Plan auszuhecken, rechtzeitig eine Dreiteilung des bosnischen Territoriums vorzunehmen und den moslemischen, kroatischen und serbischen Bevölkerungsteilen ein entsprechendes Gebiet zuzuweisen. Das hätte natürlich einen Bevölkerungsaustausch mit sich gebracht - in einem Land, in dem sich die ethnischen Minderheiten nicht mehr vertragen wollen, vielleicht keine zu große Zumutung.

Stuth

Herr Hacke und Herr Kielinger haben zu Recht betont, daß wir in der Politik nicht mehr versprechen dürfen, als wir halten oder durchsetzen können; zumal in der Außenpolitik gewöhnlich andere die Konsequenzen zu tragen haben als diejenigen, die die Versprechungen gemacht haben - das mag in der Innenpolitik anders sein.

Im Falle Jugoslawiens gehört dazu das schlichte Eingeständnis, daß dieser Konflikt von außen nicht zu lösen ist - weder durch die UNO noch durch die NATO oder durch wen sonst. Deshalb sollten wir auch nicht ständig den Eindruck erwecken, eine solche Lösung sei möglich. Allenfalls können wir dazu beitragen, den Konflikt einzugrenzen. Hinzu kommt, daß wir so gut wie überhaupt nicht wissen, was die verschiedenen Gruppen im ehemaligen Jugoslawien eigentlich selber wollen. Wer von unseren politischen Entscheidungsträgern hat denn rechtzeitig mit allen Volksgruppen gesprochen, um sich ein realistisches Bild von deren jeweiligen Zielen zu verschaffen?

Ich meine, wir brauchen weniger Statements auf Gipfeltreffen, es sei denn, man wäre bereit, diese dann konsequent zu verfolgen.

David Marsh sagte, man dürfe nur solche Länder anerkennen, deren Sicherheit man auch garantieren könne. Das finde ich einen zu radikalen Standpunkt. Danach wäre beispielsweise eine Anerkennung Nepals nicht möglich gewesen. Denn niemand von uns wäre in der Lage, die Unabhängigkeit Nepals zu garantieren, wenn diese etwa von Indien bedroht würde.

Neville-Jones

Als ich noch dem Planungsausschuß des Foreign Office vorstand, schrieb ich 1984 eine Abhandlung über Jugoslawien. Darin führte ich unter anderem aus, daß das einzige, was die jugoslawischen Republiken davon abhalte, übereinander herzufallen, die Angst vor einer Intervention der Sowjetunion wäre. Meine Vorgesetzten meinten, das sei ohnehin allen sonnenklar, und ich erntete wenig Lob für meine Darstellung.

Dazu lassen sich zwei Dinge sagen: Zum ersten konnte man den Konflikt voraussehen. Zweitens würde es sehr schwer sein, ihn zu verhindern. Der Konflikt hat tiefe historische Wurzeln und es hat sich da viel Haß aufgestaut. So ist es nicht verwunderlich, wenn dem nur schwer beizukommen ist.

Die übrige Welt hat in der Handhabung der Jugoslawien-Frage in den letzten zwei oder drei Jahren erhebliche Fehler gemacht hat. Insbesondere haben wir die Augen davor verschlossen, daß

Jugoslawien auseinanderzubrechen drohte. Warum haben wir uns so verhalten? Weil wir die Sowjetunion zusammenhalten wollten. Deshalb hielten wir an der jugoslawischen Föderation fest.

Nachdem wir uns dann schließlich mit der Tatsache abgefunden hatten, daß Jugoslawien zu zerbrechen begann, versäumten wir es, eine vernünftige Politik in der Anerkennung der Teilrepubliken zu verfolgen. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bestanden tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, und alle miteinander haben wir eine Reihe unsinniger Fehler gemacht. Die bedingungslose Anerkennung Kroatiens, ohne auf den Minderheitenrechten zu bestehen, war zweifellos ein auslösender Faktor für den Konflikt in der ganzen Region insbesondere in Bosnien. So haben wir selbst zur Verschärfung der Lage beigetragen, wenn wir sie auch nicht verursacht haben.

Zu allem Überfluß versagte die westliche Allianz auch in der Hinsicht, daß sie sich nicht auf eine gemeinsame Analyse einigen konnte, von einer gemeinsamen politischen Linie ganz zu schweigen. Dies war ein Erstfall, und die Erfahrung ist in der Tat alarmierend. Die USA hielten sich aus einer Reihe von Gründen aus Jugoslawien heraus, etwa wegen des laufenden Wahlkampfes, nicht zuletzt aber aufgrund der sonderbaren Auffassung der Europäer, daß man die USA gar nicht brauche. In der Tat fiel es den Europäern außerordentlich schwer, sich mit Jugoslawien auseinanderzusetzen. Erst zu einem ziemlich späten Zeitpunkt hat man beiderseits des Atlantiks begriffen, daß man sich schon die ganze Zeit über miteinander hätte verständigen sollen. Aber selbst wenn man es getan hätte, wäre die Situation vielleicht genauso schlimm, wie sie jetzt ist.

Während wir uns die ganze Zeit über die Zielsetzung unserer Politik stritten - wie begründet beispielsweise eine Intervention sei, welche Mission die Vermittler haben sollten, welche Lösung überhaupt angestrebt werden sollte;-, gingen die Kämpfe unvermittelt weiter. Nur die humanitären Maßnahmen wurden weitergeführt und haben zweifellos viele Menschenleben gerettet, ohne aber das Problem lösen zu können.

Ich gebe denen recht, die meinen, der Vance-Owen-Plan biete keine umfassende Lösung. Dennoch irritiert mich die amerikanische Kritik in diesem Zusammenhang. Senator Bradley sagte, dies führe dazu, Apartheid zu billigen. Ich muß mich wirklich fragen, ob diejenigen, die dergleichen behaupten, sich wirklich mit der Sache beschäftigt haben; denn es ging ja darum, eben dies zu verhindern.

Zwei Grundsätze liegen dem Plan zugrunde: erstens ein einheitliches Bosnien zu erhalten und zweitens die Bevölkerungsbewegung so gering wie möglich zu halten und eine stabile Situation zu begründen, in der die Menschen zusammenleben können. Dies liegt dem Konzept der zehn Teilregionen zugrunde.

Der andere Vorwurf von amerikanischer Seite lautet, der Plan sei nicht durchführbar. Das scheint mir nicht unberechtigt zu sein. Aber daß er nicht erstrebenswert sei, halte ich für einen recht fragwürdigen Einwand. Der Plan war ja gerade deshalb ausgearbeitet worden, um die Apartheid so gering wie möglich zu halten und die Vermischung der Bevölkerungen so weit wie möglich zu gewährleisten.

Jetzt befinden wir uns offensichtlich in einer Situation, in der der Vance-Owen Plan keine Lösung bringen kann. Ich glaube nicht, daß er völlig gestorben ist; er enthält Richtlinien, die uns helfen könnten. Aber wir sehen uns gegenwärtig mit einer weit weniger erstrebenswerten Lösung konfrontiert, die denen noch weitaus weniger zusagen kann, welche die Moslems schützen wollen. Ich meine die Aufteilung Bosniens in drei festumrissene Regionen. Wenn wir Glück haben, findet sich bei dieser Aufteilung auch ein Gebiet, das für die Moslems groß genug ist. Es bedeutet aber in jedem Fall das Ende des früheren Bosnien.

Meines Erachtens zeigt das alles, wie unverzichtbar der transatlantische Dialog, eine gemeinsame Politik und eine Übereinstimmung in der Wahl der Mittel sind. Sonst geraten wir in eine ausweglose Sackgasse. Ich glaube nicht, daß wir uns auf eine lang andauernde Intervention zubewegen. Es ist völlig klar, daß die Bereitschaft fehlt, 100.000 Mann zum Einsatz zu bringen, um Frieden zu schaffen, wie sie der Vance-Owen-Plan erfordern würde. Wir werden viel kleinere Kontingente aufstellen, um den Frieden zu erhalten. Und wir werden hoffentlich in Verhandlungen eintreten, die zu einem vom Vance-Owen Plan abweichenden Ergebnis führen werden. Es wird wesentlich bescheidener ausfallen und den Moslems viel weniger bringen, als wir hätten erreichen können, wenn sich alle Parteien früher geeinigt hätten.

Livingston

Ich will nur daraufhinweisen, daß ich in dieser Angelegenheit stark gefühlsmäßig engagiert bin. Das scheint mir, wie Frau Thatcher es ausgedrückt hat, auch keineswegs unangebracht. Ich habe sechs wunderbare Jahre meiner Jugend in Belgrad, in Zagreb und überall im ehemaligen Jugoslawien verlebt. Aus diesem Grunde sind alle diese Dinge für mich sehr schmerzlich.

Die Amerikaner sind in diesem Punkt offensichtlich sehr geteilter Meinung. Die einen fürchten ein zweites Vietnam, die anderen wollen einen zweiten Holocaust verhindern, wie dies bei der Eröffnung des Holocaust Memorial Museums in Washington vor etwa einem Monat zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich fand die Berichterstattung in den US-Medien darüber interessant. Sowohl liberale als auch konservative Kolumnisten haben sich für eine Intervention stark gemacht. Das amerikanische Fernsehen hat dem Bosnien-Konflikt sehr viel Beachtung geschenkt, und zwar durch eine Berichterstattung, die uns im Falle der Kurden veranlaßt hatte zu handeln. Dieses Mal scheint das allerdings nicht die gleiche Wirkung zu haben.

Zweifellos haben wir es mit einer überaus schwierigen Situation zu tun, weil es sich sowohl um einen Bürgerkrieg handelt als auch um eine Aggression, bei der Serben aus Serbien und Kroaten aus Kroatien ihre Landsleute in Bosnien mit militärischer Gewalt unterstützen. Mein Eindruck ist, daß wir alle allmählich in die Sache hineingezogen werden, wenn auch zögerlich und vermutlich ohne eine klare Vorstellung davon zu haben, was wir eigentlich tun sollen, ob es dabei um Patrouillen in der Adria geht, um Flugverbotszonen oder darum, ob man an der Grenze zwischen Serbien und Bosnien Überwachungsposten einrichten soll, oder um den Vorschlag unseres Präsidenten, amerikanische Truppen in Mazedonien zu stationieren, zumindest einige.

Ich bin dafür, die von Senator Bradley genannte Balance zwischen Werten und Interessen einzuhalten. Ich befürworte eine Intervention. Dazu wären wir in der Lage, nachdem wir im Persischen Golf ein so gigantisches Unternehmen durchgeführt haben. Wir verfügen über die Mittel und könnten sie einsetzen. Doch es fehlt uns offensichtlich die Bereitschaft dazu. Wenn wir nach dem Ende des kalten Krieges die Chance haben, Werten und Menschenrechten einen höheren Stellenwert einzuräumen als ordinären politischen Interessen, sollten wir auch entsprechend handeln.

Frau Kelleher hat natürlich recht, daß die Jugoslawien-Krise kein Testfall für andere Ereignisse ist. Trotzdem müssen wir uns fragen, was es für ein Beispiel gibt, wenn die Amerikaner und die Europäer nicht bereit sind, sich für jene Tugenden und Werte einzusetzen, die sie in ihren eigenen Gesellschaften hochhalten, um beispielsweise diesem Morden ein Ende zu setzen und die Menschenrechte zu einem Wert in unserer Außenpolitik zu erklären. Anderenfalls würden wir eine große Chance verspielen, die Außenpolitik unserer Staaten nach dem Ende des kalten Krieges in eine andere Richtung zu lenken, die den menschlichen Werten stärker Rechnung trägt. Ich sehe ein, daß wir nicht überall so handeln können; hier in Jugoslawien aber haben wir die Möglichkeit dazu.

Lindemann

Ich bin etwas erstaunt, daß wir, wenn wir von dem Osten, von Osteuropa, sprechen, die Staaten Polen, Tscheche!, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien erwähnen, aber die drei baltischen Staaten nicht. Lediglich Herr van Eekelen hat in seiner Einführung die baltischen Staaten aufgezählt, und Herr Poettering hat sie in das vergrößerte Europa einbezogen. Wenn hier gesagt wurde, daß für Polen, die Tscheche! usw. keine unmittelbare Gefahr für ihre Sicherheit seitens Rußlands bestehe, dann gilt meiner Meinung nach diese Aussage nicht für die baltischen Staaten.

Wir hatten kürzlich eine deutsch-amerikanische Konferenz in Riga, um auf diese Weise die besondere Verantwortung Amerikas und Deutschlands - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - für diese Staaten zum Ausdruck zu bringen. Bei diesem Treffen ist allen Deutschen und Amerikanern klargeworden, wie sehr die baltischen Staaten und hier insbesondere Lettland und Estland um ihre Unabhängigkeit und Sicherheit fürchten. Der Grund dafür liegt in dem hohen russischen Bevölkerungsanteil: in Lettland über 50 0nd in Estland 35%. Die NATO hilft den baltischen Staaten unter anderem beim Truppenaufbau, berät sie bei der Überprüfung ihrer Grenzen. Das eigentliche Anliegen der baltischen Staaten aber, nämlich Sicherheitsgarantien von der NATO zu erhalten, sind wir nicht bereit zu erfüllen.

Für die Zukunft der baltischen Staaten - so wird es auf jeden Fall in diesen Ländern gesehen - ist das Verhalten des Westens im Jugoslawien-Krieg von größter Wichtigkeit. Wenn der Westen hier militärisch nicht eingreift, wird dieses Verhalten von ihnen geradezu als Aufforderung für Rußland gesehen, eines Tages die baltischen Staaten einzuvernehmen und sicher zu sein, daß der Westen sich ruhig verhalten wird. Anders als im Jugoslawienfall dürfen aber hier die starken aktiven baltischen Minderheiten in den Vereinigten Staaten nicht unterschätzt werden.

The Lord Dahrendorf

Wir mögen alle von ähnlichen Empfindungen bewegt werden, doch beurteilen wir die Lage sehr verschieden, und dies ist einer der Gründe, warum wir zu unterschiedlichen Schlüssen kommen.

Ich denke, wir sollten uns jetzt zunächst der wirtschaftlichen Thematik zuwenden; denn darin sehe ich einen der wichtigsten Faktoren in unserer gegenwärtigen Lage. Es liegt auf der Hand, daß die neuen Demokratien in Ost-Mitteleuropa weniger vom Glück begünstigt sind, als es, sagen wir, Spanien und Portugal zu ihrer Zeit waren. Sie bewegen sich auf die Marktwirtschaft zu einem Zeitpunkt zu, da die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen ungünstiger und die Voraussetzungen für einen Erfolg schlechter sind, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Lassen Sie uns also zunächst einen Blick auf die wirtschaftlichen Herausforderungen werfen, denen wir uns gegenübersehen. Ich habe ein ständiges Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank gebeten, den Anfang zu machen und würde danach den "Vater des spanischen Wirtschaftswunders" ersuchen, sich anzuschließen.

Jochimsen

Ich habe bereits daraufhingewiesen, daß wir es gegenwärtig nicht nur mit Zyklusproblemen und Konjunkturschwankungen zu tun haben, sondern mit strukturellen Veränderungen und Verwerfungen, und ich gehe davon aus, daß diese im kommenden Jahrzehnt die bestimmenden Faktoren bleiben werden. Die Zäsur von 1989 in Deutschland und in Europa hat also nicht einfach einen marktwirtschaftlichen Urknall in den mittel- und osteuropäischen Ländern ausgelöst, und danach geht alles sehr schnell wieder so weiter, wie wir es gewohnt waren.

Ich nenne in diesem Zusammenhang drei Faktoren, vor allem mit Blick auf Deutschland, aber nicht nur.

Das eine ist die rasant steigende Zahl von Übersiedlern - wir haben in Deutschland immer noch eine erhebliche Binnenwanderung;- , Spätaussiedlern und Asylsuchenden. Die ganze Migrationsproblematik hat eine Dimension erreicht, die uns außerordentlich zu schaffen macht. Das gilt für ganz Europa und droht die soziale Infrastruktur, vor allem die Sozialleistungen und die sozialen Einrichtungen, völlig zu überfordern.

Das zweite betrifft Dinge wie Truppenreduzierungen und -rückführungen, Abrüstung und Reduktion der Waffenproduktion. Dies hat auch vielfältige wirtschaftliche und technologische Auswirkungen. So wird für die Vereinigten Staaten die Zahl von etwa einer Million Arbeitsplätzen genannt, die im Rüstungskomplex abgebaut worden sind. Das macht fast ein Prozent der Beschäftigten in den USA aus.

Drittens erwähne ich eine Reihe von Faktoren, die wir durch die Diskussion über Maastricht nicht mehr genügend beachtet haben und die mit dem Aufbau des Binnenmarktprogramms zusammenhängen. Ich denke etwa an die Stabilisierung des Europäischen Währungssystems seit 1983, die ja mehrere Facetten hat. So haben wir heute Finanzmärkte, und zwar nicht nur in Europa, sondern weltweit, die weitgehend dereguliert und liberalisiert sind und zugleich durch die Informations- und Kommunikationstechnik ein Ausmaß erreicht haben und mit einer Geschwindigkeit reagieren, die jede Kontrollfunktion außerordentlich schwierig macht.

Das hat sich beispielsweise beim New Yorker Bankenkollaps 1986/87 deutlich gezeigt. Ich nenne nur die Stichworte: Entstehen der bubble economy, zunächst asset inflation, dann asset deflation, vor allen Dingen in den angelsächsischen Ländern, aber auch in Japan und in den skandinavischen Ländern. Dieses keineswegs singuläre Phänomen hatte enorme Konsequenzen, nicht nur für die öffentliche, sondern vor allem für die private Verschuldung, für die Unternehmensfinanzierung und für eine veränderte Bankenstruktur (Stichwort: credit crunch). Gleichzeitig eine veränderte Wirksamkeit der geldpolitischen Instrumente. Jedenfalls sind die Verbraucher in ihren Verhaltensweisen sehr viel vorsichtiger geworden aufgrund der enormen Auf-und-ab-bewegungen am Kapitalmarkt.

Des weiteren erwähne ich die Währungsturbulenzen vom letzten September, die die fromme Lüge, es bestünde bereits de facto eine Währungsunion, entlarvten und weitere Anpassungen notwendig machten.

Dies ist insofern ein wichtiger Punkt, weil er sich auf die Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen der Unternehmen stark negativ auswirkt. Die Rahmenbedingungen sind diffus geworden. Wann wird Großbritannien ins EWS zurückkehren, wenn überhaupt? Wie ist es mit Italien - wie sieht dort die Zukunft aus? Solche Verunsicherungen machen uns deshalb so zu schaffen, weil die europäische Integration eben nicht nur im Handel besteht, sondern auch in Direktinvestitionen, in Unternehmensverflechtungen; Kooperationen bis in die mittelständischen Unternehmen hinein. Dies ist eine ganz andere Entwicklung, als wir sie etwa vordem Ersten Weltkrieg kannten, wo die wirtschaftliche Verflechtung auch sehr hoch entwickelt war.

Schließlich noch der Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen. Auf dem Kreditsektor etwa das Stichwort Allfinanz, die Frage also, ob die britischen Versicherungsunternehmen auf den Kontinent kommen dürfen, was ja Konsequenzen für die Beschäftigung auf dem Dienstleistungssektor haben wird. Aber die Auswirkungen der Integration sind keineswegs auf die Finanzwirtschaft beschränkt, sondern sie sind auch realwirtschaftlich spürbar. Integration zeichnet sich auch durch den Abbau hoheitlicher Interventionen der Nationalstaaten in die wirtschaftlichen Belange aus. Statt dessen entsteht ein großer Gemeinsamer Markt. Das heißt, wir erleben allenthalben Deregulierungen.

Hinzu kommt, daß die Standortfaktoren, die die Wirtschaftstätigkeit bestimmen, in den letzten Jahrzehnten entschiedene Veränderungen erfahren haben. Es gibt immer weniger sogenannte natürliche Standorte. Geologie, Geographie und Démographie verlieren ihren bestimmenden Einfluß. Man kann heute fast überall Standortqualitäten erzeugen, wenn man genügend Intelligenz und Geld investiert. Die sogenannten weichen Standortfaktoren gewinnen immer mehr an Bedeutung. Das wirkt insofern verunsichernd, als es heute keine klare Standortverteilung, wie wir sie noch im 19. oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten, mehr gibt.

Das hat erhebliche politische Konsequenzen. Wer sichert unter diesen Umständen die Beschäftigung? Das Kapital kann wandern. Sind es also die Nationalstaaten oder ist es die Europäische Gemeinschaft? Von daher versteht sich die Renaissance der Regionen und die Stärkung der regionalen Faktoren. In Kombination mit den weichen Standortfaktoren, zu denen natürlich Wissenschaft, Forschung, Bildung, Kooperationsbereitschaft des Mittelstandes, Qualität der Infrastruktur zu rechnen sind, liegen hier durchaus Ansatzpunkte für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Zugleich sehe ich wie Ralf Dahrendorf die Gefahr, daß dabei Provinzialismus und Egoismus die Oberhand gewinnen. Hier entstehen Spannungen, die die Zentralstaaten viel härter treffen als etwa Deutschland mit seiner föderalen Struktur. Aber sehen Sie sich die Auswirkungen auf die Regionen etwa in Spanien oder in Belgien an. Da sind unterhalb der nationalstaatlichen Ebene Kräfte am Werk, die eine neue Regionen-Ebene notwendig machen.

Diese Entwicklungen betreffen nun aber das politische System, das ja Legitimität erzeugen, Beschäftigung sichern und Zukunftschancen eröffnen muß, was nur noch indirekt und nicht mehr direkt gelingen kann. Von daher ist es nicht verwunderlich, wenn William R. Smyser die Gefahr einer Renaissance des Merkantilismus beschwört. Deregulierung der Märkte, Schaffung eines großen Binnenmarktes und Regionalismus sind drei Seiten ein und derselben Sache. Merkantilistisches Verhalten kann aber nicht die Antwort auf diese Entwicklung sein. Hier liegt eine gewaltige Gestaltungsaufgabe.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und frage: Womit kann eigentlich der Standort Europa seine Zukunft in der Weltwirtschaft sichern? Wir verfügen zweifellos über enorme technologische Kapazitäten. Aber Blaupausen schaffen noch keine Beschäftigung, zumindest nicht im ausreichenden Maße. Auf der anderen Seite führen die veränderten Standortmöglichkeiten gerade bei den Massenproduktionsgütern zu einer ganz neuen Situation in Europa, insbesondere in Deutschland.

Europa ist nach 1989 gewissermaßen in seine geopolitische Normallage zurückgekehrt. Das heißt, es sind nicht mehr die Nord-Süd-Beziehungen, die dominieren, sondern wieder die West-Ost-Beziehungen. Jetzt sind etwa Böhmen und Mähren für Sachsen und Bayern neue Standorte für billige Zulieferer, auf die man Wert legt. Dadurch verändert sich aber die Struktur der Arbeitsteilung. Deshalb ist es für uns außerordentlich wichtig, daß wir bei den qualitativ hochwertigen Produkten und Verfahren einen Vorsprung wahren. Das bedingt etwa hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung. Diese Faktoren bleiben enorm wichtig, ebenso wie die Stärkung der mittelständischen Unternehmen.

Ich komme noch einmal zurück auf das Spannungsverhältnis: Rahmensetzung auf europäischer Ebene, Beibehaltung des nationalen Sozialstaates, Stärkung der regionalen Entwicklungspotentiale durch Kooperation vor Ort. Das führt beispielsweise zu einer grundlegenden Verschiebung der Parteieninteressen und -landschaften. Das zeigt sich bereits deutlich im Europäischen Parlament, wo regionale Allianzen auf einmal eine große Rolle spielen und wichtiger sind als parteipolitische Orientierungen.

Noch ein Blick auf Deutschland, das sich gegenwärtig in einer aus mehreren Gründen besonders komplizierten Lage befindet. Bei uns hat die Schönwetterperiode seit etwa 1987 die Diskussion über die Zukunft des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland verschoben. Wir haben bei gleichbleibenden nominalen Wechselkursen eine reale Abwertung der D-Mark erlebt in einer Situation, in der wir stabilitätspolitisch besser waren als die anderen EG-Mitglieder. Das hat sich jetzt

umgekehrt. Das heißt, wir sind stabilitätspolitisch sehr viel schlechter dran als die anderen und liegen vielleicht nur noch an neunter Stelle im Reigen der Zwölf. Die anderen Industrieländer liegen jetzt vor uns. Während andere Länder ihre Wechselkurse nominal zum Teil kräftig abgewertet haben, ist bei uns der Wechselkurs stabil gehalten worden. Auf diese Weise sind unsere Exportmöglichkeiten tendenziell stark eingeschränkt, wenn wir nicht in der Produktpalette und in der Kostenstruktur reagieren.

Natürlich ist hinsichtlich der Finanzierung der deutschen Einheit einiges schiefgelaufen. Die Vorstellung, man könne in Ostdeutschland in zwei bis fünf Jahren blühende Landschaften schaffen und dies dann auch noch gewissermaßen aus der Westentasche finanzieren durch die Steuerermehreinnahmen, die das einigungsinduzierte Wachstum bringen würden, war sicher eine grandiose Fehleinschätzung. Gewiß, es hat einigungsinduziertes Wachstum gegeben. Immerhin konnten wir den Konjunkturzyklus in Deutschland um zwei bis zweieinhalb Jahre hinausschieben. Die Rezession, die uns jetzt erreicht hat, hat in anderen Ländern schon 1989/90 begonnen.

Wir haben zu stark gestiegene Lohnstückkosten, eine viel zu rasant steigende Steuer- und Abgabenquote, was mir große Sorgen bereitet, und eine unverändert hohe Ausgabenquote. All dies trägt nicht eben zur Förderung der Wachstumskräfte bei. So sehr zu begrüßen ist, daß der sogenannte Solidarpakt durch das föderale Finanzkonzept zwischen der Bundesregierung und allen Bundesländern zustande gekommen ist - was eine große politische Leistung darstellt;- , so ist doch kritisch anzumerken, daß er ein zu hohes Ausgabenniveau festschreibt. Und so sehr zu begrüßen ist, daß der Metallarbeiterstreik in Sachsen und anderen neuen Bundesländern deutlich gemacht hat, daß tarifvertragliche Grundsätze Gültigkeit beanspruchen und daß man auch eine Perspektive für einen einheitlichen Arbeitsmarkt braucht, ist auf der anderen Seite eine zu starke Kostenbelastung bestimmter Sektoren nicht zu übersehen.

Die Schlüsselfrage für die deutsche Wirtschaftspolitik lautet: Wie wird die originäre Wertschöpfungsbasis in den neuen Ländern gewährleistet, damit dort nicht ein Mezzogiornoproblem entsteht? Nun, das werden wir schon von Staats wegen zu verhindern wissen, aber die Kosten dafür sind unglaublich hoch, und der Druck auf die Bundesbank, in dieser Situation billiges Geld zur Verfügung zu stellen, ist auch sehr groß.

Wir befinden uns also in folgendem Trilemma: Die Geldpolitik stimmt mit der Finanzpolitik nicht überein. Die Lohn- und Einkommenspolitik, die sich jetzt in sehr viel vernünftigeren Bahnen bewegt, hat zwei Jahre dafür gebraucht, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Da hat es sehr viel an Einsicht gegeben, und es ist nicht zu bestreiten, daß auch reale Einkommenseinbußen stattfinden. Das heißt, die Realeinkommen sinken in Deutschland, und zwar nicht nur bei den Arbeitnehmern. Daran führt auch kein Weg vorbei. Aber diesen Prozeß haben wir mit hohen Zinsen und einer enormen Kostenbelastung für die deutsche Wirtschaft durchgezogen.

Zugleich entsteht ein Problem dadurch, daß die D-Mark zur Ankerwährung im Europäischen Währungssystem geworden ist und verschiedentlich Stimmen laut werden, die eine Abwertung der D-Mark fordern. Dies ist aber deshalb nicht möglich, weil wir sonst in Europa die Stabilität nicht wiedergewinnen werden, wenn man einmal in eine Sequenz von Abwertungen hineingerät. Gott sei Dank unterstützen uns Länder wie Frankreich, die Niederlande, Belgien, Dänemark in der Ankerfunktion.

Aber wir befinden uns hier auf einer Gratwanderung; denn Deutschland ist jetzt auf Kapitalimport angewiesen. Wir haben gegenwärtig ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 40 Milliarden D-Mark, das sich kurzfristig kaum verringern wird und das finanziert werden muß. Dazu gehört Vertrauen. Denn Dinge wie Kapitalverkehrskontrollen und dergleichen stehen uns auf den deregulierten Märkten nicht zur Verfügung. Um Vertrauen zu gewinnen, sind die Institutionen gefordert, auch wenn es weh tut.

Die deutsche Politik muß die Fähigkeit wiedergewinnen, diese vielfältigen Prozesse zu beherrschen. Das setzt aber voraus, die schwierige Situation zunächst offenzulegen, was sich der kundige Thebaner ohnehin zusammenreimen kann. Aber wir stehen wirklich vor äußerst kritischen Monaten und Jahren in Deutschland.

The Lord Dahrendorf

Herr Jochimsen hat eine Reihe von Faktoren zur wirtschaftlichen Situation in Europa aufgelistet, die nicht nur konjunkturell bedingt sind und mit denen wir uns so oder so auseinandersetzen müssen. Das betrifft die Migrationsproblematik genauso wie die Folgen der Abrüstung für Arbeitsplätze. Dann die Frage der Deregulierung der Märkte und die damit verbundenen Auswirkungen, die unter anderem zu

einer neuen Kräfteverteilung zwischen den nationalen und regionalen Wirtschaftskräften in Europa führen.

Herr Jochimsen hat über Ungewißheiten und Unsicherheiten gesprochen, die durch das Ungewisse Schicksal des europäischen Wechselkursmechanismus entstanden sind. Er hat sich über geopolitische Normalität und schließlich zu den spezifisch deutschen Belangen geäußert.

So ergibt sich eine ganze Reihe von Faktoren, die nicht einfach abgehakt werden können, weil irgendein geheimnisvoller Konjunkturaufschwung erfolgen könnte, sondern mit denen wir uns sicher längerfristig auseinandersetzen haben. Obwohl er das Wort "strukturell" vermieden hat - als Wirtschaftsexperte hört er es wahrscheinlich nicht gern;- , hat er eben die strukturellen Veränderungen, mit denen wir irgendwie fertig werden müssen und die ihrerseits politische und wirtschaftliche Folgeerscheinungen zeitigen, erwähnt.

Livingston

Ich möchte nur zu einem Punkt Stellung nehmen, den Amerikaner meist nicht so verstehen, wie es nötig wäre. Das ist die Umverteilungsproblematik in Deutschland. Es geht um den politischen und gesetzlichen Imperativ, einen Ressourcentransfer zu leisten, um annähernd gleiche Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu schaffen.

Ein solches Konzept, das in Deutschland verfassungsmäßig und politisch fest verankert ist, ist uns Amerikanern recht fremd, insbesondere das Ausmaß der gegenwärtigen Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland, das Minister Boyer vorhin erwähnt hat. Ob es dabei um jährlich 100 Milliarden Dollar oder mehr geht, darüber kann man streiten; denn es gibt ja auch Einnahmen aus dem Osten Deutschlands. Aber die genannte Dimension ist sicher zutreffend. Das heißt, in einem einzigen Jahr wird in Deutschland mehr Geld transferiert, als die USA seinerzeit mit dem Marshallplan in drei Jahren für ganz Westeuropa zur Verfügung gestellt haben.

Es handelt sich somit um eine ungewöhnlich hohe Summe. Obwohl davon natürlich auch etliches in den Konsum fließt, dürften wenigstens 20 - 25 Milliarden Dollar, also etwa ein Viertel, für Investitionen aufgewendet werden, vor allem zur Verbesserung der Infrastruktur. Wenn Sie das mit den Investitionen vergleichen, die in jedem der ost- und mitteleuropäischen Staaten geleistet werden, dann zeigt sich, daß der Anteil auch bei den Investitionen beträchtlich ist.

Ich betone dies deshalb, weil in Deutschland der Staat immer noch eine sehr große Rolle in der Wirtschaft spielt und wohl auch in Zukunft spielen wird.

Bill Bradley hat bei der Aufzählung der drei Werte, denen wir uns alle verpflichtet fühlen, an dritter Stelle die Wirtschaftsfreiheit genannt, wobei der Staat dafür zu sorgen habe, daß Exzesse vermieden werden. Diejenigen, die sich hier dazu geäußert haben, konzentrierten sich immer auf die wirtschaftliche Freiheit beziehungsweise den ökonomischen Liberalismus, während sie den zweiten Teil seiner Aussage unter den Tisch fallen ließen. Ich weise deshalb besonders daraufhin, weil die Treuhänder nach Ablauf ihrer Tätigkeit wahrscheinlich gezwungen sein wird, eine große Zahl von Staatsbetrieben aus der früheren DDR auch in Zukunft in staatlicher Hand zu belassen. Dies ist ein weiteres Element, das die Amerikaner nicht genügend in Rechnung stellen: daß in Deutschland der Staat weiterhin eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft spielen wird.

Boyer

Zunächst will ich die kurz- und mittelfristige Situation umreißen. In Kontinentaleuropa befinden wir uns zur Zeit auf dem Tiefpunkt des Konjunkturzyklus. Dies trifft nicht für die angelsächsischen Länder zu, und es ist eines der sonderbarsten Merkmale des letzten Zyklus, daß er in den USA, Kanada und Großbritannien vor einem oder zwei Jahren den Tiefpunkt erreichte. Für uns dagegen ist das Jahr 1993 am schlimmsten. Wie dem auch sei, das Wirtschaftsszenario in Europa wird von dieser Krise beherrscht, die ein unerwartetes Ausmaß angenommen hat.

Daß die Krise nach den Ölshocks in den siebziger Jahren spezifische Ursachen hatte und besonders schwerwiegend war - ausgelöst durch einen ungewöhnlich heftigen Angebotsschock;- , war einleuchtend. Aber wir waren doch überzeugt, daß wir die eher konventionellen Schwankungen des Wirtschaftszyklus beherrschen könnten, vorausgesetzt, daß sich die Versorgungskrise der siebziger Jahre nicht wiederholte. Deshalb traf uns zumindest in Europa die Schwere der Krise unvorbereitet, und wir wissen nicht recht, wie wir ihr begegnen sollen.

Ein Hoffnungsschimmer ist, daß die US-Wirtschaft und auch die britische Wirtschaft sich zu erholen beginnen, obwohl sich der ökonomische Trend in den USA in den ersten Monaten dieses Jahres

wieder etwas abgeschwächt hat. Aber das könnte eine Schwankung auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung sein.

Dennoch trifft es zu, daß die Vereinigten Staaten durch die Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanz ein Problem haben. Sie war während des Golfkrieges außerordentlich positiv gewesen aufgrund von Kostenerstattungen seitens der Bündnispartner. Aber seit diesem künstlichen Ausgleich vom Winter 1991 hat sich die Zahlungsbilanz der USA laufend verschlechtert und damit den Trend der vergangenen Jahre umgekehrt. Dieses Problem ist um so gravierender, als die USA bereits das Hauptschuldnerland in der Welt sind.

Doch die Wirtschaftskrise in Europa ist wirklich sehr tiefgreifend. Wenn wir als Ursache nur einen Faktor herausgreifen, dann sind hier die besonderen Anstrengungen zu erwähnen, die mit der deutschen Vereinigung verbunden sind, und die Art und Weise, wie Deutschland damit umgeht. Dazu rechne ich etwa die Weigerung, die Steuern für eine Zeitlang zu erhöhen - wahrscheinlich wäre ein solcher Schritt aus Wahlkampfgründen für die Regierung unklug gewesen. Zum anderen denke ich an den Beschluß, den Umtauschkurs der Ostmark zur D-Mark auf 1:1 festzusetzen. Drittens nenne ich die Transferpolitik, durch die Einkommen vom Westen in den Osten transferiert wurden, um den Lebensstandard für die dortige Bevölkerung halten zu können, die aus einem System kam, das keine Vorkehrungen gegen Arbeitslosigkeit kannte.

Ich meine, diese wirtschaftliche Vorgehensweise, um die östlichen Bundesländer den westlichen anzugleichen, war politisch unvermeidbar. Anderenfalls wäre man mit Problemen konfrontiert worden, die in der Folge aus einer massiven Abwanderung nach Westdeutschland entstanden wären und wahrscheinlich noch größere Schwierigkeiten verursacht hätten. Dann hätten nämlich die höchstqualifizierten Arbeiter den Osten verlassen und damit diesen Teil Deutschlands in einem Augenblick geschwächt dem es dringend des Aufschwungs bedurfte, abgesehen von massiven Wohnungsproblemen und vermutlich auch einer wachsenden Feindseligkeit bei der Bevölkerung der alten Bundesländer.

Ich glaube nicht, daß man einen anderen Weg hätte einschlagen können. Natürlich wird jeder Wirtschaftsfachmann diese Vorgehensweise kritisieren. Ich erinnere nur an den Präsidenten der Bundesbank, der heftige Kritik an der wirtschaftlichen Logik dieses Prozesses geübt hat. Zweifellos war dies eine schlechte Wirtschaftspolitik; aber politisch gesehen, war es der einzig gangbare Weg.

Ökonomisch gesehen war diese Art der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands der Versuch einer "Quadratur des Kreises". Dies ist äußerst schwierig. Die augenfälligsten Konsequenzen dieser Entwicklung waren die Zinssätze, die eine sehr problematische Höhe erreichten und aufgrund des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems auf das übrige Europa zurückwirkten. Dies hat zur Aufrechterhaltung der sehr hohen Zinssätze geführt in einer Phase wirtschaftlicher Rezession, wo eine Senkung notwendig oder zumindest wünschenswert gewesen wäre, wie dies in den USA in den letzten Jahren der Fall war. So hat ganz Europa heute unter den hohen Zinssätzen zu leiden, die durch die Kosten der deutschen Wiedervereinigung verursacht worden sind.

Das verweist auf ein anderes ernsthaftes Problem, nämlich das öffentliche Finanzdefizit. Hier sind die finanziellen Belastungen als Ergebnis der horrenden Staatsverschuldung von größter Bedeutung. Dieses Defizit kann sich nicht verringern; denn je höher die Zinsen sind, desto größer ist das Haushaltsdefizit. Das freilich ist ein Problem, das ganz Europa, ja die ganze Welt betrifft.

Ich würde jetzt gern für einen Moment die innereuropäische Szene beleuchten. Von allen westeuropäischen Staaten steckt Spanien wahrscheinlich am tiefsten in der Krise als Folge der spanischen Arbeitsmarktsituation mit extrem hoher Arbeitslosigkeit, unter der Spanien mehr leidet, als die meisten anderen europäischen Länder. Ein Problem allerdings, unter dem die ganze westliche Welt zu leiden hat, das aber in Europa gravierender ist als in den Vereinigten Staaten und innerhalb Europas die EG-Länder stärker betrifft als die EFTA-Länder.

Diese Erscheinung ist das Gegenstück zu dem, was wir die "non-accelerating rate" der Arbeitslosigkeit oder die "natürliche" Arbeitslosenrate nennen. Damit ist gemeint, daß bei gleichbleibender Inflationsrate die Arbeitslosigkeit in den letzten 10 Jahren fortlaufend angestiegen ist. In Europa betrug die Arbeitslosenquote während der Hochkonjunktur in den 80er Jahren 7,5 Prozent, was schon sehr hoch ist. Jetzt, da sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert hat, nähert sich diese Quote der 11-Prozent-Marge, und das ist normal. In Spanien dagegen lag die Arbeitslosenquote in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der Zeit wirtschaftlicher Erholung im Minimum bei 16,3 Prozent und ist mittlerweile auf 21 Prozent angestiegen. So ist die Mindestrate der Arbeitslosigkeit im zyklischen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung in einer fortgesetzten Steigerung begriffen, und das ist in der

gesamten westlichen Welt der Fall. In den USA, in Skandinavien und den anderen EFTA-Staaten ist dieses Phänomen, wie gesagt, weniger ausgeprägt, aber innerhalb der EG sehen wir diese Entwicklung mit Schrecken.

Im Grunde ist die Erklärung - und dazu gibt es zahlreiche Studien;-, daß der Arbeitsmarkt in den westeuropäischen Ländern, vor allem in denen der EG, immer unbeweglicher geworden ist und man kaum noch von einem Sektor in einen anderen umschichten kann. Die Arbeitnehmer wechseln nur widerwillig von einer Branche in eine andere. Dazu verzeichnen wir eine wachsende Unsensibilität zwischen Löhnen und wirtschaftlichen Trends.

Auch in dieser Hinsicht ist Spanien das extreme Beispiel. Wie gesagt, haben wir eine Arbeitslosenquote von 21 Prozent, und unsere Löhne steigen in diesem Jahr um 6,5 Prozent bei einer Inflationsrate von 4,5 Prozent.- In Deutschland dagegen, das mit 4 - 4,5 Prozent eine ähnlich hohe Inflationsrate aufweist, sind die Lohnsteigerungen sogar unter diesem Prozentsatz geblieben aufgrund des Solidarpaktes zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern.

All das ist im höchsten Maße beunruhigend, zumal sich dieses Phänomen von Jahr zu Jahr verschärft. Dies ist in der Tat eine der schwierigsten Fragen, die sich uns gegenwärtig stellen und mit der wir auch in der nahen Zukunft weiter zu tun haben werden.

Es war zudem ein ausgesprochen unglücklicher Umstand, daß diese Krise mit schwierigen Phasen im europäischen Einigungsprozeß zusammenfiel. Eine derartige Krisensituation wie im letzten und in diesem Jahr ist keine sehr gute Voraussetzung, um nationale Hindernisse ab- und den großen Gemeinsamen Markt aufzubauen oder die Völker zu veranlassen, von nationalen Egoismen Abstand zu nehmen. Der ideale Zeitpunkt wäre natürlich, wenn sich die Erwartungen auf einen Wirtschaftsboom richten, beziehungsweise die Wirtschaftslage einigermaßen stabil ist. Aber die ökonomische Situation hat sich von 1989/90 über 1991,1992 bis heute ständig verschlechtert, und auch die Begeisterung für die Europäische Währungs- und Wirtschaftsunion hat merklich nachgelassen, wie wir alle feststellen konnten.

Hinzu kommt, daß die schwindende Euphorie gleichzeitig mit einem wiedererwachenden Nationalismus zusammenfiel, der durch den Zusammenbruch des Kommunismus zweifellos wiederbelebt wurde. Gewiß war der Nationalismus ein wichtiges Element, das mit zum Zerfall des Ostblocks geführt hat; denn alle diese Länder wollten den Machtbereich der früheren Sowjetunion verlassen. Aber das hatte auch Folgen in Westeuropa, und wir können uns nicht vor dieser nationalistischen Welle gefeit fühlen, deren Konsequenzen wir in Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion sehen. In gewissem Sinne greift dies auch auf die westlichen Länder über und hat sicherlich eine Rolle beim Referendum in Frankreich gespielt. Wieweit das Referendum in Dänemark davon beeinflusst war, ist schwer zu sagen; in jedem Falle hat diese Entwicklung die europäische Sache beeinträchtigt.

Der dritte negative Faktor war die enorme Anstrengung der deutschen Wiedervereinigung. Ich habe bereits erwähnt, daß die USA zwischen 1949 und 1955 jährlich etwa 17 Milliarden Dollar nach ganz Europa transferiert haben. Die deutsche Regierung dagegen hat allein im vergangenen Jahr 65 Milliarden Dollar in die neuen Bundesländer transferiert. Das ist 3,8mal so viel wie der gesamte Marshallplan für ganz Westeuropa. Sicher war es damals leichter, die wirtschaftliche Gesundung der Europäer einzuleiten, zumal niemandem im Traum eingefallen wäre, seinen Vorkriegslebensstandard anzustreben, ohne dafür langjährige Anstrengungen zu unternehmen.

Die Hilfe für den Osten ist bereits erwähnt worden, wobei die Meinung vorherrscht, daß der politischen Stabilität im Osten Priorität zukommt. Ohne politische Stabilität und ohne rechtliche Rahmenbedingungen wäre fast jede Hilfe umsonst. Wenn es nicht gelingt, dort die für die Marktwirtschaft notwendigen Institutionen und Gesetze zu schaffen, kann der Prozeß überhaupt nicht in Gang kommen. Eine andere Frage ist, daß der Westen sicher nicht über genügend Mittel verfügt, um die Probleme der osteuropäischen Länder zu lösen, wenn diese sich nicht selbst helfen, indem sie beispielsweise ihre Sparrate steigern. Aber es ist völlig unmöglich, das, was die deutsche Bundesregierung für die ostdeutschen Länder getan hat, etwa auf die frühere Sowjetunion übertragen zu wollen. Dafür ist das Problem dort zu groß, und wir können unter keinen Umständen die immensen Summen aufbringen, die auch nur in etwa jenen Dimensionen entsprächen.

Im Osten wird man eine Periode harter Maßnahmen durchlaufen müssen mit weitaus höheren Sparraten, um die russische Wirtschaft und Industrie wieder auf Vordermann zu bringen. Natürlich heißt das nicht, daß westliche Investitionen nicht eine entscheidende Rolle spielen werden, vor allem auf dem Energiesektor, wo sie dringend benötigt werden.

Im übrigen unterstreichen die Schwierigkeiten Rußlands nur die Notwendigkeit - und das ist von politischer Konsequenz;- , das chinesische Modell zu unterstützen, bei dem eine kapitalistische Wirtschaft unter dem Regime einer sogenannten marxistisch-leninistischen Diktatur vorbereitet wird. Verglichen mit den Problemen Rußlands ist allerdings anzunehmen, daß, falls die Chinesen mit ihrer eigenwilligen Wirtschaftspolitik noch einige Jahre durchkommen, sie sich weitaus geringeren Schwierigkeiten gegenübersehen werden als gegenwärtig die Länder der ehemaligen Sowjetunion. Wie sehr wir auch das politische System in China ablehnen mögen, wir werden vermutlich nicht darum herumkommen, die dortige Entwicklung zu unterstützen.

Ich erwarte also auf lange Sicht gewaltige Herausforderungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Denn wo es heute um die Gesundung Rußlands und der Ukraine geht - den Fall China habe ich gerade angesprochen;- , wird es in Zukunft - nach einer erfolgreichen Lösung - auch für Europa eine enorme Herausforderung bedeuten. Wir erleben ja bereits, wie hart der Wettbewerb mit Ländern wie Südkorea, Taiwan, Hongkong und so weiter ist. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, was es heißt, wenn 1,2 Milliarden Menschen einer ähnlichen Rasse mit gleichen Fähigkeiten auf der Bühne der Marktwirtschaft erscheinen und wirtschaftlichen Wettbewerb auf sehr niedrigem Lohnniveau betreiben. Dies wird auch mit Rußland und den anderen osteuropäischen Ländern in ein oder zwei Jahrzehnten geschehen. Es wird ernsthafte Probleme mit sich bringen, unseren Lebensstandard gegen diese Konkurrenz zu behaupten.

Von den ökonomischen Prinzipien her kann man das sicher alles lösen. Hier geht es weniger um die Prinzipien. Jeder frischgebackene Wirtschaftler weiß, wenn die Löhne in Spanien nicht in einem solchen Tempo anstiegen, wäre die Arbeitslosigkeit wesentlich geringer. Tatsache ist jedoch, daß wirtschaftliche Vernunft nicht gerade in vielen Ländern herrscht. Selbst wenn es somit aus ökonomischer Sicht prinzipiell eine Lösung gibt, kann es gut sein, daß wir nicht einsichtig genug sind, diese grundlegenden Elemente der Ökonomie mit der Politik zu vereinbaren und jedermann die möglichen Lösungen verständlich zu machen. Das ist zumindest meine Befürchtung.

Kielinger

Was den Kapitaltransfer von West- nach Ostdeutschland angeht, so liegen die tatsächlichen Zahlen noch erheblich höher, Herr Boyer. Für 1991 geht es dabei um 150 Milliarden D-Mark, für 1992 um 142 Milliarden und für das laufende Jahr hat die Bundesregierung kürzlich 183 Milliarden D-Mark genannt. Von diesen fließen allenfalls 20 Prozent in Investitionen, wie Herr Livingston sagte; die überwiegenden Zahlungen sind reine Umverteilung.

Das Desaster des Wohlfahrtsstaates kann man aus zwei Thesen ableiten: Herr Jochimsen hat die Mobilität des Kapitals aufgezeigt, das praktisch überall hinwandern kann, und Herr Boyer hat deutlich gemacht, daß die Arbeit weitgehend immobil geworden ist. Das ist der vorprogrammierte Konflikt der nächsten Jahre.

Tugendhat

Es ist die Frage aufgekommen, ob Großbritannien zum Europäischen Währungssystem (EWS) zurückkehrt oder nur zum Europäischen Wechselkurs-Mechanismus. (EWM).

Ich mache einige Vorbemerkungen zum besseren Verständnis des Zusammenhangs. Ich war Mitglied der Kommission von Roy Jenkins, der den ursprünglichen Vorschlag zum EWS in seiner großen Rede in Florenz vortrug. Ich habe ihn, anders als meine deutschen und französischen Kollegen, wirklich unterschätzt, wie sich Pauline Neville-Jones erinnern wird. Ich war also sowohl vom Gefühl wie vom Verstand her an den Konzepten für eine Europäische Währungsunion beteiligt.

Ich habe es sehr bedauert, daß Großbritannien nicht von Anfang an dabei war und die Gelegenheit versäumt hat, 1985 beizutreten, und als es dann beitrat, dies bei einem zu hohen Wechselkurs tat, ohne Einverständnis mit der Bundesbank und nicht willens, die Währungsparität den wechselnden Bedingungen anzupassen, wie dies die Regeln des Spiels erlauben und geboten hätten. Doch stellt sich nicht die Frage, ob und wann wir wieder zum EWM zurückkehren werden, sondern was geschehen mußte, bis Großbritannien selbst bereit wäre, dorthin zurückzukehren. Das ist keinesfalls das gleiche.

Lassen Sie mich zunächst zum EWM einige Worte sagen. Ich bedauere sehr, daß in den letzten Jahren die Einhaltung des EWM gleichbedeutend mit hoher Arbeitslosigkeit, Rezession und hohen Zinsen geworden ist. Statt Motor für wirtschaftliches Wachstum zu sein, war es im Gegenteil Auslöser für wirtschaftlichen Niedergang. Das ist politischpsychologisch von großer Bedeutung.

Außerdem ist das Spiel noch nicht zu Ende. Denn die britische Wirtschaft läuft zur Zeit recht gut im Vergleich zu ihren Nachbarn auf dem Kontinent und wird wahrscheinlich in den nächsten 18 Monaten noch besser dastehen. Es besteht somit die Gefahr, daß man vielerorts - vor allem aber in Frankreich, wo man sehr genau beobachtet, was in Großbritannien geschieht - nachdenklich wird, daß die Währungsschlange nicht nur der eigenen Wirtschaft geschadet hat, sondern daß sie zu verlassen geradezu einen Schlüssel für weiteres Wachstum bedeutet. Aus diesem Grunde sähen es insbesondere Delors, aber auch einige Leute in Paris recht gern, wenn die britische Wirtschaft einbrechen würde, weil man sonst befürchtet, der britische Erfolg könnte als ein entsprechender Kommentar zum Wechselkurs-Mechanismus aufgefaßt werden. Das müssen wir leider so sehen.

Ein zweiter Punkt betrifft die scheinbare Unvermeidlichkeit des EWM. Es wurde auf den Märkten weithin angenommen, dies sei eine entscheidende Stufe auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion, und die auf politischer Ebene erreichten Übereinstimmungen müßten notwendigerweise zur Europäischen Währungsunion führen. Dies hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Wechselkurse zu akzeptieren. Das ist jetzt vorbei. Die Geschichte vom "Kaiser ohne Kleider" eignet sich für diese Situation besonders gut.

Nicht nur der Anschein der Unvermeidlichkeit ist dahin, sondern auch die Ziele sind unglaublich geworden, die im Maastricht-Vertrag genannt werden. Wenn ich von Unglaublichkeit spreche, meine ich nicht nur Italien, wo sie am ausgeprägtesten ist, oder Spanien und selbst Großbritannien, sondern Belgien, dessen öffentliche Verschuldung über hundert Prozent des Bruttosozialprodukts beträgt, und natürlich auch Deutschland, wo die öffentliche Verschuldung steigt.

Man hat es also mit einer Situation zu tun, wo jemand wie der belgische Finanzminister auf der einen Seite davon spricht, das Tempo in Richtung europäische Einheit und Maastricht zu beschleunigen, zugleich aber auf der anderen Seite sagt, die Regeln sollten gelockert werden. In der Tat, sobald die belgische Regierung in ihrem eigenen Parlament versucht, die Maßnahmen durchzusetzen, die notwendig wären, um den Maastricht-Beschlüssen zu entsprechen, mißlingt dies.

Ich würde jetzt gern einen Blick auf Deutschland werfen und mit einer historischen Bemerkung beginnen. Ich nehme nicht an, irgend jemand an diesem Tisch ist der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer Finanzierung des Vietnamkrieges beabsichtigten, das System von Bretton Woods zu zerstören. Daran dürfte selbst Lyndon B. Johnson nicht für einen Moment gedacht haben. Er wußte aber, daß er nicht die Steuern erhöhen konnte, um den Vietnamkrieg zu bezahlen. Deshalb mußte er das durch Erhöhung der Staatsverschuldung tun. Die Konsequenz einer solchen Finanzierung des Vietnamkrieges war jedoch, daß auf diese Weise schon nach sehr kurzer Zeit das System von Bretton Woods unterminiert und zerstört wurde.

Mutatis mutandis gibt es hier eine Parallele zur deutschen Einigung und dem Weg zur Europäischen Währungsunion. Ich möchte wirklich nicht mißverstanden werden und gehe ohne weiteres davon aus, daß das deutsche Engagement für den Wechselkursmechanismus, das Europäische Währungssystem und die Währungsunion vollkommen ernst gemeint ist. Doch die Folgen der Finanzierung der deutschen Einheit in der Form, wie dies geschieht, hat den Weg zur Europäischen Währungsunion auf lange Zeit blockiert.

Ich meine damit: Man kann kein Währungssystem haben - ob weltweit als Bretton-Woods-System oder auf europäischer Ebene als Europäisches Währungssystem;-, wenn die zentrale Macht, die vorherrschende Währung und dominierende Wirtschaft nicht stabil, verlässlich und nichtinflationär ist. Wenn diese Merkmale verlorengehen, wenn die Entwicklung einerseits unkalkulierbar und andererseits inflationär wird, ist es äußerst schwierig, darauf das Gebäude von Bretton Woods oder das Europäische Währungssystem zu errichten.

Die Tatsache, daß andere Länder stabiler sind und bessere wirtschaftliche Daten aufweisen, ist in dieser Hinsicht kein Trost. Als es den Vereinigten Staaten nicht gelang, die zentrale Rolle in Bretton Woods zu erfüllen, war die Bundesrepublik Deutschland in vieler Hinsicht ein Vorbild an wirtschaftlicher Stabilität. Doch das konnte den Ausfall der Vereinigten Staaten nicht wettmachen. Deshalb kann auch die Tatsache, daß die französische Wirtschaft oder die eines anderen Landes gegenwärtig vorbildlich stabil sein mag, den Ausfall der Bundesrepublik im europäischen Zusammenhang nicht kompensieren.

Bedeutet dies, daß wir nie zu einer Europäischen Währungsunion kommen werden? Das glaube ich nicht. Der Schritt zur Währungsunion, der mit Maastricht gleichgesetzt wird, war sozusagen der dritte Versuch. Der erste war der Werner-Plan. Der zweite war der von Roy Jenkins initiierte Start des Europäischen Währungssystems, und der dritte ist Maastricht. Ich habe keine Zweifel, daß es einen vierten und vielleicht sogar einen fünften Versuch geben wird.

Falls der Binnenmarkt hält - und dieses "falls" ist unter den gegenwärtigen Umständen angebracht - und die gegenseitige Durchdringung der europäischen Volkswirtschaften sich fortsetzt, werden der dem zugrundeliegenden Imperativ und die dementsprechende Logik dazu führen, daß die Menschen in Begriffen einer Europäischen Währungsunion denken.

Das ist aber an zwei Bedingungen geknüpft. Zum einen sollte - in der Sprache der europäischen Kommission - ein vernünftiges Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Ökonomien der beteiligten Länder bestehen, und zwar in der Form, wie dies vor der deutschen Einigung und der Öffnung der früheren kommunistischen Länder der Fall war.

Die zweite Bedingung ist - und dem messe ich auch Bedeutung bei;-, daß die Forderung von unten kommt und nicht von oben verordnet wird. Einer der Gründe, warum das Unternehmen Binnenmarkt bislang so gut gelaufen ist, liegt nicht nur daran, daß Delors den richtigen Zeitpunkt ergriffen hat und Lord Cockfield mit dem Plan zur Stelle war, sondern daß Industrie und Handel in ganz Westeuropa nach dem Binnenmarkt verlangten. Natürlich haben alle möglichen Gründe dafür gesprochen, aber gleichwohl waren sie von erheblicher makro-ökonomischer und politischer Bedeutung.

Deshalb bedarf es eines Delors, um die Gelegenheit beim Schöpf zu packen, und eines Lord Cockfield, um den Plan vorzulegen. Aber es muß noch etwas hinzukommen, was den Wünschen der Wirtschaft entspricht und nicht nur von oben verordnet ist.

Jochimsen

Sir Christophers kluges Plädoyer erscheint mir an zwei Stellen in der Logik nicht ganz schlüssig. Was die Währungsentwicklung angeht, sollte man auf das Jahr 1931 zurückgehen. Damals hat Großbritannien das britische Pfund abgewertet, das damit seine Ankerfunktion verlor. Bretton Woods war der Versuch, hier wieder eine Ordnung zu etablieren. Ich sehe jedoch keine realistische Grundlage, dahin zurückzukehren, weil dies nur möglich wäre, mit einer weitgehenden Preisstabilität, die unter den beteiligten Ländern zu verabreden wäre.

Aus der Weltwirtschaftskrise und dem Desaster des Zweiten Weltkrieges ist der Ansatz der europäischen Integration entstanden, der eine neue Qualität der Zusammenarbeit und des Zusammen Wachsens bringen sollte: Ausschluß von kompetitiven Abwertungen, Verpflichtung aufklare Integration in Handel, Investition, Unternehmenszusammenschlüsse und anderes mehr.

Ich stimme Sir Christopher auch zu, daß die britische Position schwierig ist. Der Antrieb sollte von "unten" kommen als ein Bedürfnis der Wirtschaft. Aber berücksichtigt die Regierung wirklich ausreichend die Bedürfnisse der Wirtschaft? Ich glaube nicht, daß eine Verflechtung unserer Märkte vorankommt, bevor wir die Währungsfrage geklärt haben. Und damit befinden wir uns in einem Teufelskreis. Solange der britische Standpunkt ist, erst einmal Fehlerquellen zu beseitigen und dieses und jenes zu tun, wird keine weitere Marktdurchdringung erfolgen und vermutlich auch kein tatsächliches Interesse seitens der Wirtschaft entstehen, weil man sich dann anderweitig arrangiert.

Der zweite Punkt: Sicher, Großbritannien hat eine phantastische Inflationsrate von 1,3 Prozent, von der wir nur träumen können. Mein Kernpunkt ist jedoch, daß wir uns, um aus dem Teufelskreis herauszukommen, entscheiden müssen, ob dem EWS oder dem internationalen Finanzmarkt und seinem Überleben Priorität zukommt. Wir sollten uns dieser Herausforderung stellen und eine Entscheidung treffen. Dazu meine ich, daß die tatsächliche Integration, die wir bereits erreicht haben, so wichtig ist, daß es einer Anstrengung wert wäre. So sollten wir meines Erachtens nach einem Modus vivendi Ausschau halten. Dabei geht es nicht darum, ob Großbritannien draußen bleibt oder wieder hereinkommt, sondern wie wir in den nächsten Monaten und Jahren zurechtkommen.

Eine Möglichkeit wäre eine Entpolitisierung dieses Prozesses und eine Entdramatisierung der Wechselkurse. Wir haben daran gearbeitet, und die wünschenswerteren ihrer Realisierung jedoch weit entfernte Unabhängigkeit der Bank of England ist ein wesentlicher Bestandteil dabei. Deshalb können wir nicht einfach auf einem Take-it-or-leave-it-Standpunkt beharren, sondern müssen flexibel sein.

Meine dritte Bemerkung gilt der Politik der Deutschen Bundesbank. Es heißt immer, unsere Zinssätze seien so überaus hoch. Das trifft zwar auf die kurzfristigen Zinsen zu, die verhältnismäßig hoch sind, gilt aber keineswegs für die langfristigen Zinsen, die in Deutschland gegenwärtig um 2,5 Prozent unter dem Stand von vor drei Jahren liegen und mit 6,5 Prozent niedriger sind als auf allen anderen Kapitalmärkten, ausgenommen Japan, gelegentlich die USA und die Schweiz. Die langfristige Finanzierung etwa im Wohnungsbau oder bei Investitionen ist mit diesen niedrigen Zinsen verbunden.

Die britischen Kreditinstitute und der dortige Geldmarkt arbeiten dagegen völlig anders. Dort spielen die kurzfristigen Zinsen die entscheidende Rolle. Hier müssen wir meines Erachtens zu einer Annäherung kommen, weil sonst keine Stabilität in den Spielregeln möglich ist.

Eine letzte Bemerkung: Die Bundesbank hat keine andere Wahl, als den sehr strikten Stabilitätskurs einzuhalten. Das hat sehr unangenehme Folgen nicht nur aus innenpolitischen Gründen, sondern auch, weil dadurch die Zinsen für öffentliche Budgets höher ausfallen mögen, als es sonst der Fall wäre. Aber sie könnten noch weiter ansteigen, wenn wir eine inflationäre Politik verfolgen und die Zinsen dann völlig aus dem Ruder laufen würden. Zum anderen müssen wir uns an diesen Kurs halten, um die Kriterien von Maastricht erfüllen zu können.

The Lord Dahrendorf

Wir befinden uns mitten in einer wichtigen Diskussion über drei zusammenhängende Probleme. Das eine ist die allgemeine schwierige wirtschaftliche Lage, mit der wir es in den nächsten Jahren zu tun haben werden. Das zweite betrifft die Rolle der deutschen Vereinigung in diesem Prozeß und bei dem Versuch, aus der verfahrenen Lage herauszukommen. Drittens schließlich geht es um die Chancen für Europa, insbesondere für eine Europäische Währungsunion. Alle drei Problemkreise sind offenbar miteinander verbunden, und jeder der Vorredner hat sich auf sie bezogen.

Der deutsche Solidarpakt könnte sich in seiner Konsequenz, auch wenn das sicher nicht beabsichtigt ist, gegen Europa auswirken. Denn er stellt eine Übereinkunft zwischen den deutschen Ländern und der Bundesregierung dar, durch die das Staatsdefizit und damit die öffentliche Verschuldung erhöht wird. Aus Gründen innenpolitischer Solidarität verläßt Deutschland faktisch die festgelegten Grundsätze von Maastricht. Sir Christopher Tugendhat hat dazu in höflicher Umschreibung einen gewissen Widerspruch aufgezeigt, der besteht zwischen durchaus glaubwürdigen Absichten und Äußerungen, die Europäische Währungsunion voranzubringen einerseits und der tatsächlichen Politik auf der anderen Seite, die es in absehbarer Zukunft praktisch unmöglich macht, die nächsten Schritte in diese Richtung zu tun.

Vielleicht kann uns Herr Jochimsen kurz erläutern, was es mit dem "Solidarpakt" auf sich hat, weil darüber doch einige Unklarheit besteht.

Jochimsen

Der "Solidarpakt" beziehungsweise der Solidar-" Vertrag" ist der Versuch, in unserer auf Konsens angelegten Demokratie die vor uns liegenden Probleme in einer großen gemeinsamen Anstrengung der maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen - Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Parteien und natürlich die staatlichen Institutionen - zu lösen, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung der erforderlichen Transferzahlungen nach Ostdeutschland.

Während der Vorbereitung im letzten Jahr gab es mehrere Gesprächsrunden mit den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und auch mit den einzelnen Bundesländern sowie den politischen Parteien, die aber nie auf einen Nenner kamen. Ich habe deshalb den Begriff "Solidarpaket" anstelle des Wortes "Solidarpakt" benutzt; denn er bezieht sich nur auf den Teil der Übereinkunft, der sich mit der Neuordnung der föderalen Finanzen befaßt. Dabei geht es vor allem um die Ausstattung der neuen Länder mit "regulären" Finanzmitteln, im Gegensatz zu dem speziellen Fonds "Deutsche Einheit", der 1990 als Übergangslösung bis zu einem einheitlichen gesamtdeutschen Finanzausgleich geschaffen worden war.

Gerald Livingston hat darauf hingewiesen, daß dieser Bereich durch sehr genaue Bestimmungen unserer Verfassung geregelt ist. Die 16 Länder, die Bundesregierung und alle führenden Parteien im Bundestag haben dieser Lösung zugestimmt, die sich zwar als zu teuer erweist; aber es ist gleichwohl eine große Leistung, sich über die Prinzipien zu einigen, nach denen man eine Lösung anstrebt.

Das Ganze hat einen Nebeneffekt, der nur selten gesehen und verstanden wird: Dies ist eine Umstellung vom fiskalischen Föderalismus, der mehr auf Ausgleich angelegt ist, hin zu mehr Wettbewerb. Das bisher gültige Rangordnungssystem bedeutete, daß jene Staaten, die die meisten Steuereinnahmen hatten, nicht nur die höchsten Beiträge leisten mußten, sondern auf ein "normales" Maß, auf ein "normales" Niveau zurückgesetzt wurden. Diese Länder werden jetzt ihre Spitzenposition in der Rangordnung behalten. Bisher gab es den recht unsinnigen Tatbestand, daß ein armes Bundesland nicht nur höhere Transfermittel erhielt, sondern danach einschließlich der eigenen Steuereinnahmen mitunter über höhere Einnahmen verfügte als die reichen Länder, die nur auf ihre Steuereinnahmen angewiesen waren. Das Saarland beispielsweise hatte pro Kopf aufgrund der

Zuweisungen aus dem Fonds mehr Einnahmen als Baden-Württemberg. Dies ist natürlich in einem Europa der Regionen ein Ding der Unmöglichkeit.

Im Ergebnis bedeutet dies, daß wir jetzt die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse, ein Ziel, das unsere Verfassung sehr hoch bewertet, etwas breiter verstehen. Darum geht es beim Solidarpakt. Gelöst wurde dabei im großen und ganzen auch die Lohnproblematik zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Was hingegen die Sozialversicherung und die sozialen Kosten überhaupt, Arbeitsmarktstruktur und Einschnitte bei öffentlichen Ausgaben angeht, so ist dieser Komplex nicht vollständig gelöst worden. Die Arbeitsverwaltung steht in diesem Jahr vor einer großen Krise.

Stürmer

Herr Jochimsen sprach zu Beginn seines Beitrages die Bevölkerungsbewegung an Übersiedler, Spätaussiedler, Asylsucher, Flüchtlinge;-, die für Deutschland zusammen pro Jahr ungefähr eine Million Menschen ausmachen. Die Kosten, die wir dafür aufwenden, belaufen sich - verteilt auf verschiedene Haushalte - für jede Million jedes Jahr zusätzlich auf circa 12 Milliarden D-Mark pro Jahr im Minimum.

Wenn wir uns diese ungeheure Zuwanderung nach Deutschland vor Augen halten, gewinnt ein gegenläufiges Thema zunehmend an Bedeutung: das sogenannte Outsourcing; das heißt Verlagerung von Arbeitsplätzen auf der Flucht vor den hohen Arbeitskosten bei uns. Dadurch könnte in den nächsten Jahren in Deutschland eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen verlorengehen, die in den Süden oder jetzt auch nach Osteuropa und darüber hinaus abwandern. Das wird die Probleme in Deutschland, aber auch in anderen westeuropäischen Staaten beträchtlich verschärfen. Mit anderen Worten: Wir werden uns das bisherige sehr hohe Lebensniveau auf die Dauer kaum noch leisten können.

Aus all dem befürchte ich für das transatlantische Verhältnis eine erhöhte Form des Protektionismus auf beiden Seiten. Da wird einiges auf uns zukommen im GATT, aber auch in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa. Stichwort: social dumping. Eine Lösung dieser Problematik sehe ich bisher nirgendwo auch nur ansatzweise.

Smyser

Sicher ist es sinnvoll, sich Gedanken über die deutsche Wirtschaft zu machen; aber auf der anderen Seite sehen sich alle westlichen Volkswirtschaften gleichen Problemen gegenüber. Wir befinden uns lediglich in unterschiedlichen Phasen eines Prozesses, den wir wohl alle durchmachen müssen.

Ich möchte über zwei Dinge sprechen, die die amerikanische Situation seit den 70er Jahren besonders belastet haben. Das eine ist ein Strukturproblem; das andere bezieht sich auf die Rolle der Regierung.

Was die strukturelle Frage angeht, so sind in Amerika die herkömmlichen Industrien entweder zugrunde gegangen oder verlegt worden. Die Innenstädte sind jetzt häufig verwaist oder werden von Leuten bevölkert, die in der Mehrzahl auf öffentliche Zuwendungen angewiesen und in der Regel obdachlos sind.

Dagegen hat sich die industrielle Fertigung in anderen Gebieten neu belebt, und es ist völlig falsch zu sagen, die amerikanische Industrie sei tot. Tatsächlich ist der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe jetzt so hoch wie vor zwanzig oder dreißig Jahren. Sie konzentrieren sich auf unterschiedliche Industrien und hängen oft von ausländischen Investitionen ab.

Da die amerikanischen Arbeiter nicht in dem Maße gewerkschaftlich organisiert sind wie beispielsweise die deutschen, zieht das beträchtliche deutsche Investitionen in die Vereinigten Staaten. Es gibt Gebiete in den beiden Staaten von Carolina, wo man eine ganze Woche verbringen kann, ohne jemals ein Wort Englisch zu sprechen. Ich füge hinzu, daß dies vermutlich positiv zu bewerten ist.

Natürlich gibt es auch japanische Firmen, die in den Vereinigten Staaten investiert haben. Wenn man heutzutage in Amerika ein japanisches Auto kauft, wurde dies wahrscheinlich in Amerika montiert, während ein amerikanischer Wagen vermutlich irgendwo in Ontario oder Mexiko zusammengebaut wurde.

Es gibt also Industrieproduktion, aber in anderer Form. Da sich die Arbeit in neue Gebiete verlagert hat, ist die Stabilität verlorengegangen und damit auch der Zusammenhang von hohen Löhnen und hohen Sozialleistungen.

Ein zweiter Bereich, der gewachsen ist, ist jener der Dienstleistungen, insbesondere gilt dies für zwei Dienste. Zum einen für den medizinischen Sektor. Zwischen 13 und 15 Prozent des amerikanischen Bruttosozialprodukts gehen jetzt in das Gesundheitswesen. Der andere Sektor ist das Rechtswesen.

Die künftige Rolle der amerikanischen Wirtschaft in der Weltwirtschaft ist deshalb noch offen. Das strukturelle Problem ist nicht gelöst. Ich weiß offengestanden nicht, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln werden. GATT ist ein Teil dieser Auseinandersetzung. Amerika hat seine Protektionisten. Sie können ihre protektionistischen Freunde in Europa jederzeit anrufen und sich gegenseitig bestärken. GATT kann ein Instrument sein, durch das sich der Wandel in Amerika fortsetzt. Es kann aber auch das Instrument sein, das die Veränderung in Europa bewirken wird, weil man uns die Schuld dafür zuschieben kann und sie nicht bei sich selbst suchen muß. Es gibt also Fortschrittmöglichkeiten. Aber die Strukturfrage wird das amerikanische Denken auch weiterhin beherrschen, und das wird sich auch auf unsere Beziehungen zu Europa auswirken.

Die zweite Frage, die noch schwerwiegender ist, betrifft die Rolle der Regierung. Diese Frage stellt sich bereits seit Mitte der 70er Jahre nicht nur wegen des Vietnamkrieges, sondern weil zu dem Zeitpunkt die tatsächlichen Kosten für Lyndon B. Johnsons Programm der "Great Society" ersichtlich wurden. Das erste große Defizit in der amerikanischen Nachkriegsgeschichte entstand 1975 und nicht erst in den 80er Jahren unter Ronald Reagan. Damals überschritt unser Defizit das erste Mal nach dem Zweiten Weltkrieg die 50-Milliarden-Dollar-Grenze.

Was sich merkwürdigerweise relativ konstant gehalten hat, ist der Griff in die Taschen der Amerikaner durch die Regierung. Die Bundesregierung erhebt zwischen 19 und 21 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts an Steuern - trotz dreier Steuersenkungen und einer Steuererhöhung. Die erste Senkung wurde von der Carter-Administration vorgenommen; die beiden anderen fanden unter Reagan statt. Die Steuererhöhung unter Bush hat diesen zweifellos die Präsidentschaft gekostet.

Jetzt ist Mr. Clinton an der Reihe, der die entgegengesetzte Philosophie von Reagan vertritt: Er glaubt an eine weit stärkere Rolle der Regierung. Wenn sein Plan gelingt, werden die Ausgaben der Regierung zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg über 25 Prozent des Bruttosozialprodukts betragen. Ich habe dies einmal als die "Europäisierung der amerikanischen Wirtschaft" bezeichnet, weil sich damit die amerikanische Regierung allmählich der Rolle nähert, welche die Regierung in einigen europäischen Ländern spielt, obwohl dies nirgends auch nur annähernd an einige nordische Länder heranreicht. Wenn die Pläne zu einer Gesundheitsreform durchkommen, könnten die Ausgaben der Bundesregierung in Washington bei 26 oder 27 Prozent des amerikanischen BSP liegen.

Dies ist der Grund, warum es bei uns einen Ross Perot gibt, den man nicht unterschätzen sollte. In den Präsidentschaftswahlen 1992 erhielt er prozentual so viele Stimmen wie die Republikaner, die Grünen und die Freien Demokraten in Deutschland zusammen. Seine gegenwärtige Wertschätzung in den Meinungsumfragen ist höher als während der Präsidentschaftswahlen. Das alles hat Auswirkungen auf die Regierung, und zusammen mit der Strukturproblematik wird es eine heftige Debatte über die Rolle der Regierung geben, was sich wiederum auf unsere Außenpolitik auswirken wird.

Richter

Man hat mir vorhin den Vorwurf gemacht, ich hätte ein zu optimistisches Bild Amerikas gezeichnet. Deshalb möchte ich meine diesbezüglichen Ausführungen mit einem etwas optimistischen Europabild wieder ausgleichen.

Meiner Ansicht nach ist die wirtschaftliche "Öffnung" Osteuropas das Beste, was Westeuropa seit langem geschehen ist, und dafür sollten wir dankbar sein. Da ich in den Vereinigten Staaten lebe, habe ich gesehen, wohin eine offene Wirtschaft führt, die tagtäglich massivem Druck aus irgendeiner Ecke der Weltwirtschaft ausgesetzt ist. In Europa haben wir im Vergleich dazu ein ganz anderes Wirtschaftssystem und gewiß keine offene Wirtschaft in einem globalen Sinn. Dieses Manko auszugleichen, ermöglicht uns jetzt die Öffnung Osteuropas. Europäische Unternehmen verfügen zum Beispiel nicht über hinreichende Möglichkeiten einer Fertigung auf Niedrigkosten-Basis, weil wir es verabsäumt haben, in Südostasien zu investieren und uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einer Lage befinden, die es uns finanziell unmöglich macht, das nachzuholen. Da bietet uns sozusagen aus heiterem Himmel Osteuropa eine solche Option.

Aber die hauptsächliche Wirkung der Öffnung Osteuropas besteht darin, daß sie mittelbar die Diskussion über die Sozialleistungen in Westeuropa ausgelöst hat. Vergessen Sie dabei nicht, daß der Grund dafür keineswegs bei den Unternehmern zu suchen ist. Die hatten nicht plötzlich den Mut

aufgebracht, den Gewerkschaften bei den Lohnabschlüssen Widerstand entgegenzusetzen. Auch hatten sich die Unternehmen in der Vergangenheit nicht gerade als gute Kapitalisten erwiesen und außerdem die Fähigkeit eingebüßt, der Bevölkerung den zunehmenden Druck seitens der Weltwirtschaft und dessen Wirkung auf die eigene Innenpolitik verständlich zu machen. Dies stellt in Deutschland derzeit eines der grundlegenden Probleme dar. Wir gehören zwar zu den erfolgreichsten Exportländern, lassen aber zugleich im politischen und sozialen Dialog wirtschaftlichen Sachverstand vermissen.

Statt dessen nimmt die Wirtschaft in zunehmendem Maße Zuflucht zu einer Art Umkehrungs-Syndrom, indem man begonnen hat, die Produktion zu verlagern. So hatten die Unternehmer zwar im vergangenen Jahr nicht den Mut, dies klipp und klar auszusprechen, doch als die Gewerkschaften eine neue Runde für Lohnsteigerungen einläuteten, sagten die Unternehmer eigentlich nur: "Schön und gut. Wenn Sie das mit uns tun, verlagert allein meine Firma 1500 Leute in die Tschechische Republik oder die Slowakei, und wenn die Löhne noch ein wenig weiter steigen, werden es eben 2500 Leute sein." Hätte es darüber nicht einen mehr innenpolitischen Dialog gegeben, so glaube ich kaum, daß Deutschland überhaupt eine Reaktion gezeigt hätte. Die eher symbolische Politik, die nun allmählich verdrängt wird, hätte sich überlange Zeit fortgesetzt.

In diesem Zusammenhang könnte die Entwicklung in den Vereinigten Staaten Anregungen geben. Dort geht man daran, die ausgelagerten Montagearbeiten wieder im eigenen Lande durchzuführen, statt wie bisher in Übersee. So verlegt Motorola zum Beispiel seine Montageproduktion aus Südostasien zurück nach Wisconsin. Sowohl die Gewerkschafter als auch die Arbeiter in diesem Bundesstaat stehen eben auf dem Standpunkt: "Wir können leben und das recht anständig auch für 8 Dollar und 61 Cents, statt wie vorher 19 Dollar und 64 Cents." Und genau diese Einstellung werden sich die Leute in Deutschland und in ganz Mitteleuropa wieder angewöhnen müssen.

So sollten wir Europäer endlich einsehen, daß wir dem Druck der Weltwirtschaft wesentlich stärker ausgesetzt sind, als wir bisher gemeint haben. In diesem Sinne müssen wir den Osteuropäern dankbar sein, statt sie dafür von unseren Märkten auszuschließen. Immerhin machen diese Menschen einen weitaus schlimmeren Wandel durch, als wir ihn uns jemals vorgestellt haben.

Neville-Jones

Man sollte vorsichtig sein, von "wir Europäer" zu sprechen, wenn die Aussagen nicht zu pauschal werden sollen; denn es gibt doch beträchtliche Unterschiede in den einzelnen Ländern, was Strukturen und Handhabung angeht. Herr Richter sagte, die Europäer hätten allesamt keine Produktion zu Niedrigkosten. Das ist nun wirklich nicht richtig, wenn man sich ansieht, was sich in letzter Zeit in Großbritannien getan hat.

Was von unseren kontinental-europäischen Partnern nicht gern gesehen wird, ist das Ausmaß an japanischen Investitionen, die hier getätigt worden sind. Doch genau das hat eine ausgesprochen dramatische Wirkung auf die Wirtschaft Großbritanniens gehabt. Denn sie hat zu einer effizienten Fertigung geführt, die zu niedrigen Kosten produziert und stabile Arbeitsplätze schafft. Diese Unternehmen sind äußerst wettbewerbsfähig. Es gibt jetzt englische Autos, die so hergestellt werden, wie man sie in Großbritannien kaufen möchte, und die man jetzt auch auf den Straße des Kontinents sehen kann. Es ist der genau umgekehrte Prozeß. Die Produktion verlagert sich nicht nach Südostasien, sie bringt vielmehr Asien nach Europa. Aber es ist ein Weg, der nach vorne führt. Die Diskussion über die Sozialkosten begann in Großbritannien sehr viel früher als auf dem Kontinent - wie mir scheint, sehr zu unserem Vorteil.

Vieles am Thatcherismus ist geschmäht worden. Gleichwohl hat er zu einer sehr wichtigen Diskussion geführt über das Ausmaß der Sozialkosten, das wir uns leisten können, die wir schließlich selbst bezahlen. Die ganze Sache mit der Kostenreduzierung und auch das muß gesagt werden - der Senkung des Lebensstandards geht schon seit einiger Zeit, und dies war notwendig, um zu überleben. Die Ablehnung der europäischen Sozialcharta zeigt das Widerstreben unserer Regierung, etwas zu übernehmen, das zu einem untragbaren Anwachsen der Sozialkosten führen würde, die wir uns nicht erlauben können und sollten, weil unser Land sich das nicht leisten kann.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf die Kosten und die Finanzierung der deutschen Einheit. Es ist zu einer weitverbreiteten Vorstellung geworden, daß die deutsche Verfassung "out-of-area"-Einsätze verhindert. In Wahrheit ist es die Interpretation der deutschen Verfassung, die das verhindert. Eine ähnliche Fiktion sehe ich in der Art und Weise, wie die deutsche Einheit finanziert worden ist, das heißt, ob es tatsächlich unvermeidlich war, daß derart hohe öffentliche Transferleistungen von West nach Ost fließen.

Ich erinnere mich noch sehr genau an die Diskussion über den Eins-zu-eins-Umtauschkurs zwischen Ostmark und D-Mark. Damals bin ich zu unserem Botschafter gegangen mit der Bemerkung: "Diese Leute haben einen ungeheuren Sprung ins Dunkle getan, aber das war sicher nicht notwendig/Natürlich haben die Ostdeutschen massiv für den Eins-zu-eins-Umtausch gekämpft, obgleich ich nicht denke, daß sie selbst an ihren Erfolg geglaubt haben.

Ein anderes Moment auf westlicher Seite, das hinter dieser Diskussion steckt, war die Furcht vor einer Abwanderung von Ost nach West, falls man die Eins-zu-eins-Parität nicht akzeptiert hätte. Man meinte, die Menschen dort halten zu müssen, wo sie leben. Das hat mit einem ernstem Problem der deutschen Wirtschaft zu tun, nämlich mit der mangelnden Flexibilität des Arbeitsmarktes und der nationalen Vorliebe, hier starr zu bleiben, weil es sehr viel angenehmer ist, die Menschen an ihrem Heimatort zu lassen und die Arbeitsplätze zu ihnen zu bringen, statt sie zu ermutigen, sich dorthin zu begeben, wo es Arbeitsplätze gibt.

Von daher stellt sich für mich eine Frage. Eins-zu-eins war unvermeidlich, wenn das Ziel hieß, die kurzfristigen Präferenzen zu befriedigen. Hätte man sich indes zu einem mutigeren Schritt durchringen können, bin ich nicht davon überzeugt, daß ein Umtauschkurs von eins zu zwei nicht möglich gewesen wäre. In dem Falle hätte sich eine völlig andere Wirkung gezeigt, was die Finanzströme angeht, und der deutschen Industrie wäre es sehr viel leichter gefallen, Fuß zu fassen und Arbeitsplätze zu schaffen. Man hätte das wirklich anders machen können. Der Weg, den man gegangen ist, hat enorme Konsequenzen gehabt, die sich auch außerhalb Deutschlands niederschlagen.

Poettering

Ich meine, die Diskussion um die deutsche Währungsunion vom 1. Juli 1990 sollten wir wirklich nicht weiterführen. Dabei ging es damals nicht nur um ökonomische Rationalität, sondern die politischen Bedingungen haben eine entscheidende Rolle gespielt nicht zuletzt angesichts der Tatsache, daß Tag für Tag Tausende von Menschen aus dem Osten Deutschlands in den Westen wechselten und die Lage in Moskau ausgesprochen unübersichtlich war. Zu jenem Zeitpunkt ging es einzig und allein darum, die deutsche Einheit zustande zu bringen, und die Währungsunion war ein Mittel dazu, auch wenn der Eins-zu-eins-Umtauschkurs heute wirtschaftlich und finanzpolitisch unvernünftig erscheinen mag. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir den Menschen in der DDR auch nicht noch das wenige, was sie sich ersparen konnten, einfach wegnehmen durften.

Eine weitere Bemerkung zur europäischen Währung. Sicher ist es richtig, daß sich in Zeiten der Rezession die Bedingungen für eine gemeinsame europäische Währung erheblich verschlechtern. Ich halte es jedoch für ein ermutigendes Zeichen, daß Frankreich jetzt vorhat, seine Notenbank unabhängig zu machen und in anderen Ländern der Gemeinschaft ähnliche Überlegungen angestellt werden.

Aber ich würde doch davor warnen zu meinen, für eine Entscheidung zugunsten einer europäischen Währung könnten wir uns beliebig lange Zeit lassen, wie es bei Sir Christopher anklang. Ich halte es jedenfalls für sehr zweifelhaft, daß die nach uns kommende Politikergeneration in Deutschland dieses, sagen wir, in zehn Jahren noch einmal zustande bringt.

Was die Asylfrage angeht, kommen wir in Deutschland um eine Entscheidung nicht herum. Gegenwärtig hat jeder Mensch, gleichgültig woher er kommt, Anrecht auf ein rechtliches Asyl verfahren, wenn er nach Deutschland gelangt. Auf diese Weise haben in den letzten Jahren jeweils an die 500 000 Menschen um Asyl bei uns nachgesucht was dies an Kosten verursacht, brauche ich hier nicht auszuführen. Wir wissen zudem, daß die allermeisten derer, die Asyl bei uns beantragen, aus wirtschaftlichen Gründen zu uns wollen und somit keine politisch Verfolgten sind.

Ohne eine Änderung unserer Asylpolitik befürchte ich ein Anwachsen des Rechtsradikalismus in Deutschland, was dann auch negative Rückwirkungen auf Europa haben würde, weil es die innenpolitische Stabilität unseres Landes in Frage stellte. Die Asylfrage ist also eine eminent europäische Problematik, zu der im übrigen auch im Vertrag von Maastricht wichtige Bestimmungen zu einem gemeinsamen europäischen Asylrecht enthalten sind.

Diese Fragen betreffen heute vor allem auch die ost- und mitteleuropäischen Länder wie Polen, die Tschechei und andere - ich denke nur an die Drittstaatenregelung, wie sie Deutschland jetzt durchsetzen will. Deshalb plädiere ich dafür, daß die zuständigen Minister aus den betreffenden östlichen Ländern mit an den Tisch der Europäischen Gemeinschaft gehören, auch wenn sie dort kein Stimmrecht haben.

Bradley

In den Vereinigten Staaten sind nur 18 Prozent aller Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert; ihre Zahl ist innerhalb der letzten zehn Jahre gesunken. Die USA stecken mitten in einer wirtschaftlichen Übergangsphase, nicht zuletzt eine Folgeerscheinung nach dem Ende des kalten Krieges. So hat es in der Rüstungsindustrie erhebliche Arbeitsplatzverluste gegeben. Die Entwicklung hat aber auch mit Anpassungsprozessen an den internationalen Wettbewerb zu tun. In den 80er Jahren erfolgte eine Anpassung im Bereich der Industrie, die zu erheblichen Entlassungen von Industriearbeitern führte. In den 90er Jahren wiederholte sich dieser Vorgang im Dienstleistungssektor. National Westminster ist dafür ein Beispiel.

Mit anderen Worten: Die Entwicklung, die wir erleben, hat auf der einen Seite mit dem Ende des kalten Krieges zu tun, und auf der anderen Seite handelt es sich um einen Prozeß der "kreativen Zerstörung", der in den USA stattfindet. Die Frage ist: Im Verlauf des Prozesses wird zwar die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert, aber was wird aus den Arbeitnehmern?

In dieser Hinsicht hat sich die Clinton-Administration einiges vorgenommen. Die Regierung strebt unter anderem eine nationale Krankenversicherung erstmals für alle Amerikaner an. Das bedeutet, Arbeitnehmer, die ihren Job verlieren, büßen nicht zugleich auch ihre Krankenversicherung ein, sondern die bleibt ihnen in jedem Fall erhalten - ein wesentlicher Vorteil. Zugleich sollen die Pensionsansprüche gewährleistet werden, damit mit dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht auch die Rentenansprüche verlorengehen. Die Kinder der Arbeitnehmer sollen die Möglichkeit erhalten, ein College zu besuchen, wenn sie dafür die Eignung besitzen, und jeder Arbeitnehmer, ob Mann oder Frau, erhält seinerseits die Möglichkeit zur lebenslangen Weiterbildung, um seine Aufstiegschancen zu verbessern. Wenn alle vorgenannten Ziele verwirklicht werden, würde damit eine höhere Flexibilität erreicht. Eine Vielzahl von Arbeitnehmern, die ihre Stellung verlieren, verfügen über eine höhere Schulbildung. Sie sollten daher auch flexibler sein, um andere berufliche Alternativen zu finden.

Soweit die wesentlichen Vorschläge an die Arbeitnehmerschaft. Die Clinton-Administration ist davon überzeugt, daß die Leute im wesentlichen bereit sind, etwas höhere Steuern zu zahlen, wenn dadurch die Sozialleistungen gewährleistet werden. Es würde die Flexibilität der Menschen erhöhen, selbst wenn sie dann etwas weniger Geld in der Tasche hätten, das sie am Wochenende beim Einkaufsbummel für allerlei Plunder ausgeben. Dieses Programm ist noch nicht verabschiedet, aber es stellt einen entschiedenen Wandel dar.

Wenn ich mir all die Diskussionen über das ERM anhöre - wie dieser oder jener Finanzminister, dieser oder jener Ministerpräsident, wie gerade der politische Wind weht, in dem einen Jahr behaupten, es würde wirken und im nächsten Jahr davon überzeugt sind, es kann nicht gutgehen;- , dann muß ich gestehen, daß ich mich nach dem Bretton-Woods-System zurücksehne.

Ich frage mich in diesem Zusammenhang auch, ob die Golddeckung bei der aktuellen Entwicklung tatsächlich völlig außer Betracht bleiben, ob man dies nicht wenigstens mit in Erwägung ziehen sollte, auch wenn man auf höchster Ebene, sozusagen in den "besten Kreisen", nur mitleidig lächelt, wenn die Rede auf den Goldstandard kommt. Damit wäre immerhin eine gewisse Vorhersehbarkeit garantiert, die uns gegenwärtig fehlt, vor allem in einer Welt, in der Regierungen nicht gerade höchste Wertschätzung genießen. Eine Art regierungsunabhängiger Vorausschaubarkeit könnte immerhin ein interessanter Aspekt sein.

Noch ein letzter Punkt: Herr Smyser sprach das amerikanische Haushaltsdefizit von 1975 in Höhe von 50 Milliarden Dollar an. Lassen Sie mich den dadurch gewonnenen Eindruck korrigieren: 1980 beliefen sich die Staatsschulden bereits auf 900 Milliarden Dollar, und heute stehen wir bei 4 Billionen Dollar. In vier Jahren werden sie sich trotz aller Einsparungen, die Präsident Clinton vorgeschlagen hat, auf 4,9 Billionen Dollar erhöht haben. In den Augen man eher Leute erscheint also schon das damalige 50-Milliarden-Defizit als bedrohlich; für mich dagegen war der eigentliche Sündenfall das Steuergesetz von 1981.

Pick

Lassen Sie mich noch einmal kurz auf Osteuropa zurückkommen, was die Konditionen des IWF und anderer Kreditgeber angeht, die versucht haben, die Transformation der Volkswirtschaften in Osteuropa und in Rußland einzuleiten. Ich verbinde dies mit der Definition von Senator Bradley bezüglich Wirtschaftsliberalismus und ökonomischer Freiheit, wobei der Staat aufgerufen ist, Exzesse zu verhindern. Mir scheint, daß die IMF-Bedingungen den Versuch bedeuten, an jene Volkswirtschaften rein kapitalistische Maßstäbe anzulegen, die keine unserer eigenen

Volkswirtschaften erfüllen würden und denen die früheren kommunistischen Volkswirtschaften ganz gewiß nicht gewachsen sind.

Die Arbeitslosigkeit, die zum Beispiel in Polen durch die IMF-Bedingungen verursacht wurde - dabei ist Polen im großen und ganzen noch besser davongekommen als einige der anderen osteuropäischen Staaten oder Rußland;- ist außerordentlich schmerzhaft und führt gegenwärtig zu weitverbreiteten sozialen Unruhen. Deshalb plädiere ich dafür, radikal zu überdenken, was wir diesen Ländern aufzuzwingen versuchen.

Herr Boyer hat gesagt, was jetzt allgemein anerkannt wird, daß ohne politische Stabilität im Osten alle Kapitalhilfe des Westens kaum sinnvoll ist. Nun sind jene Konditionen, die man diesen Staaten auferlegt hat, nicht gerade dazu angetan, politische Stabilität zu schaffen. Ich behaupte, man kann keine politische Stabilität erwarten, solange die Wirtschaft im argen liegt.

Man hat hier wiederholt auf die niedrigen Arbeitskosten in den osteuropäischen Ländern verwiesen, die ein Anreiz für westliche Investitionen seien. Aber ich denke, das berührt die Länder nur am Rande. Das mag für unsere eigenen Wirtschaften von Bedeutung sein, aber es hilft keineswegs beim Aufbau jener Volkswirtschaften.

Da könnte uns wiederum das Beispiel Ostdeutschlands einiges über den benötigten Umfang solcher Investitionen und Unterstützungsmaßnahmen aufzeigen. Wir müssen neu überdenken, wie wir am besten dazu beitragen können, daß die früheren Länder des Eisernen Vorhangs politische Stabilität, Demokratie und wirtschaftlichen Aufschwung erreichen.

McArdle Kelleher

Ich möchte auf zwei Themen zurückkommen. Zum einen geht es um die tatsächlichen sozialen und politischen Kosten der Strukturkrise und der strukturellen Anpassung, die wir in den letzten zehn Jahren in den USA erlebt haben. Das Hauptproblem dabei ist - und dem hat sich die politische Führung bisher nicht ernsthaft gestellt;- der eigenen Bevölkerung klarzumachen, wie sich das Leben verändern wird.

Wenn man die letzten zehn Jahre betrachtet, stellt man fest, daß in vieler Hinsicht das reale Familieneinkommen nur dadurch aufrechterhalten werden konnte, daß die Frauen mitverdient haben. Es sind also soziale Bedingungen entstanden, die keinen Spielraum mehr lassen, wenn man das Einkommensniveau halten will. Das ist tatsächlich ein entscheidender Wandel, der das politische und das soziale System mit ganz anderen Herausforderungen konfrontiert, die wir noch gar nicht richtig realisiert haben.

Zweitens - und das ist vielleicht weniger offensichtlich - haben wir es mit einem Ungleichgewicht der Generationen zu tun. Die einzelnen Familien begreifen allmählich, daß die wirtschaftlichen Aussichten ihrer Kinder - im Vergleich zu denen der Eltern - schlichtweg schlechter sein werden. Das heißt, die Kinder werden älter und ihre Voraussetzungen vermutlich schlechter sein, bis sie einigen Wohlstand und ein Haus erreicht haben. Ihre Berufsaussichten und die Bedingungen sozialer Unterstützung werden sich von denen, die ihre Eltern für selbstverständlich gehalten haben, zweifellos unterscheiden. In dem Zusammenhang stellt sich eine ganze Reihe von Fragen. Wer trägt beispielsweise die Verantwortung, um dieses Ungleichgewicht wieder ins Lot zu bringen, und wie werden die generationsbedingten Einkommenstransfers vor sich gehen?

Diese strukturellen Auswirkungen haben das Vertrauen in die Regierung empfindlich beeinträchtigt, daß sie nämlich in der Lage sei, die sozialen Belastungen anders zu verteilen. Das Vertrauen, das die Wahl Clintons erzeugt hat, macht deutlich, daß die Leute glaubten, es könnte sich vielleicht doch etwas ändern, daß die Regierung durchaus noch eine wichtige Rolle zu spielen habe bei den grundlegenden Fragen der Krankenversicherung, Altersrente und auch was die künftigen wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Kinder anbelangt. Dabei geht es um Hoffnungen und ein Vertrauen, die, wie ich meine, immer noch berechtigt sind. Aber es ist überhaupt nicht sicher, daß dies in den nächsten Jahren verwirklicht werden kann, bis die Regierung zur Wiederwahl ansteht. In der Tat ist es fraglich, ob diese Probleme allein im Rahmen der amerikanischen Finanz- und Geldpolitik gelöst werden können.

Wir alle wissen sehr gut, wie vieles gleichzeitig zu tun ist, sowohl in Europa als auch in Deutschland. Dabei können wir nicht länger davon ausgehen, daß die multilateralen Institutionen in ihrer bisherigen Form den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sind. Wir werden nicht um die Schaffung eines neuen Systems der internationalen Geld- und Finanzabstimmung herumkommen. Diese Aufgabe kann nicht warten, bis Europa und die USA ihre Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Jetzt muß

etwas geschehen. Wenn uns dies nicht gelingt, werden wir dafür einen immer höheren Preis zahlen müssen.

Jochimsen

In der Tat sollten Strukturfragen in Zukunft eine größere Rolle spielen, auch bei G 7, und ich möchte den Vorschlag von Senator Bradley unterstützen, daß gegenüber dem Osten vor allem die Förderung personeller Kontakte wichtig ist: Studenten, Manager und so weiter, was im übrigen gar nicht soviel Geld kostet. Dazu gehören dann auch Patenschaften mit Organisationen auf der unteren Ebene, nicht nur Regierungsaktivitäten.

Noch ein Wort zur deutschen Währungsunion und zum damaligen Umtauschkurs. Schon die Umstellung der Bestandsgrößen, das heißt der bilanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR, war wegen der eins zu eins umgestellten Sockelbeträge bei den Spareinlagen schwer zu verdauen. Noch problematischer war indes die Eins-zu-eins-Umstellung der laufenden Lohn- und Gehaltszahlungen. Das eigentlich Tragische ist, daß der Umstellungskurs die Produktionsbasis in der DDR zerstört hat. Denn der vormalige Export in den Westen war nur möglich aufgrund von staatlichen Subventionen oder, anders gesagt, von falschen Wechselkursrechnungen. Generell konnte ein DDR-Unternehmen 4,40 Mark abrechnen, um eine D-Mark West zu verdienen. Und nach der Umstellung war es nur noch eine Mark. Die Konsequenzen sind bekannt.

Diese Erweiterung des Währungsgebietes birgt auch eine harte Lektion für die Zukunft in Mittel- und Osteuropa in sich. Dabei kommen, wenn ich es recht sehe, drei sehr verschiedene Elemente zum Tragen. Das erste ist ein Strukturabbruch, wie ich es nenne. Ein System wird über Nacht geöffnet, die Autarkie geht verloren, es kommt frischer Wind rein. Folge: Das System bricht zusammen.

Das zweite ist ein Strukturumbbruch: Man implantiert ein neues System. Das ist nicht nur eine Frage der Makroökonomie, sondern da geht es auch um Mikroökonomie:

Rechtsetzungen, Zentralbank, allgemeines Bankwesen und ähnliche Institutionen, die erst Stabilität und Verlässlichkeit schaffen.

Das dritte schließlich ist der Strukturaufbau. Da muß sehr viel investiert werden. Hilfe aus dem Westen wird diese Aufgabe nicht allein lösen können. Es müssen Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden und so weiter. Es wurde zu Recht eine hohe Sparquote gefordert. In Ostdeutschland beispielsweise ist die Sparquote jetzt in etwa so hoch wie in Westdeutschland: über 13 Prozent der verfügbaren Einkommen. Das ist ein erheblicher Beitrag. Dazu gehört, daß diese Länder durch den Export lebensfähig werden, was wiederum Importliberalisierungen bei uns verlangt. Das heißt, die Assoziierungsabkommen müssen zeitlich sehr viel kürzer gefaßt werden. Ich bin nicht für einen frühen Beitritt der östlichen Länder, aber für eine klare Perspektive, die wir ihnen aufzeigen.

Hoge Jr

Senator Bradley hat eine Reihe von Initiativen der Clinton-Administration erwähnt, die darauf abzielen, die Flexibilität in den USA zu erhöhen und unsere weltweite Konkurrenzfähigkeit zu stärken. Diese Initiativen werden es den USA erleichtern, eine liberale multilaterale Handelspolitik generell aufrechtzuerhalten.

Es stimmt, daß wir mitunter protektionistische Maßnahmen ergreifen und mehr als früher der Frage des Marktzugangs Beachtung schenken. Aber unsere größten Anstrengungen und die meiste Energie verwenden wir auf bilateraler Ebene. Diese Maßnahmen stellen kein unüberwindliches Hindernis dar für unsere multilateralen Bestrebungen, die liberale Handelsordnung zu erweitern; ein Ergebnis, das sehr in unserem Interesse ist.

Deshalb meine ich, daß das Getue und die vielleicht widersprüchlichen Signale zu Beginn der Clinton-Administration von einigen überbewertet worden sind. Eine neue Regierung will erst einmal sehen, was sie erreicht, wenn sie etwas auf den Putz haut. Und die Amerikaner haben ja einige Reaktionen aus Europa, Japan und China erhalten. Dabei ging es nicht um Mißverständnisse seitens der Regierung, sondern dies war schon beabsichtigte Politik, die langfristig angelegt ist.

Die meisten Erklärungen der Uruguay-Runde scheinen mir durchaus sinnvoll zu sein. Da heißt es: "Laßt es dabei bewenden - so unzureichend die Ergebnisse auch sein mögen - und weitermachen." Die Kompromisse, die wir jetzt anstreben, etwa der Versuch, die NAFTA im eigenen Land schmackhafter zu machen, sehen mir auch recht vernünftig aus, wenn ich daran denke, was wir unseren Landsleuten damit zumuten werden. Erst die Dinge, die nach der Uruguay-Runde kommen,

werden kritisch werden. Frau Kelleher hat ja unmißverständlich die Veränderungen angesprochen, die in den multilateralen Prozessen erforderlich sind, wenn diese substantiell und nützlich bleiben sollen.

Zwei abschließende Bemerkungen zu Europa. Zum einen wächst in den USA die Besorgnis, daß, während wir uns abmühen und zum Teil einen recht hohen Preis dafür bezahlen, um konkurrenzfähig zu werden, die verminderte Konkurrenzfähigkeit in Europa zu einem verstärkten EG-Protektionismus führen könnte.

Zum zweiten habe ich nach der Diskussion hier den Eindruck, daß, so wie die Amerikaner die Handelsprobleme angehen, mehr außenpolitische Kontinuität zu erwarten ist, als dies vielleicht bei einigen unserer Verbündeten im Augenblick der Fall ist.

Ich denke, für einen überschaubaren Zeitraum kann man auf uns als einen verlässlichen Förderer Europas zählen. Wir sind bereit, die weitere Vereinigung Europas und die Erweiterung der EG konstruktiv zu unterstützen. Und nach der Diskussion, die ich hier verfolgt habe, bin ich sogar der Meinung, daß wir sehr viel tun können. Die Vorstellung, die USA könnten eine Distanzierung von Europa beabsichtigen, sollte als eher abwegig betrachtet werden. Wir leben noch in einer Epoche, in der - in unserem und in Europas Interesse - man uns ermutigen und als Vorkämpfer für multilaterale Handelsliberalisierung und Wirtschaftswachstum willkommen heißen sollte, obwohl wir nach dem Ende des kalten Krieges in bestimmten Handelsfragen vielleicht härter kämpfen werden.

Stuth

Meine Zweifel sind durch unsere Diskussion gewachsen, ob wir die veränderten Realitäten seit 1989 wirklich vor Augen haben, geschweige denn, daß wir entsprechende Antworten wissen. Bezeichnenderweise sind in diesem Gespräch Japan und China häufiger erwähnt worden als Polen und Ungarn. Das zeigt, wie sehr wir immer noch durch eine Mauer von Osteuropa getrennt sind - in unseren Köpfen wie in unseren Taten. Ein führender Politiker einer der baltischen Staaten hat kürzlich an die Adresse der westlichen Wirtschaftsminister die Forderung gestellt, die Handelsrestriktionen aufzuheben, und zwar mit den Worten: Tear down this wall. Die Wahl dieser Worte sollte uns schon nachdenklich stimmen.

Diese Entwicklung hängt nicht zuletzt auch mit Maastricht zusammen. Der Vertrag über die Europäische Union war zweifellos notwendig. Er ist nicht zuletzt der Versuch, einige Fragen der 80er Jahre zu beantworten. Jetzt muß es aber darum gehen, die Fragen der 90er Jahre zu bewältigen, und das vermag ich bisher noch nicht zu erkennen.

Die entscheidende Frage ist für mich die Überwindung der Teilung Europas. Wir führen hier überwiegend eine West-West-West-Diskussion: Der Westen spricht mit dem Westen über den Westen; der Osten kommt gelegentlich als Fußnote vor. Die Kosten zur Finanzierung der deutschen Einheit sind nur ein Bruchteil dessen, was die Finanzierung der europäischen Einheit, also die Überwindung der europäischen Teilung kosten würde.

Ist die bisherige westliche Hilfe ausreichend? Für die meisten westlichen Industriestaaten wird man dies klar verneinen müssen. Ist die westliche Hilfe effizient? Es gibt enorme Absorptionsprobleme in Polen, in der Tschechei! und anderswo. Wie reagieren wir darauf? Inwieweit interessiert es uns wirklich, wie es in Polen, in Ungarn, in Lettland, in Rußland, in der Ukraine vorangeht? Wir hören von Arbeitslosigkeit und Verelendung - und dieses Wort trifft wirklich das, was sich in diesen Ländern abspielt. Wie steht es da - Herr Richter hat darauf hingewiesen - um westliche Investitionen in diesen Ländern? Es leuchtet doch unmittelbar ein, daß es uns im Westen nicht auf Dauer gutgehen kann, wenn es dem Osten auf Dauer schlecht geht. Das hängt unmittelbar auch mit den Werten zusammen, die wir immer wieder propagiert haben; denn es geht ja um Menschen.

Auf der anderen Seite stehen unsere Interessen und dies nicht nur in der Wirtschaft. Ich will es ganz deutlich sagen: Polens Sicherheit geht uns weitaus mehr an, als in den Ausführungen von Herrn Stürmer deutlich geworden ist. Berlin liegt näher an Polen und Dresden näher an der Tschechei als Ditchley Park an Londons White Hall. Deswegen ist es für mich kein guter Rat an die Politik zu sagen: Polen ist heute nicht bedroht, also brauchen wir keine Sicherheitsgarantien für dieses Land. Das kann sich morgen bereits als Illusion erweisen, wenn der Bürgerkrieg in Rußland ausbricht. Und es ist ebenso ein schlechter Rat an die Politik zu sagen: In eurer wirtschafts- und währungspolitischen Diskussion braucht ihr die tatsächlichen Probleme, die aus der tiefen Spaltung in Europa resultieren, nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Ischinger

1990 hat eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft stattgefunden, und zwar um das Gebiet der vormaligen DDR. Was immer in diesem Prozeß fehlerhaft gelaufen sein mag, einer Erkenntnis sollten wir uns keinesfalls verschließen: Es war falsch zu glauben, man würde die Integration der früheren DDR in die Europäische Gemeinschaft aus eigener Kraft hinbekommen.

Hier knüpfe ich an die Ausführungen von Herrn Stuth an: Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß die künftige Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft in Richtung Osteuropa zu einem Verteilungskampf um knappe Ressourcen führen wird. Die Bundesrepublik Deutschland wird in dieser Hinsicht klare Prioritäten setzen müssen, und dies bedeutet, daß der Schwerpunkt unserer Aktivitäten in Zukunft im Osten und nicht mehr im Süden liegen muß.

The Lord Dahrendorf

Das sind alles sehr wichtige Fragen. Einen Punkt haben wir hier nicht diskutiert: Wer bestimmt eigentlich die europäischen Interessen? Das hätte beispielsweise einiges mit einer gemeinsamen Außenpolitik zu tun.

Hacke

Die Wende von 1989/90 hat uns nicht nur radikale Veränderungen gebracht, sondern auch Fäden wieder aufgenommen, wo sie vor 40, 50 Jahren oder noch weiter zurück abgeschnitten worden waren. Da ist zum einen die große handelspolitische Tradition Deutschlands nach Osten, wobei Handel ja immer auch eine erhebliche politische Bedeutung hatte. In dieser Hinsicht möchte ich daraufhinweisen, daß die Bundesrepublik gegenüber Mittel- und Osteuropa Leistungen erbracht hat, die sich im Vergleich zu den anderen westlichen Industriestaaten sehen lassen können, nicht nur was unsere Hilfe für Rußland anbelangt, sondern auch gegenüber den anderen osteuropäischen Staaten.

Die Bundesrepublik hat auch wie kein anderes Land sofort nach der Wende versucht, die anderen westeuropäischen Staaten mitzuziehen. In England, Frankreich und auch in den Vereinigten Staaten ist in dieser Hinsicht großer rhetorischer Aufwand getrieben worden, ohne daß die tatsächlichen Handlungen dem auch nur annähernd entsprochen hätten, was im Interesse einer Stabilisierung Gesamteuropas durchaus wünschenswert gewesen wäre. Die Bundesrepublik in der Mitte Europas ist von den Veränderungen und Entwicklungen natürlich in besonderer Weise betroffen, was nicht zuletzt auch die Diskrepanzen erklärt, die bei uns auftreten.

Sir Christopher hat sicher zu Recht die Gefahren genannt, die aus der deutschen Defizitpolitik für Europa entstehen können. Aber mitunter habe ich das Gefühl, was wir auch tun, es ist verkehrt. Machen wir zuwenig, heißt es: Ihr tut nichts. Machen wir zuviel, wirft man uns vor, andere mit hineinzureißen. Deshalb mein entschiedener Hinweis auf die enormen Leistungen der Bundesrepublik gegenüber Mittel- und Osteuropa, Rußland und der Ukraine.

Mein zweiter Aspekt betrifft die Entspannungspolitik, die die Ost-West-Rahmenbedingungen verändert hat und für unser Land auch in moralischer Hinsicht sehr wichtig war. Willy Brandts Geste war einmalig in der deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Entspannungspolitik hat nicht nur den Weg zur Wiedervereinigung geebnet, sondern sie hat auch die Voraussetzungen für eine neue Ostpolitik gelegt, die heute allen zugute kommt. Wie soll eine solche deutsche Ostpolitik für die Zukunft aussehen? Die Frage ist äußerst schwer zu beantworten, insbesondere angesichts der erschwerten ökonomischen Bedingungen, unter denen die Bundesrepublik gegenwärtig steht.

Drittens verweise ich auf die mangelhafte innenpolitische Verankerung der deutschen Außenpolitik, eine Tatsache, die bereits auf die Zeit vor 1989 zurückgeht. Dieses Phänomen macht es für die Bürger unseres Landes nicht eben leicht, ihre Identität zu bestimmen. Von daher erklärt sich vielleicht auch, daß wir uns so schwer tun, eine Balance zu finden zwischen nationalem Selbstbewußtsein und Hinwendung zur europäischen Integration. Europa bleibt für Deutschland aber eine ungeheuer wichtige Option, gerade nach der Vereinigung. Seit Adenauers Zeiten waren Westintegration und Freiheit die beiden großen Komponenten der deutschen Politik, und wir können uns glücklich schätzen, daß beides zusammenkommen konnte.

Was wir heute in Deutschland indes dringend brauchen, ist, daß die politische Führung unseres Landes deutlich macht, welches unsere außenpolitischen Interessen und Ziele sein können, die sich realistisch anstreben lassen. Mit moralischen Kategorien läßt sich wenig ausrichten, wenn wir den neuen globalen Herausforderungen gerecht werden wollen, die Senator Bradley erwähnt hat. Wir werden nicht darum herumkommen anzuerkennen, daß wir nicht abseits stehen können, wenn in Europa, aber nicht nur hier, schwere Krisensituationen aufbrechen, die sich nur gemeinschaftlich meistern lassen - wo nötig mit Waffengewalt.

Lindemann

Nachdem in der bisherigen Diskussion des öfteren auf die enttäuschende gegenwärtige Politik der Bundesrepublik und die mangelnde Glaubwürdigkeit deutscher Politiker hingewiesen worden ist, möchte ich doch einen positiven Aspekt, oder besser gesagt: eine optimistische Bemerkung in diese Debatte einbringen. Die deutsche Bevölkerung scheint politisch reifer zu sein und mehr Verständnis für die neue weltpolitische Rolle und Verantwortung Deutschlands seit 1989 zu haben als viele der deutschen Politiker. Die Ergebnisse einer kürzlichen Meinungsumfrage in Deutschland, die eine amerikanische Institution, nämlich die RAND Corporation in Santa Monica, in Auftrag gegeben und veröffentlicht hat, geben so viel Anlaß zur Hoffnung, daß ich die wichtigsten Zahlen anführen möchte.

Erstens zu dem Verhältnis Deutschland-USA: Dreiviertel der Befragten schätzen sich selbst als pro-amerikanisch ein, wobei der Prozentsatz im Westen höher liegt als im Osten; jedoch befindet er sich dort im Steigen.

Zweitens zu dem Verhältnis Deutschland-NATO: Es ist eine wachsende Unterstützung für die NATO und die amerikanische militärische Präsenz in Deutschland festzustellen: 66 Prozent oder zwei Drittel von den Deutschen, die befragt wurden, sind der Meinung, daß die NATO von grundlegender Bedeutung für die deutsche Sicherheit ist. 1991 waren es nur 58 Prozent. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der Ablehnung eines europäischen Sicherheitssystems, das die USA ausschließen würde.

Noch dramatischer sind die Zahlen, wenn es um die militärische Präsenz der amerikanischen Truppen in Deutschland geht. 55 Prozent sind für eine Fortsetzung der militärischen Präsenz; 1991 waren es nur 36 Prozent, das heißt ein Anstieg von 19 Prozent in einem Jahr. In Westdeutschland liegt die Zahl sogar noch höher: 63 Prozent sind für den Verbleib der amerikanischen Truppen in Deutschland; in Ostdeutschland ist die Zahl immerhin von 1991 bis 1992 von 12 auf 24 Prozent gestiegen.

Diese erfreuliche Entwicklung zeigt, daß die Deutschen generell von ihrer Position abgerückt sind, daß die NATO und die amerikanische militärische Präsenz nur so lange notwendig waren, wie es um die Verteidigung Deutschlands gegen die sowjetische Gefahr ging. Die Verbindung zwischen amerikanischer und früherer sowjetischer militärischer Präsenz in Europa ist also gebrochen. Der Wandel in der öffentlichen Meinung ist sicherlich eine Folge der Unsicherheiten in und um Europa.

Drittens: Deutschland und die weltpolitische Verantwortung. Umfrageergebnisse unterstreichen meine These, daß die deutsche Bevölkerung besser begriffen hat, als häufig vermutet wird, daß Deutschland eine neue Rolle in der Weltpolitik spielen und verstärkt Verantwortung übernehmen muß. 62 Prozent der Befragten sind für eine aktivere weltpolitische Rolle Deutschlands; 53 Prozent unterstützen das Prinzip der internationalen Intervention in interne Angelegenheiten von Staaten, auch militärische, wenn das Völkerrecht oder die Menschenrechte verletzt sind (1991 43 Prozent).

Doch die deutsche Bevölkerung zeigt noch Zurückhaltung gegenüber der deutschen militärischen Beteiligung an solchen Aktionen. Während 53 Prozent die Beteiligung der Bundeswehr an friedenserhaltenden Operationen unterstützten, spricht sich nur ein Drittel (32 Prozent) für die deutsche militärische Beteiligung an NATO-Operationen außerhalb Deutschlands aus, und nur einer von fünf (20 Prozent) würde eine Teilnahme deutscher Truppen an UN-gestützten Aktionen wie "Operation Desert Storm" befürworten.

Die Zahlen zeigen eine erstaunliche Zunahme der Befürworter militärischer Aktionen in einem Land mit Deutschlands Vergangenheit und eine ambivalente Einstellung zum Gebrauch von militärischer Macht. Die RAND-Studie kommt zu dem Schluß und ich zitiere hier - "Germany is maturing into the kind of strong partner in Europe that American policy has always called for". Dies ist eine erfreuliche und vielversprechende Entwicklung in der deutschen öffentlichen Meinung, und ich stimme deshalb insbesondere mit der Feststellung von Herrn Hacke nicht überein, daß die deutsche Bevölkerung nicht begriffen habe, um was es außen- und sicherheitspolitisch gegenwärtig geht. Es ist zu hoffen, daß die deutschen Politiker und vor allem auch die Volksvertreter die öffentliche Meinung zukünftig stärker in ihre Entscheidungsfindung einbeziehen.

The Lord Dahrendorf

Erstens eine Fußnote zum Thema Austausch von Menschen, das mir sehr am Herzen liegt und das in gewisser Hinsicht der Situation beim Handel gar nicht so unähnlich ist. Denn es ist ebenso wichtig, den neuen Demokratien beim Aufbau von Institutionen zu helfen, wie auch Menschen aus diesen Ländern hierher zu holen. Ich befürchte jedoch, daß zu viele von denen, die von solchem Austausch profitieren, nicht in ihre Länder zurückkehren wollen und daß in jenen Ländern zu wenige Institutionen entstehen, die mich oder meine Freunde veranlassen könnten, dorthin zu gehen. Wie beim Handel

müssen wir also sicherstellen, daß die Menschen dort, wo sie sind, eine zufriedenstellende Lebensperspektive finden und ihnen zugleich eine Möglichkeit verschaffen, zu uns zu kommen und daraus Nutzen zu ziehen.

Im Gegensatz zu Herrn Stuth bin ich keineswegs enttäuscht. Ich meine, wir haben ein Thema von größter Bedeutung sehr intensiv behandelt. Wir hatten uns die Frage gestellt: Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben?, und wir haben eingehend über die Zerfallserscheinungen im Westen gesprochen. Dies ist in der Tat eine außerordentlich wichtige Thematik, mit der wir fertig werden müssen.

Wir haben über Nationalismus gesprochen, der die frühere Ost-West-Grenze überschritten hat und jetzt auch im Westen heimisch geworden ist. Wir haben über Wirtschaftstrends diskutiert, die vermutlich eher protektionistische Tendenzen begünstigen, als Grenzen abzubauen und anderen zu helfen. Wir sind recht zurückhaltend mit der Europäischen Gemeinschaft und mit Maastricht umgegangen. Man könnte argumentieren, daß Maastricht bisher leider eine eher desintegrierende Wirkung gehabt hat, die sowohl in den Ländern spürbar war, in denen nicht mehr als 50 Prozent für Maastricht waren, als auch in jenen, die sich jetzt mit der wichtigen und notwendigen Idee einer immer engeren Union noch schwerer tun.

Während die meisten von uns sich eher ablehnend verhalten, wenn es um die Schaffung neuer Institutionen geht, wissen wir auch nicht so recht, wie man die bestehenden Institutionen funktionsfähiger machen könnte. Es hat auch einige versteckte Hinweise auf das Fehlen neuer Eliten gegeben.

Wir befinden uns in Europa mitten in einem Prozeß, in dessen Verlauf eine bestimmte Gruppe politischer Führer von der Bühne abtritt. Dabei steht noch keineswegs fest, wie die Nachfolger zu Europa, den neuen Demokratien im Osten, den internationalen Institutionen oder den USA stehen werden. Da herrscht in der Tat einige Ungewißheit. Und nicht immer können die Enkel die Probleme lösen, die ihnen von ihren Vätern hinterlassen wurden. Allerdings fällt mir in einer Reihe von Ländern die Tendenz auf, zu den Vätern zurückzukehren. Die Leute fragen sich, ob die nicht vielleicht eher imstande wären, die Probleme von morgen zu lösen.

Die Unsicherheit ist also recht groß. Es regen sich desintegrierende Kräfte, die es um so wichtiger erscheinen lassen, daß wir sowohl die fundamentalen Werte im Auge behalten, an die wir glauben, als auch die Instrumente beachten, die uns dazu dienen könnten, sie durchzusetzen. Was die Grundwerte angeht, möchte ich Senator Bradleys Aufzählung auf meine Weise umformulieren: Ich glaube an eine Gesellschaft, in der die verschiedenartigen Menschen unter einem gemeinsamen Gesetz zusammenleben können. Das ist von fundamentaler Bedeutung, und zwar sowohl im Osten wie im Westen. Ich sehe darin sogar die Grundlage für unser Europäertum.

Bei den Institutionen hat Herr Hoge auf einen sehr wichtigen Punkt hingewiesen. Wenn es uns nicht gelingt, das, was von den multilateralen Institutionen übriggeblieben ist, zu stärken und uns für sie einzusetzen, wo immer das möglich ist, werden wir uns in einer Situation wiederfinden, die durch zerstörerische Konkurrenz, Versuche, die Nachbarn übers Ohr zu hauen und offene oder verdeckte Konflikte gekennzeichnet ist. Wer das verhindern will, sollte alles daransetzen, den multilateralen Rahmen zu festigen, der uns seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gute Dienste geleistet hat.

Voswinkel

Zum Abschluß dieses Gespräches möchte ich zunächst ein Wort des Dankes für die differenzierte Debatte und die engagierten Beiträge aller Teilnehmer sagen, die zeigten, daß wir mit unserer Themenwahl: Überlebt der Westen den Zerfall des Ostens ? eine brisante und zukunftsweisende Frage zur Diskussion gestellt haben.

Ich will mich auf einige wenige Punkte beschränken, die ich aus unserer Diskussion festhalten möchte:

Es ist deutlich zu erkennen, daß der Umbruch von 1989 im Osten noch keine adäquate Antwort im Westen gefunden hat. Die Neigung im Westen, soviel wie möglich an Kontinuität in politischer, wirtschaftlicher, mentaler Hinsicht zu demonstrieren, zeigt, daß die Bereitschaft, sich von der Vergangenheit zu lösen und einen generellen Umdenkungsprozeß einzuleiten, bei uns noch nicht sehr weit entwickelt ist.

Wahrnehmungen und Beurteilungen sind sehr unterschiedlich. Während die einen eher geneigt sind, dem Westen zwar guten Willen zu bescheinigen, aber zugleich angesichts der Größe der Aufgabe im Osten die Möglichkeiten von Hilfe kritisch einschätzen, sehen die anderen im Verhalten des Westens

mehr verbale Bekundungen als ernsthafte Absichten. Könnte der Westen sehr viel mehr an effektiver politischer, wirtschaftlicher, finanzieller Hilfe leisten, als er in den vergangenen Jahren gewährt hat?

Die Völker Mittel- und Osteuropas richten ihre Hoffnungen und Erwartungen offenkundig auf zweierlei: Zum einen geht es ihnen - insbesondere den neu entstandenen Staaten - um Sicherheitsgarantien, die nach Lage der Dinge nur durch die NATO abgegeben werden könnten. Wir haben gehört, daß solche Garantien kaum zu erwarten sind, vor allem was eine Aufnahme ostmitteleuropäischer Staaten in die NATO angeht. Gibt es vielleicht doch noch so etwas wie Einflußsphären zwischen dem Westen und dem Osten, vornehmlich Rußland, die gegenseitig respektiert werden, auch wenn der Ost-West-Konflikt überwunden ist? Was bedeutet es, wenn Herr Smyser sagt, Amerika werde seine Einflußnahme auf dem Kontinent auf keinen Fall weiter ausdehnen als bisher?

Zum anderen wollen die Völker des Ostens verständlicherweise wirtschaftlich auf die Beine kommen und eine nachhaltige Steigerung ihres Wohlstandsniveaus erreichen. Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft gestaltet sich jedoch derart schwierig, daß für sehr viele Menschen im Osten der Lebensstandard bisher eher gesunken als gestiegen ist. Enttäuschung macht sich breit, sozialer und politischer Sprengstoff sammelt sich an. Nochmals: Versagt der Westen, oder ist er schlicht überfordert?

Unüberhörbar in den Ausführungen von Senator Bradley war, daß Amerika zunehmend irritiert ist, welche nationalen und ethnischen Konflikte in Europa mit längst überwunden geglaubter Heftigkeit wiederaufgelebt sind. Bill Bradley sprach von einer wachsenden Entfremdung zwischen den USA und Europa, wenn das ethnozentristische Denken bei uns mehr und mehr Platz greift.

In der Diskussion über Jugoslawien vermittelte sich etwas von dem tiefen Erschrecken über die Ereignisse in unserem Nachbarland und auch das schamhafte Eingeständnis, kaum über wirksame Eingriffsmöglichkeiten - politisch, militärisch - zu verfügen, um dem Morden unmittelbar in unserer Nähe Einhalt zu gebieten.

Die Frage nach der Veränderbarkeit und Neuorientierung der bestehenden Organisationen und Institutionen: NATO, EG, WEU, G 7, KSZE, IWF ist zwar immer wieder angeklungen, aber nicht beantwortet worden. Brauchen wir neue Institutionen oder neue Ziele und Aufgaben für die alten? Eine Antwort dazu gibt es noch nicht.

Für eine Welt im Umbruch suchen wir nach einem umfassenden Konzept, einer neuen Architektur, wie Bill Bradley es nannte, auch wenn Willem van Eekelen die Arbeitsbedingungen für Architekten derzeit nicht eben günstig findet. Haben wir schon vergessen, mit welchen Hoffnungen die Völker das Ende des Ost-West-Konfliktes verbunden haben? Ich meine, die zur Zeit sich bietenden Chancen zur Gestaltung dürfen nicht verspielt werden. Wir als Körber-Stiftung und Bergedorfer Gesprächskreis sehen uns deswegen gerade in dieser Situation gefordert, durch unsere Aktivität sowohl beizutragen zum Reformprozeß im Osten als auch den Zusammenhalt der westlichen Partner zu festigen.